Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

19/20 (17.5.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 19/20 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Rastatt/Rh) Karlsruhe, 17. Mai 1950 Preis 50 D-Pfennige

Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf Seite 4 ist den Farbwerken Höchst gewidmet. Das Bild hier zeigt das technische Verwaltungsgebäude mit den beiden architektonisch charakteristischen Merkmalen: dem Rundbogen und dem Turm, die beide, stilisiert, im Firmenzeichen wiederkehren.

Europawirtschaft wird neu orientiert

Rüstung und Wirtschaft werden abgestimmt - Sozialisten sind gegen Schuman-Plan
Lastenausgleich undurchführbar - Deutsche Börsen still - D-Mark-Schmuggel in die Schweiz

Auch wir in der Wirtschaft wollen uns klar darüber sein, daß die Londoner Konferenz ein Wendepunkt war — ein Schritt zur Entschlossenheit. Es geht jetzt nicht mehr allein um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas; es geht heute nicht mehr darum, ob der Marshallplan über 1952 hinaus verlängert wird (selbstverständlich wird er verlängert), sondern es geht darum, Europa in den Zustand höchster Verteidigungsbereitschaft zu versetzen. Der Marshallplan und seine Idee tritt in den Hintergrund, der Atlantikpakt tritt vor. In der Diplomatensprache der Kommentatoren der Londoner Außenministerkonferenz heißt das: es wird jetzt geprüft, inwieweit die Rüstungsnotwendigkeiten den Wiederaufbau der Wirtschaft in Europa nicht beeinträchtigen. Also nicht Kanonen s t a t t Butter, sondern Kanonen u n d Butter. Das „Und" ist zweifellos ein Fortschritt — wenn es dabei bleibt.

Daß alle diese Dinge in der Luft lagen, hat der kundige Thebaner längst in den letzten Wochen aus den Berichten der internationalen Warenmärkte entnehmen können. Wer die Metallmärkte, wer Kautschuk und Wolle und wer das Getreide verfolgt hat, wußte, was nun die Londoner Außenministerkonferenz bestätigt hat. Der Leser sehe sich auch heute in dieser Ausgabe auf Seite 11 die Warenmärkte an: das sind keine Preissteigerungen mehr, das sind Haussen. Die New Yorker Effektenbörse haussierte ebenfalls bereits seit mehreren Wochen.

Immer etwas freier

In diesen internationale Spiel wird die Bundesrepublik jetzt eingeschaltet. Wir erhalten immer größere wirtschaftliche Freiheit. Wir werden in den Europarat aufgenommen (wir dürfen uns sogar an den Olympischen Spielen unter der Beteiligen), und man beeilt sich eifrig, uns all die Fesseln wieder abzunehmen, die man uns so kunstvoll um Hände und Füße geschmiedet hatte. Die Zahl der verbotenen Industrien mindert sich, über die Lockerung der Schiffsbaubeschränkungen berät ein Ausschuß — ausgerechnet in London!. Die Aluminiumproduktion darf wieder aufgenommen werden mit einem verhältnismäßig hohen Kontingent — dabei war uns dies ausdrücklich verboten worden, weil Aluminium ein Kriegsmaterial ist. Und schließlich der Schuman-Plan, der den für London vorgesehenen Plan, das deutsche Stahlkontingent zu erhöhen, überrundete. Innerpolitisch ist nur merkwürdig, daß französische Gewerkschaften zu Protestversammlungen gegen den Schuman-Plan aufgerufen haben und daß die deutsche Sozialdemokratie durch den Mund Schumachers eine deutliche Reserve, wenn nicht gar Ablehnung, zum Ausdruck brachte. Es muß gerade in diesem Zusammenhang auffallen, daß am Montag dieser Woche im englischen Unterhaus auf eine Anfrage, was die englische Regierung gegen die zunehmende deutsche Konkurrenz zu tun gedenke, dem politisch noch etwas zurückgebliebenen Anfrager von Regierungsseite über den Mund gefahren wurde mit dem Bemerken, je mehr die Deutschen exportierten, umso weniger fielen sie dem Marshallplan zur Last. Auch Bevin, der zunächst — ganz englisch — keineswegs von dem Schuman-Plan erbaut war, fiel dann sehr plötzlich um, offensichtlich nachdem man ihm ins Ohr geflüstert hatte, worum es jetzt in Europa geht. Das Für und Wider um den Schuman-Plan erläutern wir ausführlich in einem gesonderten Aufsatz unten auf dieser Seite.

Wir mußten an den Beginn unserer Wochenbetrachtung diese allgemeine Einleitung setzen, weil ja nun ganz selbstverständlich eine gewisse Neuorientierung auch unserer Wirtschaft einsetzen wird. Es ist noch zu früh, annähernd sichere Prognosen zu stellen. Es kann aber kein Zweifel darüber herrschen, daß, ganz unabhängig von den Bemühungen der Bundesregierung, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, auf lange Sicht die Arbeitslosigkeit ihrem Ende entgegengehen wird.

Doch Auslandskapital!

Es gehört selbstverständlich in diesen Zusammenhang und nur in diesen Zusammenhang, daß jetzt ganz plötzlich wieder der Gedanke auftaucht, ausländisches Kapital in größerer Menge nach Deutschland fließen zu lassen, wobei dies keineswegs auf das USA-Kapital beschränkt bleibt. Das Teufelsbrot hat bereits begonnen: was wird mit den Vorkriegsschulden, haben die neuen Investitionen einen Vorrang vor den alten usw.? Auch in diesem Punkt beschränken wir uns auf diese kurzen Hinweise, da wir unten auf dieser Seite einen kurzen Aufsatz darüber bringen.

Auch aus innerdeutschen Mitteln strömt jetzt das Kapital. Das Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung kommt in Gang, immer neue Mittel werden aus dem Gegenwertfonds

In dieser Nummer:

Unternehmerverbände zum Mitbestimmungsrecht
Den Krieg führt der Finanzminister
Hausbaufinanzierung durch Bausparkassen
Neue Vorschläge für europäische Clearing-Union
Wirtschaftsblock der Volksdemokratien
USA-Farmereinkommen sinkt
Zölle für und gegen Metalle

Erhards Dekartellisierung

oder: Don Quichote reitet gegen Windmühlen

Der Kampf gegen Windmühlenflügel ist in die Literatur eingegangen. Cervantes kannte die Menschen — und vielleicht weil er ein Dichter ist und sein Werk eine Dichtung, ist es eigentlich klar, daß seine Figuren immer wiederkehren. So ein moderner Don Quichote ist unser verehrter Herr Bundeswirtschaftsminister. Er hat sich kürzlich ein Schlagwort abgerungen, das da lautet: die Dekartellisierung ist die Schicksalsstunde des deutschen Volkes. Diesen Satz hätte auch die Pythia auf dem Dreifuß sagen können, so etwa: wenn du den Rubikon überschreitest, wirst du ein großes Reich zerstören. Alexander faßte dies auf seine Weise auf und irrte sich. Wir fassen den Satz von Erhard auf unsere Weise auf — und werden uns irren. Erhard faßt seinen Orakelsatz auf: wenn wir nicht dekartellisieren, ist das Schicksal des deutschen Volkes besiegelt — er wird sich irren. W i r fassen den Satz dahin auf, die Schicksalsstunde des deutschen Volkes beginnt (auf wirtschaftlichem Gebiet), wenn wir die Freiheit zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit beeinträchtigen oder gar unmöglich machen. So den Satz Erhards aufgefaßt, sind wir mit ihm gleicher Meinung — aber auch wir sind Menschen und irren uns. Was hat das Schicksal für Deutschland in der Hand: Freiheit des einzelnen Menschen oder Unfreiheit? Wir wünschen das erste, aber wir wissen, daß es das zweite sein wird.

Die Windmühlenflügel waren stärker als Don Quichote's Lanze — trotzdem siegte der Ritter ohne Furcht und Tadel in unserer Sympathie. Die Zusammenschlußtendenzen sind stärker als Erhards Waffen — trotzdem hat Erhard unsere Sympathie.

Es ist das merkwürdige Spiel von der Freiheit und davon, daß sich der Mensch der Freiheit freiwillig begibt. Der Einzelmensch geht freiwillig zu einem großen Fußballkampf, um Masse zu werden und das Massenerlebnis zu haben. Erinnern wir uns doch in der Wirtschaft, daß es einmal eine Zeit gab, in der es keine festen Preise in den Geschäften gab. Damals konnte man noch mit dem Verkäufer handeln — im Orient ist das heute noch so. Es war eine Neuerung, als in den Geschäften Schilder angebracht wurden: „Feste Preise". Heute kommt kein Mensch auf den Gedanken, in einem Geschäft den vom Verkäufer genannten Preis herunterzuhandeln. Man hat diese Entfaltungstendenz in der Wirtschaft wissenschaftlich definiert: die Preisbildung vollzieht sich kollektiv (und nicht mehr atomistisch). Der nächste Schritt war der Markenartikelgedanke, der sich als wirtschaftlich richtig erwies (auch der nun in Arbeit befindliche neunte Entwurf zu einem Kartellgesetz läßt den Markenartikel mit seiner Preisfestsetzung bestehen). Preisabreden zwischen verschiedenen Firmen der gleichen Industrie sind verboten — aber sie bestehen lustig weiter. Jeder Kenner weiß das und es pflegen nichtgeschriebene Abmachungen besser zu halten und zu funktionieren als geschriebene, in Paragraphen geformte — über die dann die Rechtsanwälte trefflich streiten können. Diese Preisabreden sind nämlich Entfaltungstendenzen, die wir aus der modernen Wirtschaft gar nicht mehr ausschalten können. Sie gehören zur Freiheit — und zum freiwilligen Begeben der Freiheit.

Das ist ganz leicht zu beweisen. Der Mensch ist frei, er kann wählen als Einzelgänger durch diese Welt zu gehen oder sich zusammenzuschließen. Auf dem persönlichen Sektor heißt das: er kann heiraten oder Junggeselle bleiben. Auf dem wirtschaftlichen Sektor heißt das: er kann als Arbeiter in die Gewerkschaft gehen oder nicht in die Gewerkschaft gehen, und er kann als Unternehmer den Preis für seine Produkte allein suchen und finden oder eine Gruppe finden lassen, der er sich anschließt. Was dem Arbeiter recht ist, muß dem Unternehmer billig sein. Das erfordert die Gerechtigkeit, und das erfordert die Freiheit. Die Gewerkschaft, als Sammlung der Arbeiter, kämpft als geschlossene Einheit gegen den gegebenen Kontrahenten: den Unternehmer. Der Zusammenschluß der Unternehmer kämpft gegen den gegebenen Kontrahenten: den Konsumenten. Was der Unternehmer in einer modernen Wirtschaft selbstverständlich gegen sich erdulden muß, muß der Konsument ebenso tragen. Freiheit verlangt Gerechtigkeit. Freiheit verlangt gleiche Rechte. Der Konsument ist auch nicht ohne Waffen in diesem Kampf. Er kann als Einzelgänger, als Einzelkonsument kaufen oder er kann sich in die Gemeinschaft begeben, die man Konsumgenossenschaft nennt.

Es ist nun allerdings nicht zu bestreiten, daß der Zug zum Kollektiv hin geht: der Mensch begibt sich freiwillig seiner Freiheit. Der Zug zum Kartellgedanken ist nicht aufzuhalten. Die Gewerkschaft ist ein Kartell für die Löhne; die Gewerkschaft ist nämlich der Garant für ausreichende Löhne (als Vertragspartner mit den Unternehmern). Das Kartell ist der Garant für ausreichende Preise als (wirtschaftlich gesehen praktischer) Vertragspartner für den Konsumenten. Zu einer wirtschaftlichen Macht werden solche Gebilde auf beiden Seiten erst, wenn sie Monopolcharakter bekommen, insbesondere wenn Zwang ausgeübt wird: Zwangsmitgliedschaft bei der Gewerkschaft einerseits und Zwangskartell andererseits.

Um die Macht aber geht es. Auch das ist ein Zeichen des Kollektivs und der Vermassung. Wir haben uns auch in dieser Hinsicht bereits weiter „entfaltet". Der natürliche Gedanke der Betriebsgemeinschaft und der Zusammenarbeit des Unternehmers durch den Betriebsrat, der sich aus Belegschaftsmitgliedern zusammensetzt, die durch ihre Erfahrung und Treue zum Betrieb in diesen Vertrauensamt von der Belegschaft entsandt wurden, ist im Zuge der neuen Mitbestimmungswünsche zu einer Art Überkartell geworden: die Gewerkschaft will ihre Leute zur Mitbestimmung in die Betriebe entsenden — zweifellos ein Zeichen der Weiterentwicklung des Kollektivs. Es ist für einen kurzfristigen Kampf um die Position immer gut und auch als gut betrachtet worden, Macht gegen Macht zu setzen. Nehmen wir einen Partner der Wirtschaft die Möglichkeit, durch Zusammenschluß seine Kräfte zu stärken, dann schwächen wir ihn in diesem Kampf — ganz abgesehen davon, daß wir ein Hauptprinzip, nämlich das Prinzip der Freiheit, verletzen.

Was ist der Schuman-Plan anderes als ein neues Riesenkartell? Wird überhaupt ein Zusammenschluß um so eher anerkannt und für richtig gehalten, je größer er ist? Gilt auch hier der Grundsatz: die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen und lobt sie noch? Bedarf es danach noch eines Beweises, daß wir uns — nur Zeit mit großen Schritten — auf dem Weg zur Kollektivisierung befinden?

Es ist tragisch im eigentlichen Sinne (nämlich nach der klassischen Formulierung: unschuldig schuldig werden), daß wir um des Prinzips der Freiheit willen, nämlich um d e r Freiheit des Wettbewerbs willen, Kräfte an ihrer Entfaltung hindern, die — wenigstens noch für kurze Zeit — in der Lage gewesen wären, die Freiheit des einzelnen (Arbeiters und Unternehmers) gegen die Kollektivisierung zu verteidigen.

Darum ist Erhard ein Don Quichote. Gegen die Automatik der Windmühlenflügel anzurennen ist töricht. Es kann nur noch versucht werden, der Kollektivisierung einen neuen Geist einzuhauchen. Das wäre allerdings ein Novum. Ob es gelingt, könnte uns die Pythia beantworten, wenn sie nicht wohlweislich immer nur zweideutige Antworten gegeben hätte.

H.

Vorrang der Neuinvestitionen

Hindern die Vorkriegsschulden neue Auslandsinvestitionen in Deutschland?

Entgegen der bisher vielfach auch im Auslande vertretenen Ansicht, daß sich die Londoner Außenministerkonferenz auch mit der Frage der Aufhebung des Verbotes zu Investitionen in Westdeutschland beschäftigen werde, und daß im Zusammenhang damit auch über die Anerkennung der deutschen Vorkriegs-Verschuldung durch die Deutsche Bundesrepublik und die Freigabe ausländischer Guthaben in Westdeutschland verhandelt werden würde, verlautet in London, daß dies nicht der Fall sein wird. Kurz vor Zusammentreten der Außenministerkonferenz war in sonst gut unterrichteten Kreisen, nun schon mindestens zum 10. Male in den vergangenen drei Jahren zu erfahren, daß die westlichen Alliierten sich über diese Punkte geeinigt hätten, und daß eine gemeinsame Erklärung unmittelbar bevorstehe. An alledem ist nichts Wahres. Es heißt jetzt, daß alle diese Punkte am Freitag der nächsten Woche in Bonn innerhalb des alliierten Finanzkomitees besprochen werden sollen. Es heißt weiter, daß Bemühungen aller daran beteiligten Stellen, wie zum Beispiel der Vereinigungen der ausländischen Gläubiger, von Beamten der Alliierten Hochkommission und der Briten mit den Amerikanern laufend stattgefunden hätten, und daß die Dinge beginnen, eine gewisse Form anzunehmen. Unter diesen Umständen scheint die Hoffnung nicht ganz abwegig zu sein, daß vielleicht in einigen Wochen ein Schritt vorwärts getan werden könne.

Die Auseinandersetzung zwischen britischen und amerikanischen Dienststellen, ob alte oder neue Investitionen Vorrangcharakter erhalten sollen, ist offenbar durch eine Kompromißlösung beendet worden, und zwar soll man sich dahingehend geeinigt haben, daß beide Vorrang genießen. Es ist bekannt, daß die Amerikaner neuen Investitionen Vorrangcharakter verleihen wollten, weil sonst das amerikanische Kapital kaum dazu gebracht werden könnte, sich an Investitionen in Westdeutschland zu interessieren. Demgegenüber hatte man von britischer Seite geltend gemacht — und die deutsche Regierung hatte diesen Standpunkt zugestimmt — daß, wie aus London verlautet, ein Beiseiteschieben der alten Verpflichtungen neues Kapital abschrecken würde. Der britische Standpunkt ist verständlich, denn Großbritannien hat das größte Interesse an einer Regulierung der alten Schulden, wohingegen die Amerikaner an Neuinvestitionen interessiert sind. Die britischen Gläubiger, so hört man in der Londoner City, müßten noch immer „stillhalten", während die nordamerikanischen Kredite bezahlt wurden, bevor die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten. Die Gefahr, daß die deutsche Industrie an ausländisches Kapital übereignet würde, sei weniger bedrohlich als die, daß das ausländische Kapital sich nicht in genügendem Umfange beteiligen werde, nach Westdeutschland zu fließen. Allerdings seien die Aussichten in der letzten Zeit insofern besser geworden, als das Ansteigen der Kurse an der New Yorker Wallstreet die Rendite verringert habe, und daß deshalb viele Kapitalisten Anlagemöglichkeiten im Ausland mit besserer Verzinsung suchen. Solange der Kurstand nordamerikanischer Wertpapiere niedrig war, konnte man kaum erwarten, daß amerikanische Kapitalisten sich nach Anlagemöglichkeiten im Auslande umsehen würden, die ihnen im Inlande ohne größere Risiken, ohne Devisenkontrollen und ohne diskriminierende Maßnahmen anderer Art in reichlichem Umfange zur Verfügung standen.

In der Frage der Freigabe der blockierten Guthaben scheint man nach Ansicht der Londoner City soweit gekommen zu sein, daß diese Freigabe nur für Wiederanlage in Deutschland erfolgen werde. Das heißt, man wird sie nicht in ausländische Valuta umtauschen können. Es sei jedoch sicher, daß ein Ausländer sie an einen anderen Ausländer wird verkaufen können, sofern wenn beide denselben Na-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Auswirkungen des Schuman-Planes

In einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Unruhe war der Vorschlag des französischen Außenministers Schuman, zu einer Industriegemeinschaft zwischen Frankreich und Westdeutschland für die Stahlindustrie und den Steinkohlenbergbau zweifellos ein politisches Positivum. Das Echo der Welt auf diesen Vorschlag war überall, nicht nur in Westdeutschland, günstig, wenn auch die kritischen Stimmen nicht fehlten. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns mit der politischen Seite dieses weitreichenden und kühnen Planes zu befassen. Er ist es indessen wert, ihn in seinen rein wirtschaftlichen Auswirkungen, obwohl auch hierüber schon einiges gesprochen und geschrieben wurde, zu durchleuchten.

Für die Amerikaner liegt der größte Reiz des Schuman-Planes ohne Zweifel darin, daß er der erste praktische Schritt zu einer europäischen Wirtschafts-Integrierung überhaupt ist, und daß er die Zweigleisigkeit der Preispolitik in zwei der bedeutendsten europäischen Grundstoffindustrien — nach amerikanischer Ansicht eines der größten Übel des europäischen Wirtschaftswirrwarrs — aus der Welt schaffen würde. Gewisse Zweifel kann man darüber hegen, ob der Zusammenschluß den Wettbewerb verstärken oder verringern würde. Außenminister Schuman hat offensichtlich den Gedanken, und zwar mit Recht, daß die deutsche und die französische Stahlindustrie, zusammen arbeitend und auf eine gemeinsame Grundlage gestellt, erheblich billiger produzieren könnten als jede von ihnen auf sich allein gestellt. Nach den bisher aus der britischen Stahlindustrie vorliegenden Äußerungen finden dort die Idee einer gemeinsamen Planung, einer gemeinsamen Preiskontrolle, einer einheitlich ausgerichteten Verkaufspolitik und die Angleichung der Löhne und Gehälter ganz besondere Aufmerksamkeit. Demgegenüber scheint man in den USA der Ansicht zu sein, daß die britische Aufmerksamkeit gerade für diese Punkte etwas verdächtig ist. Sie riecht den Amerikaner sehr nach Kartellpolitik und behördlicher Lenkung und Bewirtschaftung. Nach den britischen Erfahrungen indessen, so verlautet hierzu aus London, genüge die Errichtung eines Ausgleichfonds allein nicht, um die Stahlindustrie zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit anzuspornen. In einer gewissen Hinsicht seien die französischen Pläne auch die Negierung des Prinzips der Steigerung der Leistung durch Wettbewerb. Von amerikanischer Seite hingegen wird ins Feld geführt, daß das Fehlen eines wirklichen und gesunden Wettbewerbes in der gesamteuropäischen Planung schon jetzt zu Fehlinvestitionen geführt habe, und daß die Steigerung der Produktionskapazität gerade in der Stahlindustrie aber auch im Steinkohlenbergbau und in der Textilindustrie, ohne Rücksicht auf die Pläne des Nachbars, sich auf lange Sicht gesehen rächen und zu Überproduktionen führen müsse, die unterzubringen schwer sein wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhange der Standpunkt eines Teiles der britischen Regierung, der sich offensichtlich nicht so sehr gegen die französisch-deutsche Industriegemeinschaft als solche wendet, sondern vielmehr bemängelt, daß das Privateigentum nach dem Schumanschen Vorschlag unangetastet bleiben soll, und daß lediglich eine „Überorganisation" in Aussicht genommen ist. Immerhin ist es durchaus möglich, daß die britische Regierung trotz ihrer eigenen Pläne für die britische Stahlindustrie, die man nur aufgeschoben aber nicht aufgehoben hat, international dieses Rezept annimmt, obwohl sie es im eigenen Lande ablehnt.

In das politische Gebiet hinein reicht der Schumansche Vorschlag insofern als er wahrscheinlich im Augenblick die einzige Möglichkeit bietet, Westdeutschland entgegenzukommen und, wie man glaubt, Westdeutschland die Anerkennung des Ruhrstatutes und des Saarstatutes erleichtert. Vielleicht bietet Schumans Vorschlag sogar der britischen Regierung eine Handhabe, sich aus der Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie auf eine elegante und unverdächtige Art und Weise herauszuziehen. Die Integrierung der Ruhrkohle und der lothringischen Erze ist auf jeden Fall von zwingender Logik. Dieses Ziel ist von kaum abzuschätzender Bedeutung, nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern für ganz Europa. Während auf der einen Seite Frankreich deutsche Kohle einführen muß, will es auf der anderen Seite Eisenerze und Stahl nach Westdeutschland ausführen. Unter diesen Umständen könnte sich vielleicht, wie man in der ausländischen Presse las, eine Heraufsetzung der deutschen Stahlproduktion erübrigen. Es mag sein, daß die Einfuhr von Roßstahl und Halbzeug durch Westdeutschland, so meinen diese Stimmen, strategisch ein Fehler sei; auf jeden Fall aber sei es ein gutes Geschäft, und letzten Endes werde man vielleicht in nicht allzu ferner Zeit auch in Deutschland einsehen, daß man der deutschen Stahlindustrie mit der Festsetzung einer Höchstproduktion, angesichts des voraussehenden Stahlüberschusses eher einen Gefallen getan hat; denn die Zeit, daß die übrigen europäischen Stahlländer sich über ihre zu hohe Stahlkapazität Sorgen machen müssen, sei nicht mehr ferne.

Die Wirtschafts-Union zwischen Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern unter der Firma „Finebel" ist in eine Sackgasse geraten, weil der Antrag der Niederlande, Westdeutschland in dieses Gebilde aufzunehmen, auf französischen Widerspruch nicht durchgedrungen ist. Jetzt ladet Frankreich selbst Westdeutschland ein. Beide Länder bringen ihre Aktiven ein: Deutschland eine bessere Ausfuhrorganisation und billige Kohle; Frankreich ein größeres politisches Gewicht und billigere Eisenerze. Der Start steht somit durchaus unter günstigen Vorzeichen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

frei und ausgegeben, und die Bank deutscher Länder hat das Kreditvolumen des Bundes von 7 Mrd. auf 1½ Mrd. erhöht. Die Flüchtlingsbank ist nun in Bonn gegründet worden, zunächst mit 3 Mill. DM Kapital, aber der Bund wird weitere große Mittel in diese Bank fließen lassen.

Preise sinken weiter

Das sind die Gedanken auf etwas längere Sicht. Auf kürzere Sicht sieht es keineswegs rosig aus. Die Zahlungssitten werden immer schlechter, die Kreditverkäufe im Einzelhandel nehmen zu, in der Textilindustrie kriselt es, wie wir bereits in unserem letzten Bericht andeuteten (die Massenentlassungen in Augsburg haben viel Staub aufgewirbelt), die Preise sinken weiter (sogar die Autopreise fangen langsam an abzubröckeln — Ford, Opel) und der Wettbewerb nimmt ernste Formen an. Die Textilindustrie beklagt sich und das Handwerk beklagt sich. Die Lage des Handwerks hat sich tatsächlich erheblich verschlechtert. Es mußten Entlassungen vorgenommen werden — und die Entlassenen arbeiten jetzt schwarz; auch darüber beklagt man sich.

Man hätte sowohl aus der Frühjahrsbelebung als auch aus dem Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes, das manche Entlastung bringt, annehmen können, die Wirtschaft würde aufatmen. Jedoch ist nicht viel davon zu spüren. Gewiß war die Hannoversche Technische Messe ein Erfolg, insbesondere für unseren Export — aber die lächerliche Luxussteuer und der Lastenausgleich!

Neue schwere Lasten

Wir wollen über die Luxussteuer nicht mehr viel Worte verlieren. Selbst die Gewerkschaften lehnen sie ab. Eine deutlichere Kritik kann es eigentlich gar nicht geben. Die betroffenen Industrien sind ausgerechnet die, die schon jetzt am schwersten zu ringen haben. Der Kriegszuschlag zum Sekt bleibt und damit gehen alle Sektkellereien einer sicheren Unterbilanz entgegen, womit die deutschen Weinbauern einen Großabnehmer verlieren. Aber im Zuge der Beschlüsse auf der Londoner Außenministerkonferenz wirkt dieser Kriegszuschlag nunmehr wieder pikant aktuell.

Viel mehr Sorgen macht der Lastenausgleich. Er wird jetzt mit Gewalt in Angriff genommen und die Umrisse sind bereits bekannt: 50 Prozent Vermögensabgabe, verteilt auf 25 Jahre, also zwei Prozent pro Jahr. Das wird die Wirtschaft nicht tragen können. Soviel steht heute schon fest. Zu beweisen brauchen wir dies nicht. Warum ist man denn schon jetzt gezwungen gewesen, der Landwirtschaft die Soforthilfeabgabe zu stunden? Das hat übrigens schon viel böses Blut gegeben; man sprach schon von einer Verwässerung.

Steuern — Abgaben

Auch an der Verzehrsteuer arbeitet man emsig weiter, obwohl man ganz genau weiß, daß dies nichts einbringt, daß dies die Steuerehrlichkeit weiter verschlechtert und daß damit nur mehr Beamte an einer unrühmlichen Sache geschäftig tätig macht. Immerhin ist man in der Höhe des Spesensteuersatzes nicht kleinlich. Man denkt an 25 Prozent. Nun, warten wir ab, was wirklich kommt. Es gibt ja wohl heute keinen Optimisten mehr in Deutschland, der glaubt, daß wir einmal vernünftige Steuergesetze bekommen (in Karlsruhe hat man als städtische Steuer eine Abgabe von zehn Prozent auf das Speiseeis gelegt, damit auch die Kinder mit ihrem Groschen für eine Leckerei ein Pfennig an den Staat bezahlen; sie sollen frühzeitig zu tüchtigen Staatsbürgern erzogen werden).

Wir geben zu, daß es der Herr Bundesfinanzminister nicht leicht hat, und er hat sich dieser Tage bitter darüber beklagt, daß die Bundestagsmitglieder und die Parteien großzügig daran sind, Ausgaben des Bundes zu beschließen, aber weniger intensiv darüber nachdenken, woher diese Mittel kommen sollen. Dr. Schaeffer hat ausgerechnet, daß, wenn alle Anträge auf Ausgaben genehmigt würden, 56 Mrd. DM mehr im Jahr notwendig wären.

Börsen ohne Anregung

Die deutschen Börsen sind im wesentlichen freundlich. Der Schuman-Plan hat ein gewisses Kaufinteresse für Montanwerte — selbstverständlich — hervorgerufen. Man denkt dabei insbesondere daran, daß bei Durchsetzung dieses Planes Fehlinvestitionen vermieden werden und eine bessere Absatzregelung erreicht wird. Weitere Anregungen kamen von den bereits erwähnten Gerüchten über ausländische Investitionen. Man verweist darauf, daß 45 nordamerikanische Industrielle z. Zt. in Westdeutschland Investitionsmöglichkeiten überprüfen. Trotzdem sind in der vergangenen Woche keine größeren Kursgewinne entstanden und auch am Montag dieser Woche veränderten sich die Kurse kaum. Es ist auch nicht anzunehmen, daß sich dies Bild in den nächsten 10 Tagen ändern wird; die Pfingsttage sind bekanntlich immer kriilach. Die internationale politische Lage ist ja nun einmal gespannt und durch den scharfen letzten Satz des Außenminister-Kommuniqués, der Sowjetrußland als den imperialistischen Aggressor bezeichnet, nicht entspannter geworden.

Die D-Mark ging in Zürich bis auf 79 sfr für 100 DM zurück. (Große Mengen geschmuggelte D-Mark waren schuld daran). Entsprechend gab es an den deutschen freien Devisenmärkten leichte Kursabgrenzungen, insbesondere für den Dollar. Der Dollar liegt jetzt zwischen 5.35 und 5.40 DM, der Schweizer Franken bei 1.26 und das Pfund zwischen 11.50 und 12.50 DM. H.

Besserung in der Westberliner Industrieproduktion

Die Produktion der Westberliner Industrie hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres wieder belebt, doch liegt das Produktionsvolumen im März mit 36 Prozent von 1936 nur wenig über dem im vergangenen Herbst erreichten Höhepunkt, stellt das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin in seinem jüngsten Wochenbericht vom 12. Mai fest. Im ganzen sind mit diesem Ergebnis die winterlichen Rückschläge in der Produktionsentwicklung wieder ausgeglichen. Die Produktionsgüterindustrien allerdings haben den im Herbst erzielten Umfang fast durchweg noch nicht wieder eingeholt. Dies gilt insbesondere für die Eisen- und Metallverarbeitung, die Produktion von elektrotechnischen Erzeugnissen, Maschinen sowie Eisen- und Metallwaren war im März 1950 um 4 Prozent geringer als im November 1949.

Der Grund für die Stagnation in diesen Zweigen liegt nach Auffassung des Institutes in der Zurückhaltung der westdeutschen Nachfrage. Die Maßnahmen der Bundesregierung für die Anregung einer solchen Nachfrage hätten sich im Produktionsgüterbereich noch nicht auswirken können.

Eine kräftige Belebung über den im Herbst erreichten Stand hinaus zeigen einige Verbrauchsgüterindustrien (Bekleidung, Holzverarbeitung). Die Bekleidungsindustrie konnte seit Januar beachtliche Abschlüsse im Westen tätigen und ihren empfindlichen winterlichen Produktionsrückschlag bereits im Februar voll wettmachen. Im März stellte sich der Produktionsindex dieses Zweiges bereits auf 54 Prozent (von 1936) gegen 36 im November 1949.

Berlin bei Bundesaufträgen bevorzugt

Das Bundeskabinett hat in der vergangenen Woche Westberlin als notleidendes Gebiet im Sinne der Verdingungsordnungen für Lieferungen und Bauleistungen erklärt. Wie am Dienstag in Frankfurt verlautete, soll Berlin bei Auftragsvergebungen durch die Beschaffungsstellen des Bundes bevorzugt berücksichtigt werden. Dabei gelten folgende Richtlinien: bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergebungen sind regelmäßig Berliner Firmen zur Angebotsabgabe mitaufzufordern. Sofern das Angebot des Berliner Bieters ebenso wirtschaftlich ist wie das andere oder nur geringfügig über dem wirtschaftlichen Angebot liegt, soll ihm der Zuschlag erteilt werden. Ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen dem Berliner Angebot und den übrigen Angeboten, soll dem Berliner Bieter die Möglichkeit gegeben werden, mindestens zu einem Teilbetrag in das wirtschaftliche Angebot einzutreten. Die Vergebungsstellen des Bundes unterrichten den Bundeswirtschaftsminister in regelmäßigen Abständen über Art und Ausmaß der nach Berlin vergebenen öffentlichen Aufträge. Die Bundesregierung bittet den Bundesrat, den Ländern zu empfehlen, diese Richtlinien auch bei den von ihnen, den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu vergebenden Aufträgen anzuwenden.

Warenbezeichnung „Westberlin" günstig oder ungünstig?

Auf eine ausdrückliche Kennzeichnung der in Westberlin hergestellten Waren werde von einem Teil der Berliner Firmen und zwar auch von großen Firmen wie AEG, Siemens, Lorenz, Mix und Genest verzichtet, erklärte der Berliner Magistratsdirektor Dr. Scholz am 11. Mai. Die Auffassung darüber, ob eine Kennzeichnung „Westberlin" sich günstig auswirke, sei geteilt. Im allgemeinen beurteilte man eine solche Kennzeichnung für die Exportmöglichkeiten günstig, in manchen Fällen werde jedoch eine Beeinträchtigung des Absatzes Berliner Waren im Bundesgebiet durch eine solche Kennzeichnung befürchtet.

Aufhebung des Permit-Verfahrens für bestimmte Güter in Westberlin

Dem Antrag des Magistrats von Westberlin um Aufhebung des Permitverfahrens für industrielle Fertigungen ist jetzt von der alliierten Kommandantur entsprochen worden. Es handelt sich um Güter, deren Herstellung nicht verboten ist und die auch sonst keiner Einschränkung unterliegen. Zu ihrer Herstellung ist in Zukunft nur noch die Gewerbegenehmigung erforderlich.

Notenumlauf Westberlins

Die Gesamtsumme der in Westberlin in Umlauf befindlichen, mit einem „B" gestempelten Banknoten wird von der Berliner Zentralbank per 30. April 1950 mit 435,9 Mill. DM gegenüber 304,4 Mill. DM am 31. März angegeben. Die Gesamtsumme schließt auch solche Beträge ein, die sich im sowjetischen Besatzungsgebiet befinden, sowie die Beträge, die nach Westdeutschland fließen und von der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken noch nicht wieder erfaßt sind, einschließlich der Kassenbestände der Geldinstituten Westberlins.

Wie die Berliner Zentralbank hierzu bekannt gibt, hat der erhöhte Notenumlauf seine Ursache im wesentlichen in der ersten Auszahlung aus dem GARIOA-Notstandskredit für das Westberliner Arbeitsbeschaffungsprogramm sowie mit dem Zusammentreffen verschiedener rückständiger Zahlungen des Magistrats. Außerdem sei der Anstieg des Notenumlaufs auf die Auszahlung der ersten Rate der Ursaldenten zurückzuführen.

Erhöhte Beanspruchung der Berliner Zentralbank

Der Ausweis der Berliner Zentralbank per Ende April 1950 zeigt gegenüber dem Vormonat eine noch weiter erhöhte Anspannung. Die Inanspruchnahme der Zentralbank durch die Banken hat sich um 15,8 Mill. DM gegenüber Ende März erhöht, wovon 10,7 Mill. auf angekaufte Ausgleichsforderungen aus der Ursalt-Konten-Aufwertung entfallen. Die starke Beanspruchung im April entfällt fast ausschließlich auf den Bedarf der öffentlichen Hand. Die Kassenvorschüsse sind um 19,6 auf 30,5 Mill. gestiegen. Außerdem wurden erstmalig 10 Mill. DM an Schatzwechseln der Stadt Berlin angekauft.

Infolge der Bargeldabzüge ist der Kassenbestand um 10 Mill. auf 5,7 Mill. DM gesunken. Das Guthaben bei der BdL weist einen Rückgang um 16,1 Mill. auf 36,9 Mill. auf. Die Forderung gegen die Währungskommission hat sich weiter um 5 Mill. auf 15 Mill. verringert. Der starke Geldbedarf in Westberlin spiegelt sich in der Abnahme der Bankeinlagen um 12,5 Mill. auf 59,4 Mill. wider. Öffentliche Einlagen weisen eine Zunahme um 28,9 Mill. auf 63,9 Mill. auf, die auf den Eingang von 20 Mill. als erste Rate für das Notstandsprogramm des Westberliner Magistrats aus GARIOA-Mitteln und auf die am Monatsschluß erfolgten Gutschrift der ersten Mai-Rate der Berlinhilfe in Höhe von 15 Mill. DM zurückzuführen ist.

Bereits 40 000 Arbeitslose im Rahmen des Berliner Notstandsprogrammes eingestellt

Im Rahmen des ERP-Notstandsprogrammes für Westberlin, das am 17. April angelaufen ist und die Einstellung von insgesamt 50 000 Arbeitslosen vorsieht, sind bis zum 15. Mai bereits 40 000 Personen eingestellt worden. Davon sind gegenwärtig rund 16 000 mit Abräumungsarbeiten, 15 000 bei der Grünplanung, 6000 im Tiefbau beschäftigt.

Die Bedeutung der Kraftfahrzeuge

Eine grundlegende Studie des VDA

Der Verband der Automobilindustrie E. V. hat bei seiner diesjährigen Mitgliederversammlung am vergangenen Wochenende in Rothenburg o. d. T. eine auf umfangreichen statistischen Unterlagen aufgebaute Studie über die Bedeutung der Kraftfahrzeug- und Kraftverkehrswirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet bekanntgegeben. Die Studie, die vom VDA bereits begonnen wurde als statistische Unterlagen für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet nur in beschränktem Umfange zur Verfügung standen, und deren Ergebnisse dem Stande vom letzten Quartal des Jahres 1949 entsprechen, wird ausdrücklich als eine Vorarbeit bezeichnet, um weitere Erkenntnisse über die Bedeutung der Kraftfahrzeug- und Kraftverkehrswirtschaft, insbesondere bezüglich des gesamten Bundesgebietes, vorzubereiten und anhand künftig aufzustellender statistischer Unterlagen zu gewinnen. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf die amerikanische und die britische Besatzungszone, da für die französische wie für die sowjetische Zone vergleichbare statistische Unterlagen nicht zu erlangen waren.

Zur Abgrenzung bzw. Eingliederung der Kraftfahrzeug- und Kraftverkehrswirtschaft in das neuzeitliche Verkehrswesen und die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen wird einleitend darauf hingewiesen, daß die technische Entwicklung des Kraftfahrzeuges und der Ausbau eines modernen Straßennetzes einen Kraftfahrzeugverkehr für Personen und Güter ermöglichte, der sich neben Eisenbahn und Schiffahrt einen immer größeren und noch ständig steigenden Anteil sichern konnte.

Auf Grund der weitgehenden Durchsetzung des Gebietes durch Schiene, Straße und Wasserstraße wird festgestellt, daß in dem dichter besiedelten Vereinigten Wirtschaftsgebiet durch den Straßenverkehr eine bessere Flächenerschließung als im Reichsgebiet von 1936 zu verzeichnen ist. Auf 100 qkm Gebietsfläche entfallen

	im VWG 1949	im Reich 1936 (in km)
Wasserstraßen	22,0	16,4
Eisenb. Gleislänge	124,0	146,0
Straßenlänge	500,0	403,0

Lieferwagen	bis 4 t Nutzlast
dito-Anhänger	bis 4 t Nutzlast
Lastkraftwagen	über 4 t Nutzlast
dito Anhänger	über 4 t Nutzlast

besitzt, so daß sich Ende 1949 insgesamt eine Güterverkehrs-Leistungskapazität des Kraftfahrzeugbestandes in Höhe von 14,94 Milliarden Netto-Tonnen-Kilometer ergibt.

Die jährliche Güterverkehrs-Leistungskapazität nach dem Stande von 1949 beträgt demgegenüber bei der Eisenbahn 60 Milliarden Netto-t-km bei einer von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn für 1949 effektiv ausgewiesenen Netto-t-km-Leistung im VWG von 41,6 Milliarden. Im Wettbewerb mit der Eisenbahn stehe jedoch nur eine

Die größere Dichte des Straßennetzes ist naturgemäß, so wird festgestellt, nicht ohne Rückwirkung auf den Straßenfahrzeugpark geblieben. Der Lastkraftwagenbestand pro km Straßenlänge ist im VWG 1949 mit 300 Fahrzeugen um 80% größer als im Jahre 1936 im Reichsgebiet (168 Fahrzeuge). Je Kopf der Bevölkerung hat der Lastkraftwagenbestand allerdings nur um 39 v. H., nämlich von 525 (Reichsgebiet 1936) auf 730 (VWG 1949) zugenommen.

Aus der Zunahme des Lastkraftwagenbestandes wird gefolgert, daß die bessere Erschließung durch den Straßenverkehr in dem engeren Bereich des VWG mit größerer Bevölkerungsdichte gegenüber dem Reichsgebiet dem Lastkraftwagenverkehr vermöge seiner guten Anpassungsfähigkeit an die Verkehrsbedürfnisse zusätzliche Beförderungsaufgaben gebracht hat. Damit stellt sich der VDA auf den Standpunkt, daß mindestens zum Teil strukturelle Gründe den Aufschwung und die erhöhte Konkurrenz des Lastkraftwagens ausgelöst haben.

Die Bedeutung des Straßenverkehrs für die verladende Wirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß die Ladekapazität von rund 191 500 Liefer- und Lastkraftwagen mit insgesamt 221 000 t Nutzlast im Jahre 1936 auf rd. 399 350 t Liefer- und Lastkraftwagen mit insgesamt 585 000 t Nutzlast am 1. 1. 1950 gestiegen ist. Einer stückzahlmäßigen Zunahme um fast 64% steht den Berechnungen des VDA zufolge eine Erhöhung der durchschnittlichen Nutzlast von 1,7 Tonnen auf fast 2,0 Tonnen gegenüber.

Die jährlich ausnutzbare Güterverkehrs-Leistungskapazität des Kraftfahrzeugbestandes von 1949 (4. Quartal) — theoretische Nutzlast-Kapazität auf Grund der durchschnittlichen Nutzlast je Fahrzeug minus 18% Ausfall durch Reparatur, Überalterung und geänderten technischen Zustand, multipliziert mit einer Durchschnittsjahresleistung von 30 000 km je Fahrzeug und Abschreibung von 25% für den Flächenverkehr — wird für das VWG bei

mit 4,96 Milliarden Netto-t-km
mit 1,65 Milliarden Netto-t-km
mit 3,16 Milliarden Netto-t-km
mit 4,87 Milliarden Netto-t-km

Leistungskapazität von 6 Milliarden Netto-t-km

Die Studie des VDA geht dann noch eingehend auf den Kreis der an der Kraftfahrzeugwirtschaft beteiligten wichtigen Industrie- und Gewerbezweige ein; sie kommt dabei zu dem Resultat, daß Ende 1949 im VWG rund 811 000 Erwerbstätige oder 4% aller in der gewerblichen Wirtschaft Tätigen, ohne die im Straßenbau und im Bergbau Beschäftigten, direkt oder indirekt ihren Erwerb durch das Kraftfahrzeug finden, ein Ergebnis, das einer gesonderten Darstellung vorbehalten bleiben soll.

Deutsch-französischer Handel – etwas einseitig

Hohes deutsches Passivum

Entgegen den bei den letzten Besprechungen der gemischten deutsch-französischen Kommission gehegten Erwartungen einer ausgleichenden Entwicklung des deutsch-französischen Warenverkehrs hat sich dieser für Westdeutschland weiter ungünstig entwickelt. Der westdeutsche Defizitsaldo beträgt zur Zeit etwa 27 Mill. Dollar. Er ist damit bereits in eine besorgniserregende Nähe der Kreditmarge von 40 Mill. Dollar gerückt. Wie wir erfahren bestehe die Absicht, in neuen Besprechungen der gemischten Kommission die Lage noch vor Pfingsten zu überprüfen. Man hegt auf deutscher Seite die Erwartung, daß im Hinblick auf das gegenwärtige politische Gespräch einer umfassenden deutsch-französischen Zusammenarbeit auch auf französischer Seite Maßnahmen ergriffen werden, die einen Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeiführen können.

Es hat sich im übrigen gezeigt, daß auch von den deutschen Exporteuren in der letzten Zeit dem Frankreichgeschäft nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Das Globalkontingent von 18 Mill. Dollar für diejenigen Waren, die weder kontingentiert noch liberalisiert sind, ist für das 1. Quartal nur zögernd genutzt worden. Der Betrag wurde erst jetzt erschöpft und hat zur Bereitstellung eines weiteren Platzfonds von 15 Mill. Dollar für das 2. Quartal geführt. Die Handhabung der Importlizenzierung auf französischer Seite erfolgt hierbei in einer Weise, die einer Liberalisierung dieser Einfuhren gleichkommt. Die Einfuhrgenehmigungen werden in unbeschränkter Höhe ohne jede Repartierung gewährt. Eine Ausnahme macht hier nur die Schreibmaschineneinfuhr nach Frankreich, für die die Lizenzierung abgestoppt wurde, nachdem allein für einen Monat für 1.6 Mill. Dollar Genehmigungen erteilt werden mußten; hier ist der Bedarf für ½ Jahr gedeckt.

Es ist bemerkenswert, daß das für Algerien Einfuhr aus Westdeutschland im 1. Quartal 1950 festgesetzte Globalkontingent von 2 Mill. Dollar bisher nur mit 40 000 Dollar in Anspruch genommen worden ist. Auch die Ausnutzung der im Abkommen vom 30. Januar dieses Jahres vereinbarten Kontingente läßt zu wünschen übrig. Allein die Schaffung zusätzlicher Einfuhrmöglichkeiten auf französischer Seite und erhöhte deutsche Exportanstrengungen nach Frankreich dürfen die gegenwärtig unbefriedigende Entwicklung wieder normalisieren.

Weitere Steuervergünstigung für Lebensversicherte

An dem bewährten Grundsatz der Steuervergünstigung für Lebensversicherungsprämien ist auch in dem neuen Steuergesetz festgehalten worden. Die Prämien für Lebensversicherungen können grundsätzlich also auch weiterhin vom steuerpflichtigen Einkommen im Rahmen der Höchstbeträge voll abgesetzt werden. Die Lohnsteuerpflichtigen, bei denen der gesetzliche Freibetrag infolge ihrer Lebensversicherungsprämie überschritten wird, müssen derwegen Antrag auf Steuerermäßigung an ihr zuständiges Finanzamt stellen. Die Einkommensteuerpflichtigen können die Prämien im Rahmen der Sonderausgaben (800 DM für den Steuerpflichtigen und 400 DM für seine Ehefrau, sowie für jedes Kind, für das Steuerermäßigung gewährt wird) voll absetzen.

Für einzelne Gruppen sind noch folgende Vergünstigungen möglich:

a) Für Lebensversicherte, vor allem mit einem mittleren Einkommen:
Werden die Sätze für beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben überschritten, so konnten bisher die darüber hinausgehenden Beträge mit der Hälfte, jedoch nur bis zu 7,5% der Einkünfte, abgesetzt werden. Dieser Satz ist auf 15% erhöht.

b) Geblieben ist die Bondervergünstigung für die über 50 Jahre alten Lebensversicherten, die vorwiegend von den Einkünften aus selbständiger Arbeit, z. B. freie Berufe, oder aus nicht selbständiger Arbeit leben. Sie können für Lebensversicherungsprämien den doppelten Pauschbetrag (also jährlich DM 1600.— für sich und DM 800.— für die Ehefrau, sowie für jedes ermäßigungsberechtigte Kind) in Anspruch nehmen.

c) Lebensversicherte, Flüchtlinge, Bombengeschädigte und Verfolgte schneiden bei dem neuen Steuergesetz insofern günstiger ab, als sie die ihnen zusätzlich gewährten Höchstbeträge für die Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung voll für diesen Zweck verwenden können und ihnen im übrigen die allgemeinen Höchstbeträge und die Mehrbeträge nunmehr ungekürzt für Lebensversicherungsprämien zur Verfügung stehen. Für diese Gruppe gelten folgende Freibeträge für Wiederbeschaffung:
480 DM für die Steuerklasse I
840 DM für die Steuerklasse II
720 DM für die Steuerklasse III
Für das 3. und jedes weitere ermäßigungsberechtigte Kind erhöht sich der Freibetrag um je DM 60.—.
Bei Nachweis des Aufwandes können die vorstehenden Beträge bis zur doppelten Höhe ausgenutzt werden.

d) Für die Inanspruchnahme des begünstigten Einkommensteuersatzes von 50% nach § 32a Einkommensteuergesetz werden Aufwendungen für Versicherungsprämien, soweit sie die Höchstbeträge nicht übersteigen, nicht zu den Entnahmen gerechnet.

Über die erörterten Vorteile hinaus wird den Steuerpflichtigen durch die zusätzliche Ersparnis, die sich aus der im neuen Steuergesetz erfolgten Senkung der Tarife ergibt, die Möglichkeit eröffnet, sich und ihren Angehörigen einen ausreichenden Lebensversicherungsschutz zu beschaffen.

Papierverbrauch in Westdeutschland nimmt zu

Die ziemlich unerwartet eingetretene Verknappung für Zeitungspapier darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Erzeugung der westdeutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie seit der Währungsreform in ständigem Steigen ist. Im Jahre 1949 lag die Produktion mit 1 048 200 t um 94% über der von 1948. In diesem Jahr ist eine weitere, leichte Erhöhung zu verzeichnen; die Erzeugung betrug im Januar rund 110 500 t, im Februar (vier Arbeitstage weniger) 113 000 t.

Vergleicht man den Inlands-Papierverbrauch mit dem in der Friedenszeit oder mit dem im Ausland, so steht die Bundesrepublik noch weit zurück. Im Jahre 1938 wurden im Deutschen Reich pro Kopf der Bevölkerung 47,8 kg Papier und Pappe verbraucht, in der Bizone des Jahres 1948 waren es nur 15,2 kg, 1949 bereits 26,5 kg, und heute schätzt man auf etwa 30 kg.

Nach der neuesten Weltstatistik werden für das Jahr 1948 folgende Auslands-Verbrauchszahlen genannt: Schweden 78,0 kg pro Kopf, Norwegen 53,1 kg, Großbritannien 43,6 kg, Finnland 45,8 kg, die Schweiz 32,0 kg, Belgien 28,0 kg, Österreich 28,0 kg, Tschechoslowakei 24,8 kg und für die Vereinigten Staaten 163,5 kg.

Die Papier- und Pappenindustrie kann einem erhöhten Bedarf — mit der einzigen Ausnahme von Zeitungspapier, über das weiter unten berichtet wird — einstweilen durchaus Rechnung tragen. Die vorhandene Kapazität könnte noch erheblich stärker ausgenutzt werden, was sich dann auch in Preisabschlägen auswirken würde. Denn es mangelt nun nicht mehr, wie noch 1948, an den erforderlichen Rohstoffen Zellstoff, Holz, Stroh und Altpapier. Die Preise gleichen sich allmählich den Weltmarktpreisen an.

Auch im Ausfuhrgeschäft konnten 1949 die ersten nachhaltigen Erfolge erzielt werden. Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet betrug die Ausfuhr an Papier und Pappen 1949 5 197,8 t, im Wert von 8,33 Mill. DM. Die Zellstoffindustrie exportierte 6 827,1 t Erzeugnisse im Wert von fast 3 Mill. DM.

Über die Gründe, die zu der plötzlichen Knappheit bei der Erzeugung von Zeitungspapier geführt haben, sind exakte Unterlagen nicht zu erhalten. Tatsache ist, daß die westdeutschen Zeitungspapier-Fabriken ihre Produktion ständig erhöht haben, ohne daß sie den tatsächlichen Bedarf decken konnten. Die Erzeugung von Zeitungspapier betrug in Westdeutschland:

im Juli 1949	10 900 t
im August 1949	10 900 t
im Septbr. 1949	12 100 t
im Oktbr. 1949	12 700 t
im Novbr. 1949	12 700 t
im Dezbr. 1949	13 500 t
im Januar 1950	13 700 t
im Februar 1950	13 300 t
im März 1950	15 000 t

Der westdeutsche Bedarf an Zeitungspapier ist jedoch seit dem Übergang der Tageszeitungen zum täglichen Erscheinen und seit Aufhebung des Lizenzzwanges im Herbst 1949 so sprunghaft gestiegen, daß alle Vorausberechnungen über den Haufen geworfen wurden. Man mußte zusätzlich Zeitungspapier aus dem Ausland einführen. Insgesamt betrug die Einfuhr von Papier im VWG 1949 62 600 t, von der ein erheblicher Teil Zeitungspapier war. Eine genaue Zahl läßt sich dafür nicht angeben, weil die Zollstatistik zwischen Zeitungs- und anderem Druck-Papier nicht unterscheidet. Immerhin läßt sich feststellen, daß von 10 700 t Papier aus Kanada und 7200 t aus Frankreich sowie 6300 t aus Polen der größte Teil Zeitungspapier war. Um den westdeutschen Bedarf zu decken, müssen im Monat etwa 4000 t Zeitungspapier eingeführt werden.

Die Stockung der Einfuhr von Zeitungspapier wird mit großen Käufen der Ver. Staaten in Skandinavien erklärt, die bereits zum Zeitpunkt der Währungs-Devalvationen getätigt wurden und jetzt die gesamte skandinavische Produktion auf Monate hinaus festlegen. Frankreich hat eine Sperre für die Ausfuhr von Zeitungspapier eingeführt, und auch von Österreich wird z. Zt. Zeitungspapier nach Westdeutschland nicht eingeführt.

Nach Schätzungen der Papierindustrie beträgt der Investitionsbedarf für Erweiterungen, Modernisierungen und Neuanlagen etwa 250 Mill. DM. Mit einem Kredit von 150 Mill. DM könnte bei Selbstfinanzierung in Höhe von einem weiteren Drittel eine nicht unbeträchtliche Kapazitätserweiterung in der Papierindustrie erfolgen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Vorrang der Neuinvestitionen

tionalität angehören, und zwar zu einem freien Verrechnungskurs. Sollte dies zutreffen, dann gingen derartige Transaktionen in erster Linie die Devisenkontrollbehörden im Auslande und nicht die deutschen Behörden an, denn derartige Geschäfte würden Deutschland keine Devisen kosten. In Großbritannien habe man mit einem derartigen Versuch, in der Freigabe eingefrorener Lire-Guthaben in Italien zur Verwendung in Italien selbst, bisher gute Erfahrungen gemacht. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die Nachfrage nach billigen Lire größer war als der Wunsch der Besitzer dieser Guthaben, sie loszuwerden. Im übrigen, so schließt diese britische Stellungnahme, gebe es eine ganze Reihe sehr reizvoller Möglichkeiten, bisher blockierte Markbeträge in Deutschland selbst zu investieren. Sofern es gelingt, derartige Guthaben unter Umgehung der Devisen-Kontrolle aus Deutschland herauszubringen, beispielsweise durch Unterfakturierung deutscher Ausfuhrgüter, sei ein Markt für Deutsche Mark im Ausland nicht erforderlich. Auch die britische Devisenkontrolle könne keinen amerikanischen Besitzer von britischen blockierten Wert-Papieren daran hindern, seinen Besitz an einen andern Amerikaner zu veräußern. Derartige Transaktionen finden täglich in New York statt. Der Devisenkurs für die stellt sich um 60 Prozent unter der amtlichen Sterlingnotierung, aber Großbritannien selbst verliert durch derartige Geschäfte nicht einen einzigen Dollar.

Wegen der kommenden Feiertage folgt der vorliegenden Doppelnummer 19/20 die Ausgabe Nr. 21 am 24. 5. 1950, die Ausgabe Nr. 22 aber erst am 1. Juni 1950.

Zugleich weisen wir unsere Postbezieher darauf hin, daß ab 1. Juli für die „Wirtschaftsrevue" die Bezugsgebühr monatlich mit 2 DM und 9 Pfg Zustellgebühr erhoben wird.

An Stelle der Vierteljahresvorauszahlung per 1. 7. 1950 wird die Post also lediglich jeweils das Monatsbezugsgeld erheben.

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Veilchenstraße 16. Chefredakteur: Dr. Hans Heiner, Karlsruhe. Zuständig Verlagsportrait: Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM einschließlich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstraße 16. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 3 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zum Mitbestimmungsrecht

Denkschrift der Unternehmerverbände

Die im „Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft" zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Unternehmerschaft haben am 12. 5. ihre Vorschläge für eine gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer auf überbetrieblicher Ebene und in den Betrieben in einer Denkschrift veröffentlicht. Sie wurde dem Bundespräsidenten, dem Bundeskabinett, den Abgeordneten des Bundestages und des Bundesrates sowie den Hohen Kommissaren übersandt. Die Denkschrift ist von folgenden Organisationen unterzeichnet: Vereinigung der Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelstag, Bundesverband der deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Handwerks, Gesamtverband des Groß- und Außenhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Arbeitsgemeinschaft der Verbände des privaten Bankgewerbes, Gesamtverband der Versicherungswirtschaft, Zentralarbeitsgemeinschaft des Fremdenverkehrsgewerbes, Zentralverband deutscher Handelsvertreter- und Handelsmaklerverbände.

Die in der Denkschrift dargelegten Auffassungen und Vorschläge stellen demnach die übereinstimmende Auffassung der in dem Gemeinschaftsausschuß zusammengeschlossenen Unternehmerschaft, das heißt aller führenden Spitzenverbände der Unternehmer, dar.

Für die Regelung des Mitbestimmungsrechtes auf überbetrieblicher Ebene gehen die Vorschläge des Unternehmertums von der Feststellung aus, daß die Spitzenverbände der Unternehmerschaft bereits in einem Schreiben vom 3. Mai 1949 an die Militärbefehlshaber und an den DGB ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht haben, mit den Gewerkschaften als den Vertretern der Arbeitnehmer nicht nur auf sozialpolitischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenzuarbeiten. Vorgeschlagen werden auch von Unternehmerseite:

1. Ein Bundeswirtschaftsrat
2. Landeswirtschaftsräte

Die Mitgliederzahl des Bundeswirtschaftsrates soll die Zahl 180 nicht überschreiten. Der Rat soll sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeitnehmer zusammensetzen, die auf Vorschlag der Organisation der Sozialpartner vom Bundeskanzler ernannt werden sollen. Aufgabe des Bundeswirtschaftsrates ist es in erster Linie, zu Gesetzentwürfen des Bundestages eigene Vorschläge zu unterbreiten.

Für die Bildung von Landeswirtschaftsräten sollen die gleichen Grundsätze gelten. Die Unternehmerschaft empfiehlt jedoch, mit der Errichtung von Landeswirtschaftsräten solange zu warten, bis ausreichende Erfahrungen aus der Gemeinschaftsarbeit des Bundeswirtschaftsrates vorliegen. Für die Verwirklichung der Mitbestimmung in den Betrieben schlägt die Unternehmerschaft Arbeitsgemeinschaften zwischen den entsprechenden Organisationen der Unternehmer und Arbeitnehmer auf Grund freier Vereinbarungen vor. Für die Beibehaltung der Industrie- und Handelskammern wird unter anderem die allgemein anerkannt internationale Bedeutung des Kammerwesens geltend gemacht sowie die Notwendigkeit, die deutschen Wirtschaftsinteressen im Rahmen der internationalen Handelskammern zu vertreten. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Einrichtung der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen bezirklichen Wirtschaftskammern dem Gesichtspunkt der Vereinfachung des Staatsaufbaues und der Entlastung der Bevölkerung von Verwaltungsausgaben widerspricht.

Hinsichtlich des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben werden von der Unternehmerschaft Vorschläge gemacht, die dem Zweck dienen, die unerläßlichen Beziehungen zwischen den Unternehmern und den in ihren Betrieben tätigen Arbeitnehmern im Interesse des sozialen Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit durch Anteilnahme der beteiligten Arbeitnehmer selbst am betrieblichen Geschehen zu fördern. In diesem Zusammenhang wird eine Neuregelung des Wahlverfahrens zu den Betriebsräten mit dem Ziel einer engeren persönlichen Verbindung zwischen Wählern und Gewählten angeregt.

Im einzelnen wird vorgeschlagen:

1. Der Arbeitgeber soll die Belegschaft regelmäßig über die Wirtschaftslage des Betriebes unterrichten und ihr Gelegenheit geben, durch eigene Vorschläge Anteil an der wirtschaftlichen Fortentwicklung des Betriebes zu nehmen.

2. Der Arbeitgeber soll verpflichtet sein, dem Betriebsrat mindestens vierteljährlich einen mündlichen Bericht über die wirtschaftliche Lage des Betriebes, insbesondere über Produktion, Umsatz, Auftragsbestand und die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens zu geben.

3. Grundsätzliche Fragen der Arbeitsplanung sollen mit dem Betriebsrat besprochen und ihm Gelegenheit zu beratender Stellungnahme gegeben werden, ebenso bei Änderung des Betriebszweckes, wesentlichen Änderungen des Betriebsumfanges, umfangreichen Betriebseinschränkungen, grundlegenden Veränderungen der Betriebsanlagen und grundlegender Umstellung einzelner Abteilungen.

4. In den Aufsichtsorganen der Unternehmungen sollen ein bis drei Sitze, höchstens ein Drittel der Sitze, der Arbeitnehmerschaft vorbehalten bleiben. Diese Vertreter sind vom Betriebsrat aus der Reihe der in dem Betrieb tätigen Arbeitnehmer zu bestimmen. Sie sollen mindestens 30 Jahre alt und 10 Jahre in dem betreffenden Unternehmen tätig sein.

Weiter ist den Betriebsräten in sozialen Angelegenheiten ein Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der betrieblichen Sozialeinrichtung einzuräumen. Gleichberechtigte Mitwirkung steht ihnen zu bei den zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer zu treffenden Maßnahmen und beim Abschluß von Betriebsvereinbarungen, Vereinbarungen über Lohn- und Gehaltsbedingungen und Überwachung der Innehaltung von Kollektivverträgen. In personellen Angelegenheiten des Betriebes soll der Betriebsrat durch Betriebsvereinbarungen mit dem Arbeitgeber Richtlinien für die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern festsetzen und in begründeten Fällen Einspruch gegen die Einstellung eines neuen Belegschaftsangehörigen einlegen können. Bei Kündigungen und Massenentlassungen ist dem Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Zu den Vorschlägen des DGB „zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft" wird in der Denkschrift unter anderem geltend gemacht, daß die Verwirklichung der Gewerkschaftsforderungen auf paritätische Besetzung der Aufsichtsorgane sowie Einrichtung von Wirtschaftsausschüssen mit Mitbestimmungs- und Vetorecht und Wirtschaftsaufsichtsstellen schwerwiegende Folgen für die Kredit- und Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Betriebe im In- und Ausland nach sich ziehen kann. Eine paritätische Zusammensetzung der Aufsichtsorgane der Unternehmungen (Aufsichtsräte) führe im Zusammenhang mit den übrigen Gewerkschaftsforderungen zu einer Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht bei einer Interessenorganisation und zur kollektiven Kontrolle und Bemächtigung der Betriebe durch das Monopol der Gewerkschaften. Einer solchen Machtzusammenballung, die in der Wirtschaftsgeschichte einmalig wäre, müßten sich letzten Endes auch Regierungen und Parlamente beugen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß nach Feststellungen des internationalen Arbeitsamtes in Genf in anderen Ländern die Betriebsräte auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet ausschließlich Funktionen beratender Art haben. Damit ergebe sich die begründete Frage, ob sich Deutschland in seiner wirtschaftlichen und politischen Lage allein ein Experiment im Sinne der Gewerkschaftsvorschläge gegenüber den konkurrierenden anderen Ländern leisten kann. Grundsätzlich wird abschließend erneut der Wille und die Bereitschaft der Unternehmerschaft zur Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern und ihren Organisationen festgestellt. Die Unternehmerschaft hoffe, durch ihre Vorschläge voreilige Entscheidungen verhindern zu können, die für die weitere wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung und damit für den schweren Kampf für Deutschlands Wiederaufbau von verhängnisvoller Auswirkung sein könnten.

*

Die offizielle Entgegnung des Unternehmertums auf die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Mitbestimmung im Betriebe und außerhalb des Betriebes, die in dieser Denkschrift des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft enthalten ist, steckt eindeutig die Fronten auf diesem Gebiet ab. In der Denkschrift wird ausdrücklich der Wille und die Bereitschaft zur Gemeinschaftsarbeit mit dem anderen Partner auch für die Zukunft betont. Die Ausführungen lassen jedoch keinen Zweifel über die Grenze zu, hinter die sich das Unternehmertum nicht zurückdrängen lassen kann und will. Sie liegen in der Wahrung der Selbständigkeit jedes einzelnen Unternehmens und in der Freihaltung jedes Unternehmens von betriebsfremden Elementen. Nach Auffassung der Gewerkschaften gibt es im Betriebe noch keine Demokratie, wie sie im allgemeinen politischen und öffentlichen Leben längst vorhanden sei. Tatsächlich hat sich aber das in den Betrieben herrschende Ordnungsprinzip gut bewährt und wird auch von den Arbeitnehmern nicht beanstandet. Eine Änderung würde eine Wendung zum Vollkollektivismus bedeuten, die unter dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie" vollzogen werden soll. Wenn nicht alle Zweifel trügen, wird noch jahrelang, vielleicht sogar jahrzehntelang die Mitbestimmung die Forderung sein, mit der die zum Kollektivismus neigenden Kreise ihr Ziel erreichen wollen. Diese Kreise haben nun maßgebenden Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik gewonnen und versuchen, die Gewerkschaften von einem echten Sozialpartner zu einem ausschlaggebenden Machtfaktor für die gesamte Wirtschaftspolitik werden zu lassen.

Die Wandlung der Gewerkschaften, wie sie sich gegenwärtig in Westdeutschland abzeichnet, kann aber u. U. für ihre eigene Entwicklung gefährlich werden. Verschiedentlich hat sich bereits gezeigt, wie mißtrauisch und ablehnend die Belegschaften das Eindringen fremder Elemente in den Betrieb beurteilen. Zwar ist es für das einzelne Belegschaftsmitglied schwierig, die Tragweite der Gewerkschaftsforderungen genau zu übersehen, aber die Störungen, die am Arbeitsplatz durch betriebsfremde Eingriffe veranlaßt werden, begreift und empfindet jeder. Die Möglichkeit, daß der Stoß der Gewerkschaften gegen den Betrieb als geschlossene Einheit auf sie selbst zurückschlägt und ihre Machtstellung verringert, ist keineswegs von der Hand zu weisen. Auch ist die Wandlung der westdeutschen Gewerkschaften zu einer politischen und wirtschaftlichen Organisation eigener Prägung nicht gleichgültig für ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder. Erst kürzlich haben z. B. die westdeutschen bei Gewerkschaften der Vereinigten Staaten mit Erfolg um Hilfe bei ihren Besprechungen auf eine „gemeinwirtschaftliche Regelung der Montanindustrie gebeten. Schon bisher sind die westdeutschen Gewerkschaften mit den amerikanischen nicht gleich zu stellen gewesen. Die amerikanischen bejahen die freie Unternehmerwirtschaft, weil sie die größte Produktionskraft und damit den höchsten Lebensstandard für alle verbürgt. Infolgedessen dürfte es fraglich sein, ob sie auch dann noch die Gewerkschaften der Bundesrepublik politisch unterstützen werden, wenn sie deren neuen Kurs erkannt haben und diese nicht mehr als Schwesterorganisationen gleicher Zielrichtung anerkennen können.

Die Entwicklung zum Kollektivismus, die bei Erfüllung der gesamten Gewerkschaftsforderungen unausweichlich sein würde, würde Westdeutschland aus der Gemeinschaft der westlichen Welt ausschließen. Auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Gewerkschaften dürfte es liegen, wenn sie sich dieser Gemeinschaft einpassen und der gleichberechtigte Sozialpartner bleiben würden, auf dessen Mitarbeit und Mitwirkung nicht zu verzichten ist.

Den Krieg führt der Finanzminister

Beinahe eine Komödie

Ort der Handlung: Das Goldene Mainz. Zeit: Gegenwart (für Vergeßliche: 5 Jahre nach Kriegsende). Personen: 1. eine alte, in der ganzen Welt bekannte deutsche Sektkellerei, 2. ein guter Kunde.

I. Akt **1. Aufzug:**

Der gute Kunde erinnert sich der Sektkellerei und schreibt einen Brief.

„Sehr geehrte Herren!

Ich freue mich, daß der Krieg nun wirklich vergessen ist, und deshalb darf bei festlichen Gelegenheiten „die gute Laune selbst" nicht mehr fehlen. Bitte machen Sie mir ein Angebot."

2. Aufzug:

Die Sektkellerei antwortet:

„Wir danken Ihnen für Ihren liebenswürdigen Brief. Unsere derzeitigen Preise sind folgende:

sowieso — etc. — pp.

Hinzu kommt der Kriegszuschlag von 2.— DM je Flasche.

Hochachtungsvoll!

folgt Unterschrift.

II. Akt **1. Aufzug:**

Der gute Kunde schreibt zurück: (wörtlich!) „Ich empfing Ihr Schreiben vom 28. vor. Mts. und bin sehr erstaunt über die Mehrforderung von 2 DM pro Flasche für Kriegszuschlag. Ich muß nun leider doch auf die Lieferung verzichten und bitte höflich die 105 DM der Firma N. N. zurückzuüberweisen. Wir haben hier in der Ostzone nur Manöver, aber von Krieg ist nichts zu spüren. Obwohl ich Ihre Sendung sehr wünsche, muß ich nun leider doch darauf verzichten. Ich bitte um Nachricht, wenn bei Ihnen der Krieg zu Ende ist, damit ich meine Bestellung erneuern kann.

Hochachtungsvoll

gez. Unterschrift"

2. Aufzug: fällt aus.

Dafür folgt ein eigentlich überflüssiger Kommentar:

Der Kriegszuschlag auf Sekt wurde vom Ministerium für Reichsverteidigung am 1. 9. 1939 eingeführt und zunächst auf 1 RM, ab 30. 10. 1941 auf 3 RM festgelegt. Es handelt sich um eine rein kriegsbedingte Maßnahme. Auch bei eingehendstem Studium findet man als Grundlage für die Besteuerung des Schaumweines nur die Notwendigkeit „der Deckung von Ausgaben für die Wehrkraft des Landes" oder „Deckung der Kosten einer Flottenvorlage bzw. Flottenvermehrung" oder, beim Kriegszuschlag, „um Kräfte und Mittel Volk und Reich zur Verfügung zu stellen", zur Kaufkraftlenkung und zur Freistellung von Arbeitskräften für den Kriegsdienst.

Wenn heute noch, fünf Jahre nach Kriegsende, ein Kriegszuschlag von 3 DM je Flasche erhoben wird, „auch im Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren", kann man mit Recht fragen:

Welcher Krieg soll eigentlich durch die Sektindustrie finanziert werden? Wüßten Sie eine Antwort, Herr Finanzminister? An Ihnen liegt es, den Kriegszustand wenigstens hier zu beenden, auch wenn es beim Öffnen einer Flasche Sekt weiterhin knallen sollte. Viele deutsche Menschen aller Kreise, die gerne einmal zur Kindestaufe, zur Einsegnung, zur Verlobung oder zur Hochzeit ein Glas schäumenden Weines trinken möchten, wären Ihnen sehr dankbar, ganz besonders aber Alfred S. O. -ws., der hiermit beinahe eine Komödie geschrieben hat. So ist es allerdings ein Trauerspiel.

Die Wirtschaftlichkeit entscheidet

Lastwagen mit Vergasermotoren gewinnen wieder mehr und mehr an Bedeutung. Im Vertrauen auf diese Entwicklung beschlossen wir eine

wesentliche Preissenkung.

Wir bieten heute wieder den Freunden des Vergasermotors alle Voraussetzungen für eine

wirtschaftliche Güterbeförderung.

Durch die bedeutend herabgesetzten Preise – auch für Ersatz- und Austauschteile, sowie für Austauschmotoren – sind unsere Nutzfahrzeuge

jetzt niedriger in den Kosten – in der Anschaffung und in der Unterhaltung.

Es ist die hohe Summe weltweiter FORD-Erfahrungen, die unseren Erzeugnissen einen besonderen Wert verleiht, einen Wert, den der FORD-Kundendienst Ihrem Fahrzeug für viele Jahre sichert.

Unsere neuen Preise:

1,5-2 t	SCHNELL-LASTWAGEN Chassis mit Fahrerhaus und Pritsche	DM	7985.–
3 Tonner TYP „RUHR"	Chassis mit Fahrerhaus und Pritsche	DM	8875.–
3 Tonner TYP „RHEIN"	Chassis mit Fahrerhaus und Pritsche	DM	9575.–
OMNIBUS 33 Fahrgast-Sitze		DM	26500.–

Ihr FORD-Händler berät Sie unverbindlich.

PERSONENWAGEN LASTKRAFTWAGEN

F O R D

FORD-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

5008

Aus der deutschen Wirtschaft

Wir greifen auf:

Neue und alte Politik

In den USA wurden in der letzten Zeit Klagen laut, daß die Marshall-Plan-Länder die amerikanischen Sperrlisten nicht genügend beachteten. Abgesehen davon, daß diese Sperrlisten nicht immer mit den amerikanischen übereinstimmten, vergebe man auch die Ausfuhrlizenzen sehr großzügig, so daß strategisch wichtige Güter nach den Oststaaten und auf diesem Weg nach der UdSSR gelangten. Das amerikanische Handelsministerium soll jedenfalls Außenminister Acheson ersucht haben, diese Frage auf der Londoner Konferenz anzuschneiden mit dem Ziel, von den westeuropäischen Ländern eine wirksamere Kontrolle zu erreichen und vor allem die Lieferung von schweren Maschinen nach den Satellitenstaaten zu verhindern. Anderseits hört man in verschiedenen Kreisen, daß es nicht angebracht sei, allzuscharfe Maßnahmen zu ergreifen, da diese die allseits gewünschte Erholung des Ost-Westhandels stören würden. Sowohl jenen als auch diesen Kreisen scheint es jedoch vollkommen entgangen zu sein, daß in Brüssel eine sog. Reparationsagentur tätig und unbehindert die in Deutschland demontierten Maschinen und Fabrikanlagen verteilt. Die vielen Sieger sitzen hier einig um einen Tisch und kümmern sich den Teufel um die amerikanische Verbotsliste. Sie gilt bei dieser Kommission nichts, denn diese amtiert nach den Richtlinien von Yalta und Potsdam, und gar so strikte, daß das Abkommen von westlicher Seite 100prozentig erfüllt werden wird. Die Sowjets sollen keinen Anlaß zu Klagen haben! Und deshalb gehen schwere und schwerste Maschinen und ganze Fabrikationsausrüstungen, die zum deutschen Kriegspotential gezählt und deshalb demontiert wurden, auch heute an die Länder hinter dem Eisernen Vorhang. Erst in diesen Tagen berichtete das hessische Wirtschaftsministerium, daß Reparationsgüter nach Albanien und nach der Tschechoslowakei verfrachtet wurden. So gelangen in eifriger Erfüllung alter Abkommen die Volksdemokratien ganz legal und praktisch kostenlos zu schweren Maschinen und ganzen Fabrikausrüstungen, für deren Lieferung nach diesen Ländern die Amerikaner anderseits eine Verbotsliste aufgestellt haben.

Nicht nur ein Fuchs...

Bekanntlich hat die britische Regierung einen bedeutenden Posten — rd. 20% des Gesamtkapitals — der Tanganyika-Aktien abgestoßen. Es wäre an sich ohne Bedeutung, wenn in dem Konsortium, das die Aktien erworben hat, nicht auch Amerikaner säßen und wenn durch Verflechtung der Gesellschaften nicht der Weg zu Haut Katanga, den belgischen Urangruben, gefunden worden wäre. So wurde die Transaktion auch zu einem kleinen Politikum, denn sie riecht nach Atom, und auf diesem Gebiet belauert und belauscht eine Macht die andere.

Daß die östliche in dieser Beziehung von besonderer Neugierde ist und auch willfährige Helfer findet, dürfte erwiesen sein, vor allem was die Entwicklung der Atombombe anbelangt. Zum ersten Male zeigte es sich jetzt, daß sie auch die geschäftlichen Manipulationen verfolgt, soweit sie irgendwie mit dem kostbaren Uranerz zusammenhängen könnten. Und siehe da, auch hier kann man ihr den Erfolg nicht absprechen, der Apparat informierte sie richtig. Die sehr ehrwürdigen Londoner Börsenjobber staunten vor kurzem sehr — und auch Leute, die weniger mit Börsengeschäften zu tun haben —, daß die Meldung über den Verkauf der Tanganyika-Aktien schon zwei Tage vor der offiziellen Bekanntgabe durch die britische Regierung in dem kommunistischen Organ „Daily Worker" veröffentlicht worden war. Der Verkauf der Aktien sollte ja schließlich kein Geheimnis bleiben, daß aber der Nachrichtendienst ausgerechnet zum „Daily Worker" so ausgezeichnet funktioniert, läßt darauf schließen, daß da und dort noch ein Fuchs sitzen muß.

Öl und Zwieback fürs Reduit

Seit dem Entschluß der USA, Wasserstoff-Atombomben zu erzeugen und seit der Bekanntgabe der Atombombenversuche in der UdSSR reißen die Prophezeiungen eines neuen Krieges nicht mehr ab. Diejenigen, die schon immer das Gras wachsen hörten, wollen aus der Temperatur des kalten Krieges bereits den Zeitpunkt seines Ausbruches bestimmen. Die Astrologen errechnen das Datum aus den Sternen, die Kartenlegerinnen lesen es aus den Karten. In Bayern, wo Gebeing mit Stanniolkügelchen seine besten Geschäfte machte, entdeckt plötzlich der Brunnenbohrer Irlmaier seine hellseherischen Kräfte und prophezeit ebenfalls baldigen Krieg, Hunger und Chaos. Und die Dummen, die nicht alle werden, kaufen Dauerwürste, Ölsardinen usw. von ihren letzten Ersparnissen, um sich für alle Fälle einen kleinen Vorrat für die von Herrn Irlmaier prophezeite schreckliche Zeit anzulegen. Leider besteht keine Handhabe, diese Hellseher bis zu dem von ihnen bekanntgegebenen Termin der Katastrophe einzusperren. Immerhin bleibt aber Gott sei Dank der Kreis der Leichtgläubigen beschränkt.

Schlimmer ist es jedoch, wenn eine solche Angstpsychose von bedeutender Seite entfacht wird, wie es zu einem guten Teil in unserem südlichen Nachbarlande (Schweiz) geschah, wo man die Bevölkerung aufforderte, sich vorsorglich mit dauerhaften Nahrungsmitteln einzudecken, um im Ernstfalle für die erste Zeit genügend Vorrat zu haben. So mit Öl und Zwieback ausgerüstet, meint unser südlicher Nachbar, könne man sich in das Reduit zurückziehen und dort in Ruhe der Dinge harren, die da etwa kommen könnten. Man staunt nur über die Naivität der Eidgenossen, die wohl von ihrer anerkannt hohen politischen Moral auf die der heutigen Atombombenbesitzer schließen. Daß diese Moral jedoch von Krieg zu Krieg beträchtlich abgesunken ist, müßten sie allmählich bemerkt haben. Fest dürfte stehen, daß in einer künftigen Auseinandersetzung weder die Neutralität, noch das Reduit, noch der Proviant das Volk vor der Vernichtung schützen könnten.

Eine solche Aufforderung erfordert bei dem heutigen politischen Klima seine Überlegung, denn sie kann u. U. zu sehr unerwünschten wirtschaftlichen Auswirkungen führen, z. B. auch in den Nachbarländern. Böse Zungen behaupten allerdings, daß diese „vorsorgliche Maßnahme" in der Schweiz zu einer Belebung des Geschäftes in Öl, Zucker, Zwieback und in Konserven beigetragen haben soll. Waren, bei welchen man in der letzten Zeit bei vollen Lagern einen schleppenden Absatz beobachtet haben will.

Muß das sein?

In dem Kampf gegen das Dritte Reich spielte die sog. „psychologische Kriegführung" eine beachtliche Rolle. Die Amerikaner vor allem hatten einen Riesenstab ausgewählter Psychologen aufgeboten, die ihre Aufgabe, wie sich ja erwiesen hat, gar nicht schlecht lösten, und das ohne das deutsche Volk, gegen dessen psychische Widerstandskraft sie angesetzt waren, jeweils vorher zu „testen". Nach Beendigung der Kampfhandlungen wurde dieser Stab aus unbekannten Gründen aufgelöst.

Wir mutzen es nachträglich bedauern, in der Überzeugung, daß er eine viel dankbarere und friedlichere Aufgabe hätte übernehmen können, z. B. bei der weiteren Beratung der Militärbehörden, bei der „Umerziehung" des deutschen Volkes usw. Man unterschätze dies nicht. Zumindest grobe Fehler, die wahrscheinlich nur die Zeit zu heilen vermag, wären nicht gemacht worden. Befehle, Maßnahmen, Verfügungen und Anordnungen wären u. E. auf ihre psychologische Wirkung hin jeweils etwas gründlicher untersucht worden und wahrscheinlich in gemilderter und später auch in zeitgerechterer Form in Wirkung getreten. Trotzdem sind wir überzeugt, daß heute ohne Psychologen die politische Entwicklung selbst — wenn auch immer etwas nachhinkend — ihre Korrekturen vornimmt. Deshalb sind wir anderseits auch überzeugt, daß vieles, das uns heute nicht ganz zeitgerecht erscheint, über kurz oder lang der Vergangenheit angehören wird. So hoffen wir jedenfalls.

Wir meinen z. B. den Anspruch eines jeden jagenden britischen Besatzungsangehörigen auf 300 Hektar deutschen Jagdareal. Es ließe sich auch eine andere beide Teile befriedigende Lösung finden, wenn man z. B. die deutschen Jäger wieder als Jagdherren einsetzte, wobei sie jederzeit die britischen Jagdkollegen als Gäste willkommen hießen. Es wäre ein kleines Schrittchen zu der „schrittweisen Eingliederung der Bundesrepublik in die westeuropäische Gemeinschaft der freien Nationen". Oder ein anderes Beispiel, das man ebenfalls beachten könnte. Deutschland verfügt — das wird wohl niemand bestreiten wollen — über eine sehr leistungsfähige Möbelindustrie, die alle u. zw. auch die höchsten Ansprüche befriedigen kann — die Ausstattung der Räume des amerikanischen Hochkommissariats hat das bewiesen — und dennoch deckt die amerikanische Besatzungsarmee ihren nicht geringen Möbelbedarf aus Schweden. „Kleinigkeiten" könnte man sagen, gewiß, aber man unterschätze sie nicht, fünf Jahre nach Kriegsende werden sie anders empfunden, sie wirken wieder härter.

Französische Zone

Infolge Kündigung der Verträge durch Frankreich im Zusammenhang mit der Senkung der französischen Erzpreise ist der Siegerländer Erzbergbau in eine kritische Lage geraten. Die Lieferverträge sahen eine monatliche Abnahme von 350 000 t Erzen durch Frankreich vor. Ihre Kündigung ist nach Ansicht Siegerländer Bergbaukreise auch eine Folge des Grenzausfuhrtarifs der Bundesbahn, der mit 8.60 DM pro t Erz nicht im angemessenen Verhältnis zum Inland-Ausnahmetarif von 3.60 DM stehe. Zur Zeit wird mit der Bundesbahn über eine Senkung des Ausfuhrtarifs verhandelt. Um die mehr als 2000 Bergarbeiter weiter beschäftigen zu können, will die Bergbauleitung einen Teil der Förderung auf Halde legen. Über diese Absatzschwierigkeiten hinaus bereitet die bevorstehende Erschöpfung vieler Gruben der Bergbauleitung des Siegerlandes eine zusätzliche schwere Sorge. Bereits seit dem vergangenen Jahre werden mit einem monatlichen Kostenaufwand von etwa 13 000 DM Aufschlußarbeiten durchgeführt, die zum Teil erfolgreich sind. Hierbei wird der Siegerländer Bergbau durch die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz finanziell unterstützt.

Eine Besserung der Liquiditätslage der Betriebe ist nicht eingetreten, stellt die Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Industrie- und Handelskammern in ihrem Bericht über die Geschäftslage im April fest. Es werden im Gegenteil immer längere Zahlungsziele in Anspruch genommen. Vereinzelt wird ein Skonto auch nach sechs- bis achtwöchiger Zahlung mit dem Bemerken beansprucht, daß man froh sein könne, bei der heutigen Kreditnot sein Geld überhaupt zu bekommen. Einige Firmenberichte besagen, daß die Summe der Außenstände seit Bestehen der Unternehmen noch niemals so hoch gewesen sei wie heute, zu dem Zahlungsunvermögen komme die fehlende Geschäftsmoral, die das Übel wesentlich verstärke.

Fräs- und Zapfenschneidscheiben zum Anfräsen von Zapfen hat als Standardwerkzeug die Werkzeug- und Maschinenfabrik Oppold, Oberkochen, herausgebracht, als Musterleistung ihrer Konzentration auf Spezialwerkzeuge der Möbel- und Bauindustrie. Die von ihr geschaffenen Werkzeuge verwenden an Stelle von Messern Scheibenfräse, vor allem bei Fräs- und Profilfräsarbeiten.

Ein neuartiges Zementschaumverfahren hat in Mainz ein Flüchtlingsbetrieb, die Baugesellschaft Heinrich Koch KG., eingeführt. 1935 wurde dieser Schaumbeton bereits entwickelt. Die IG.-Farbenindustrie brachte damals als Vorläufer des Schaumbetons den sogenannten „Iporit" heraus. Heinrich Koch ist aus Ostdeutschland über Bayern nach Mainz gekommen und beabsichtigt, seinen Schaumbeton über den engeren Bezirk hinaus westdeutschen Baufirmen zu liefern.

Stofftiere liefert in neuester Aufmachung, vor allem Stoffelefanten und Teddybären, die Spielwarenfabrik Margarethe Steiff GmbH., Giengen a. d. Brenz. Sie beschäftigt heute, nach Überwindung der Rohstoffschwierigkeiten, wieder über 500 Menschen. Das Produktionsprogramm sieht die Ausdehnung der Erzeugung auf eine ganze Anzahl neuer Spielwaren aus Stoff und Filz vor.

Das Lederwerk Cornelius Heyl, Worms, ist im Jahr 1949 sehr gut beschäftigt gewesen, da es der Direktion gelang, die zur Verarbeitung benötigten Ledermengen in guter Qualität herauszuschaffen. Der größte Teil des Oberleders stammt aus Südwestdeutschland. Das Werk beschäftigt bereits wieder über 1300 Menschen.

Amerikanische Zone

Die Metall-Halbzeug-Industrie im Raume Ulm hat seit längerer Zeit wieder einen stärkeren Auftragsbestand und die Zement-Industrie arbeitet mit zunehmender Kapazitätsausnützung. Die Lage der Säge-, Sportgeräte und Holzwarenindustrie hat sich ebenfalls leicht gebessert. In der Textil- und Textilwaren-Industrie war die Entwicklung in den letzten beiden Monaten uneinheitlich. In der Lederindustrie wirkt sich dagegen die befürchtete Absatzkrise immer spürbarer aus. Die Kapazität der Teigwaren-Industrie ist infolge Auftragsmangel nur noch zu 60 Prozent ausgenützt. Im Export konnte die Metallhalbzeugindustrie des Raumes Ulm mit Ägypten, Portugal, Frankreich, Finnland, Persien und Brasilien neu ins Geschäft kommen und die Umsätze mit Holland, Griechenland und Italien weiter steigern. Für die Schmuckwaren-Industrie sind die Absatzmöglichkeiten im Ausland nach wie vor gering. Der Einfuhrbedarf der Ulmer Industrien konnte durchweg gedeckt werden. Von seiten der Textilindustrie wird das derzeit gültige Zuteilungsverfahren bemängelt, das durch die geringe Quotenzuteilung eine zuverlässige Kalkulation unmöglich mache.

Bayern betrachte die Frage, ob es seine Landeszentralbank behalte oder nicht, als indiskutabel, erklärte der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Seidel am 11. Mai auf einer Pressekonferenz. Dr. Seidel bezeichnete Meldungen über eine beabsichtigte Zusammenlegung von den Landeszentralbanken in Frankfurt, Hamburg und Stuttgart als verfrüht.

Der bayerische Senat trat für die Verlängerung des Baunotabgabegesetzes um 1 Jahr ein. Am 16. März war vom bayerischen Ministerrat beschlossen worden, das Gesetz nicht zu verlängern. Im vergangenen Rechnungsjahr konnten aus dieser Abgabe 48 Mill. DM zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues beschafft werden. Der gegen die Stimmen der landwirtschaftlich orientierten Senatoren gefaßte Senatsbeschluß bedarf noch der Zustimmung des Landtages.

Im Mittelpunkt der nächsten Sitzungen der bremischen Bürgerschaft wird der bremische Gesetzentwurf für die Bildung einer Wirtschaftskammer stehen. Nach dem Gesetzentwurf soll sich die Wirtschaftskammer mit allen wichtigen und grundlegenden Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik befassen, paritätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft zusammengesetzt sein und der Bürgerschaft unmittelbar Gesetzentwürfe unterbreiten können.

Für das private Bankgewerbe in Bayern wurde nach Mitteilung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern ein bis zum 30. 9. 50 unkündbares Gehaltsabkommen getroffen, das mit einigen Abweichungen den Stand der Gehälter von 1938 wieder herstellt. Für Bayern sieht das Abkommen einen Abschlag von 8 Prozent auf die Sätze von 1938 vor.

Die „Ritter A.G." Karlsruhe, eine der führenden deutschen Firmen für Zahnarztbedarf, konnte im Rumpfgeschäftsjahr vom 1. 1. bis 30. 6. 1948 die Umsätze weiter steigern. Der Rohertrag stellte sich auf 810 000 RM. Ein Reingewinn von 180 000 RM wurde ausgewiesen. Das Grundkapital, das sich fast vollständig im Besitz des Stammhauses der Ritter Dental in Rochester (USA) befindet, wird in der Bilanz mit 3.92 Millionen RM ausgewiesen.

Maschinen für Bettfedernbearbeitung liefert seit einiger Zeit die Maschinenfabrik L. H. Lorch A. G., Ellingen a. N. Das Produktionsprogramm der Firma für das Jahr 1950 umfaßt die Herstellung von Trockenreinigungs- und Entstäubungsmaschinen, Wasch-, Spül- und Schleuderanlagen sowie Dämpf-, Desinfektions- und Trocknungsapparaten. Als Spezialität hat die Firma Zubehörapparate für Bettfedern-Betriebe sowie Kapok-Verarbeitungsanlagen entwickelt.

Ein Zweck-Verband „Oberallgäuer Wasserkraft", Sitz Bontshofen, wurde jetzt von einer größeren Anzahl Stadt- und Landkreise und Gemeinden sowie von 23 Kraftwerken gebildet. Das Grundkapital ist auf 0,5 Mill. DM festgesetzt.

Bei Borgward, Bremen wurden im Monat April 1950 538 (Vormonat 1097) Fahrzeuge gebaut. Davon entfielen 234 (370) auf den PKW „Hansa 1500" und die übrigen auf die bekannten Lastwagentypen. Der Produktionsausfall ist auf den in den Berichtszeitraum gefallenen Werksurlaub zurückzuführen, sowie darauf, daß zwischenzeitlich durch Einrichtung des Erweiterungsbaues der PKW-Halle die Voraussetzungen für die Steigerung der PKW-Produktion geschaffen wurden.

Die „Mechanische Baumwoll-Spinnerei-Weberei A.G.", Augsburg, sieht sich einer Mitteilung der Werksleitung zufolge veranlaßt, dreitausend Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Wie die Arbeitsgemeinschaft Gesamt-Textil in Frankfurt am Dienstag in diesem Zusammenhang mitteilt, können die für die Entlassung der dreitausend Arbeiter und Angestellten bisher angegebenen Gründe allgemeiner Art, wie zum Beispiel die Liberalisierung des deutschen Außenhandels, vom Gesamtbild der Wirtschaftslage der Textil-Industrie aus gesehen, nicht als ausschlaggebend anerkannt werden. Für die Entlassungen bei der „Mechanischen Baumwoll-Spinnerei-Weberei A.G., Augsburg", seien in der Hauptsache Auswirkungen innerbetrieblicher Umstände des Unternehmens maßgebend. Diese Umstände dürften weder für die Gesamtlage der Textil-Industrie in Westdeutschland verallgemeinert noch als bezeichnend für den Beginn einer Krise gewertet werden. Die Arbeitsgemeinschaft Gesamt-Textil halte sich im Interesse der Allgemeinheit für verpflichtet, hierauf besonders aufmerksam zu machen.

Die Neuzugänge zu Bausparern und der Spargeldeingang liegen bei der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot seit einiger Zeit weit über den Ergebnissen jedes vergleichbaren Zeitabschnittes in der 26jährigen Tätigkeit dieses Unternehmens. Die Bausparkasse konnte bei der April-Zuteilung dieses Jahres 7 Mill. DM zuteilen. Sie hat damit im Monatsdurchschnitt dieses Jahres 4,8 Mill. DM u. seit der Währungsreform insgesamt 48 Mill. DM bereitgestellt.

Im April haben sich die Aussichten einer wirtschaftlichen Belebung in Württemberg-Baden verstärkt, teilt das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden in einem Lagebericht mit. Die Auftrags- und Absatzlage hat sich in den meisten Wirtschaftszweigen gebessert, jedoch ist keine einheitliche Aufwärtsbewegung festzustellen. Der Interzonenhandel verlief weiterhin enttäuschend. Die Warenbestände aus der Ostzone lagen unter dem durchschnittlichen Monatsergebnis des zweiten Halbjahres 1949. Der Export Württemberg-Badens ist wertmäßig von Februar auf März um 25,2 Proz. gestiegen und hat damit das höchste Ergebnis seit Kriegsende erreicht. Wie in dem Lagebericht weiter festgestellt wird, bemühen sich viele Wirtschaftszweige infolge von Absatzschwierigkeiten im Inland um eine Erweiterung des Exportgeschäftes.

Englische Zone

In der Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen gingen nach einem Bericht des Wirtschaftsministeriums Nordrhein-Westfalen im März Export-Aufträge für 123 000 t gegenüber 164 000 t im Februar ein. In steigendem Maße konnten Lohnveredelungsaufträge durchgeführt werden. Auch im Maschinenbau, besonders im Werkzeugmaschinenbau, zeigt der Export weiter an, ebenso im Stahl- und Eisenbau. In geringem Umfange ist dies im Feld- und Industriebahnbau der Fall. Die günstige Entwicklung des Exportgeschäftes in der Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenindustrie hielt besonders in der Schirmfurnituren-, Schloßbeschlag-Industrie sowie in der Kurzwaren- und Schneidwarenindustrie an. Weiterhin besteht Auslandsinteresse an Stickstoffdüngemitteln (Holland) und Kresol (Japan) sowie Zement. Besonders aufnahmefähig für deutsche Papiere und Pappen sind zur Zeit Südamerika, Belgien, Holland und die Türkei.

Die Umsätze des Einzelhandels sind nach dem beträchtlichen Rückgang zu Jahresbeginn gegen Ende des ersten Vierteljahres 1950 in Hamburg wieder angestiegen. Aus einer Übersicht der Behörde für Wirtschaft und Verkehr geht hervor, daß die Bestände an Spinnstoffwaren und Schuhen im Ausverkauf weitgehend geräumt wurden. Unbefriedigend ist der Absatz an Haushalts- und Eisenwaren. Beschaffungsschwierigkeiten gab es für die Hamburger Wirtschaft kaum noch. Knapp waren nur noch Edelmetalle, Leinöle und Trane. Die Energie- und Brennstoffversorgung war im allgemeinen ausreichend.

Von der ersten ERP-Kredit-Tranche für die Hamburger Industrie von 37,16 Mill. DM, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres ausgezahlt wurde, sind etwa 13 Prozent wegen Verzichts, finanzieller Schwierigkeiten oder fehlender Sicherungen nicht abgenommen worden. In einem Vierteljahresbericht über die Lage der Hamburger Wirtschaft stellt die Behörde für Wirtschaft und Verkehr fest, daß die Liquiditätslage der Wirtschaft angespannt war und zu allgemein schleppender Zahlungsweise sowie zu einem weiter anhaltenden Preisdruck führte. Die Zahl der Insolvenzen hat zugenommen. An der Aktienbörse führten Geldmangel und die Ungewißheit über die wirtschaftliche Entwicklung zu stärkeren Kursabbrüchen.

Im April sind zu den bisher rund 80 000 Arbeitslosen in Hamburg 5013 neue Arbeitslose hinzugekommen. Mit 89 006 Erwerbslosen liegt die Hamburger Arbeitslosenzahl hart an der Hunderttausendgrenze. Der Zugang an Arbeitslosen hielt auch in der zweiten Aprilhälfte mit einer Zunahme von 834 unter den Männern und 2054 unter den Frauen an. Normalerweise ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der zweiten Monatshälfte immer geringer als in der ersten.

Bei den niedersächsischen Volksbanken haben sich die Einlagen seit Beginn des Js. um über 3 Mill. DM auf 84 Mill. DM erhöht und die Ausleihungen auf rund 90 Mill. DM, dabei steht der kurzfristige Betriebskredit an erster Stelle. Die erheblichen Kreditanforderungen, die vom Handwerk, Handel und Gewerbe an die Volksbanken gestellt wurden, konnten, soweit wirtschaftlich vertretbar, befriedigt werden. Die Zahl der Mitglieder nimmt ständig zu.

Eine Bezirksstelle Nordrhein-Westfalen des Rationalisierungsausschusses der deutschen Wirtschaft wurde mit dem Sitz in Düsseldorf gegründet. Die Gründung erfolgte mit Unterstützung der technisch-wissenschaftlichen Verbände. Die Bezirksstelle will den Gedanken- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiete der technischen Erkenntnisse anregen.

Das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen hat erstmalig ein Statistisches Jahrbuch herausgegeben. Es ist das erste statistische Nachschlagewerk für das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen und macht in 20 Kapiteln auf 337 Seiten das einschlägige Zahlenmaterial einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Es bildet eine Informationsquelle über die Ergebnisse des amtlichen statistischen Dienstes auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens. Das Jahrbuch ist durch das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen Düsseldorf und durch den Buchhandel zum Preise von 20 DM zu beziehen.

Die für den 24.—29. Mai vorgesehene Flensburger Frühjahrsmesse fällt aus, weil die Verhandlungen mit Dänemark über die Zusicherung von Importlizenzen erst in diesen Tagen abgeschlossen wurden. Dadurch ist nach Angaben der Messe-Leitung nicht mehr genügend Zeit für eine erfolgreiche Werbung geblieben. Die geplante Textilmusterschau und die Herbstmesse fallen aus diesem Grunde zusammen vom 19.—27. August veranstaltet werden. Dann würden, wie die Messe-Leitung meint, die deutschen Aussteller durch die Kontingente der neuen deutsch-skandinavischen Handelsverträge, mit deren Anlaufen im August gerechnet wird, ausnützen können. Bis zu diesem Zeitpunkt ist auch mit entsprechenden dänischen Importlizenzen zu rechnen.

Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer, die Organisation des privaten Haus- und Grundbesitzes im Bundesgebiet hat ihren Sitz von Wiesbaden nach Düsseldorf, Oststraße 182, verlegt. Der Zentralverband umfaßt 15 Landesverbände (einschließlich West-Berlin), in denen die örtlichen Vereine zusammengefaßt sind.

Dr.-Ing. Hermann Schenck, Hüttendirektor und Vorstandsmitglied des Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation, A.-G., Bochum, wurde in der letzten Sitzung des Vorstandes des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute zum 1. Vorsitzenden dieses Vereins gewählt. Gleichzeitig wurden die Herren Dr. H. Reusch, Oberhausen, und Dr. Fr. Harders, Dortmund, in ihren Ämtern als 1. bezw. 2. Stellvertreter des Vorsitzenden bestätigt.

Am 15. 5. 1950 blickte die Firma F. Küppersbusch & Söhne AG., Gelsenkirchen, auf ihr 75jähriges Bestehen zurück. Das von Friedrich Küppersbusch gegründete Werk hat durch seine Erzeugnisse Weltruf erlangt. Die wesentlichen Erzeugnisse der Firma sind Kohlen-, Gas- und Elektroherde, eiserne Öfen, Großkochanlagen, Zentralheizungsanlagen, Waschkessel und Heizungs- und Belüftungsanlagen für Berg- und Hüttenwerke sowie Hochleistungsbrenner für Industrie- und Gewerbe. Nach den schweren Zerstörungen im 2. Weltkrieg hat das Werk unter der gleichbleibenden Leitung der Vorstandsmitglieder Fritz und Dr. Adolf Küppersbusch und unter Mitarbeit sämtlicher Belegschaftsmitglieder den Wiederaufbau betrieben. Die Fertigung des Werkes entspricht heute prozentual der Friedensproduktion und hat qualitativ sogar den Stand von 1939 überflügelt. Das Unternehmen beschäftigt gegenwärtig wieder 2500 Arbeiter und Angestellte.

Ostzone

Eine Reihe von Herstellungsverboten für bestimmte Erzeugnisse aus Textil-, Leder-, Holz- und Kunststoffen, wie sie in der Verordnung vom 23. Juni 1948 ausgesprochen waren, sind jetzt vom Planungsministerium der Sowjetzone aufgehoben worden. Die Ergänzungsanordnungen über das Verbot der industriellen Fertigung von Bekleidungsstücken aus Tüll und Spitzen, sowie der Fertigung von handgestrickten Bekleidungsstücken und Pullovern bleiben weiter in Kraft. Das Herstellungsverbot für eine Anzahl Gebrauchs- und Ausstattungsgegenstände aus Papier und Pappe ist auf die Herstellung von Luxuskartonnagen begrenzt worden. Die Bestimmungen über die Verwendung von Eisen und von NE-Metallen zur Herstellung von Gebrauchs- und Ausstattungsgegenständen sind neu geregelt worden. Die Anordnung über die Beschränkung in der Verwendung von geschlämmtem Kaolin ist aufgehoben worden.

Das Ministerium für Industrie der Ostzonen-Republik und die Ministerpräsidenten der Ostzonen-Länder wurden ermächtigt, Produktionsaufgaben für Lohnveredelungsaufträge über den festgelegten Produktionsplan hinaus an volkseigene Betriebe zu erteilen, falls diese Lohnveredelungsaufträge für das Ausland und für Westdeutschland vorliegen. Die sogenannten Vertragskontore bei den Ländern der Ostzone wurden ermächtigt, ebenmäßige Aufträge für die private Industrie und das Handwerk zu genehmigen, sofern die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 gewährleistet ist.

Auf einem außerordentlichen Ministerrat der thüringischen Landesregierung in dem Weimarer Betrieb „Waggonbau" wies der Ministerpräsident Eggerath in Anwesenheit von 300 Betriebsfachmitgliedern, Betriebsräten und Aktivisten auf Mängel bei der Verwirklichung des Volkswirtschaftsplanes 1950 hin. Das Plansoll im ersten Quartal ds. Js. sei von den volkseigenen Betrieben Thüringens mit 110% erreicht worden. Einige Industriezweige hätten jedoch die Planzahlen nicht erreicht. Eggerath forderte in diesem Zusammenhang eine verbesserte Materialversorgung vor allem für die Baustoffindustrie, den Maschinenbau, die feinmechanische, optische und chemische Industrie. Weiter kritisierte der Ministerpräsident die verspätete Fertigstellung der VEB-Pläne. Es sei ein schlechtes Ergebnis, wenn von 265 volkseigenen Betrieben nur 20 Betriebe termingerecht bis zum 28. April ihre Pläne fertiggestellt hätten. Eggerath forderte die Arbeiter auf, durch Kritik an der Tätigkeit aller beteiligten Stellen für eine Beseitigung der Mängel mitzuhelfen.

In Anerkennung der hohen Verantwortung der Direktoren, leitenden Ingenieure, Techniker und Meister der volkseigenen Betriebe für die weitere Entwicklung der Wirtschaft, die Erfüllung und Überfüllung der Wirtschaftspläne hat der Magistrat von Ostberlin beschlossen, für die Überfüllung des Produktionsplanes des Finanzplanes, insbesondere des Selbstkosten-Senkungsplanes sowie für gute Qualität und richtiges Sortiment der Erzeugnisse vierteljährliche Prämien an Inhaber verantwortlicher Posten in den volkseigenen Betrieben auszuschütten. Die Prämiensätze schwanken zwischen 2 und 4 vom Hundert des monatlichen Grundgehaltes für jedes Prozent der Übererfüllung des Planes.

Der im April zwischen der Ostzone und der Sowjet-Union abgeschlossene Handelsvertrag sieht auf beiden Seiten Lieferungen in Höhe von 500 Mill. Ostmark vor, erklärte der stellvertretende Leiter des Amtes für Information, Stibi, in einem Vortrag in Ostberlin am 8. Mai. Stibi erklärte ferner, daß vertragsgemäß die Ostzone Waren bis zur Höhe von 120 Mill. Ostmark im voraus beziehen könne, wobei sie sich jedoch verpflichte, bis zum Jahresende einen Kontenausgleich herzustellen.

Für den Handel zwischen der Ostzone und der UdSSR ist in dem neuen Handelsvertrag, wie der Außenhandelsminister, Georg Handke, erklärte, der Rubel als Verrechnungsbasis festgesetzt. Die sowjetischen Getreidelieferungen in das Gebiet der Ostzone erfolgten zu den für den Weltmarktpreis maßgeblichen kanadischen Notierungen. Der gesamte im Volkswirtschaftsplan für die Ostzone festgesetzte Bedarf an NE-Metallen wurde zu 100% durch Lieferungen der UdSSR gedeckt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hausbaufinanzierung durch die Bausparkassen

„Wo jemand die Möglichkeit hat, durch Sparen in absehbarer Zeit zu einem Häuschen zu kommen (oder auch nur einer eigenen Wohnung, die ihm ein Heim bietet), da wird buchstäblich Pfennig auf Pfennig gelegt und auf alle möglichen sonstigen „Genüsse" des Lebens verzichtet. Mit nichts kann der Sparwille mehr angeregt werden als durch Eröffnung der Möglichkeit, zu einem Häuschen zu gelangen oder — wo dies die Verhältnisse oder die Niedrigkeit des Einkommens nicht zulassen — zumindest zu einer eigenen Wohnung in irgendeiner der verschiedenen Rechtsformen."

Professor Dr. Dr. Lütge.

Die Frage der Finanzierung beherrscht seit langem die wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen um den künftigen Wohnungsbau. Sollen diese Auseinandersetzungen die Bautätigkeit auf die Dauer wirksam fördern, dürfen sie nicht an dem Problem der Kapitalaufbringung vorbeigehen. Da sich dieser Aufsatz an Wohnungsuchende und Baulustige wendet, ist es nützlich, sich einmal etwas ausführlicher mit den Einrichtungen zu befassen, die sich seit 2½ Jahrzehnten so erfolgreich der Eigenheimfinanzierung widmen — den Bausparkassen.

Die Bausparbewegung hat ihren Ursprung in England, wo sich schon vor 170 Jahren die ersten Wohnungsuchenden zu gemeinschaftlichem Sparen zusammenschlossen, um in der Nähe ihrer Arbeitsstätten Wohnungen in Familienheimstätten zu schaffen.

Etwa 50 Jahre später brachten Siedler den Bauspargedanken nach Amerika. Seine Anhänger sahen in den Bausparkassen eine „sichere und ertragreiche Anlagestelle" für ihre Spargelder, mehr noch einen Weg, mit Beträgen, die sie bisher für Miete aufwenden mußten, planmäßig ein eigenes Haus abzuzahlen.

Die angelsächsischen Bausparkassen stellen in der wirtschaftlichen und sozialen Organisation ihrer Länder seit Jahrzehnten einen Faktor ersten Ranges dar. Im Jahre 1949 zählten die englischen Bausparkassen nach dem Bericht ihres Vertreters auf der letzten kontinentalen Bausparkassentagung in Salzburg über 4 Millionen Mitglieder; die Bilanzsumme der Kassen war in dieser Zeit zum erstenmal über eine Milliarde Pfund hinausgewachsen.

Ähnlich war die Entwicklung in Amerika. Für Mitte 1949 wurde die Zahl der Mitglieder mit 10 Millionen und die Bilanzsumme aller amerikanischen Bausparkassen mit über 13,8 Mrd. Dollar angegeben. Der Nachrichtendienst des Bausparkassenverbandes der USA meldete, daß 1949 beinahe die Hälfte aller neuen Heimstätten von Bausparkassen finanziert worden seien.

Die erste deutsche Bausparkasse gründete Georg Krupp mit einigen Gesinnungsfreunden 1924 in dem schwäbischen Walddorf Wüstenrot. Die „Gemeinschaft der Freunde" — so nannte er seine Gründung — steht heute noch nach Größe und der Zahl der von ihr finanzierten Eigenheime an der Spitze der deutschen Bausparkassen.

Einer für alle, alle für einen

Die Väter dieser für Deutschland neuen Einrichtung waren überzeugt, daß sich die auf der Grundlage des Gemeinschaftsgedankens in einer Bausparkasse organisierte Selbsthilfe in allmählicher Folge für alle Beteiligten segensreich auswirken müsse. Und die Entwicklung hat ihnen recht gegeben. Etwa 125 000 Eigenheime sind seither mit Hilfe der Bausparkassen entstanden. Gerade in Notzeiten, in denen andere Kapitalquellen nur sehr spärlich flossen und zum Teil versiegt waren, erwies das Eigenheim als Bausparziel seine kapitalbildende Kraft. Der auf vertraglichen Vereinbarungen beruhende regelmäßig fließende Geldstrom in die Bausparkassen machte beispielsweise in den Krisenjahren 1932 bis 1933 nahezu ein Drittel der damals von sämtlichen Realkreditinstituten aufgebrachten Mittel für den Wohnungsbau aus. Schon in den ersten 15 Jahren — von 1924 bis 1939 — brachten die Bausparkassen, vorwiegend für Eigenheime, über 1 Milliarde RM auf. In welche Größenordnung die Bausparkassen nach dem zweiten Weltkrieg hineingewachsen sind, zeigt der in dem Wohnungsbaugesetz der Bundesregierung für 1950 angenommene Finanzierungsanteil der Bausparkassen: nahezu 10 Prozent der für die Wohnbaufinanzierung überhaupt in Betracht kommenden Mittel oder ein Viertel aller von der organisierten Kredit- und Versicherungswirtschaft aufzubringenden Mittel werden allein von den Bausparkassen erwartet.

Die Mittel für einen Hausbau gliedern sich in der Regel in Eigenkapital, 2. Hypothek, 1. Hypothek und etwaige sonstige Mittel (Staats-, Arbeitgeberdarlehen usw.).

Eigenkapital

Ein Haus bauen oder kaufen kann nur, wer über ein gewisses Eigenkapital verfügt. Das ist immer so gewesen und wird wohl auch so bleiben. In wirtschaftlich stabilen Zeiten kann das Eigenkapital kleiner sein als in Zeiten schwankender und hoher Baupreise. In der heutigen Situation darf man als Regel annehmen, daß ein Eigenkapital von mindestens 35 Prozent der Bau- und Bodenkosten erforderlich ist.

Es gibt wenige, die diesen Anteil bar auf den Tisch legen können. Die meisten müssen ihn in kürzerer oder längerer Sparzeit zusammentragen. Der Bausparer legt sich mit seinem Bausparvertrag, den er über die voraussichtlichen Bau- und Bodenkosten abgeschlossen hat, selbst die Verpflichtung zum regelmäßigen Sparen auf. Er spart nun nicht mehr allein. Mit ihm streben Tausende in einer großen Gemeinschaft nach dem gleichen Ziel. Sein Wunschbild, das Streben der Mitsparer und die enge Verbindung mit seiner Kasse spornen ihn stetig zum Durchhalten an. So erwirbt er sich durch planmäßiges Sparen den Anspruch auf eine unkündbare 2. Hypothek.

Um auch für den schmalen Geldbeutel den Bausparweg gangbar zu machen, ist der monatliche Mindestsparbeitrag im allgemeinen auf 2,50 DM je 1000 DM Vertragssumme festgelegt. Auf 10 000 DM sind also monatlich mindestens 25 DM zu zahlen. Freiwillige Mehrleistungen sind in unbegrenzter Höhe erlaubt. Von dieser Möglichkeit, die Wartezeit abzukürzen, machen naturgemäß viele Bausparer Gebrauch. Alle Sparleistungen werden jährlich mit 3 Prozent verzinst.

Die Bausparkassen haben eine Mindestwartezeit (im allgemeinen von 18 Monaten) eingeführt; sie dient u. a. einem Ausgleich zwischen den Kapitalstarken und den sogenannten Normalsparern. Ist die Mindestwartezeit zurückgelegt und das für Vollfinanzierungsverträge erforderliche Sparguthaben von 25 Prozent der Vertragssumme erreicht, wird der Bausparer Zuteilungsanwärter und nimmt an der Ausschüttung der jeweils hierfür bereitstehenden Mittel teil.

Viele Baulustige meinen, wenn sie ein gewisses Eigenkapital angesammelt hätten, könnten sie ohne weiteres die fehlenden Mittel als 1. Hypothek aufnehmen. Das ist ein Fehlschluß. Die für die 1. Hypothek in Betracht kommenden Realkreditinstitute gehen nach ihren Anlagevorschriften bei Beleihungen kaum über 40 Prozent der angemessenen (also nicht überteuerten) Bau- und Bodenkosten hinaus. Zum Bauen ist daher noch eine zweite Hypothek erforderlich. Geht man beispielsweise von einem Eigenkapital von 35 Prozent aus, so wird neben der 1. Hypothek noch eine 2. Hypothek von 35 Prozent des Beleihungswertes benötigt.

Professor Dr. Dr. Lütge schreibt hierzu in seinem Standardwerk „Wohnungswirtschaft":

„Die Tatsache, daß die 2. Hypothek schwerer zu bekommen ist als erststelliger Kredit und dann auch nur zu erhöhtem Zinsfuß, hat zur Folge, daß die Beschaffung dieser 2. Hypothek zu einem besonders schwierigen Problem wird, das namentlich in kapitalarmen Zeiten, in denen der Zinsfuß an sich schon höher ist, eine außerordentliche Zuspitzung erfährt. So ist denn der nachstelligte Kredit immer ein besonderes Sorgenkind gewesen, sei es, daß man überhaupt spezielle Finanzmittel hierfür bereitzustellen sich bemühte, sei es, daß man zu dem Mittel der Bürgschaft griff, um die Bereitstellung durch andere zu erleichtern und zu verbilligen."

Es ist ein Verdienst der Bausparkassen, daß sie für ihre Bausparer diese Finanzierungslücke schließen, indem sie ihnen die 2. Hypothek gewähren. Da die Mittel hierfür durch gemeinsames Bausparen aufgebracht werden, können die Bausparkassen die 2. Hypothek trotz des damit verbundenen erhöhten Risikos sogar zu einem Zinssatz geben, der mit 5 Prozent unter dem heute für 1. Hypotheken üblichen Satz von 6 Prozent liegt.

Erste Hypothek

Die im Grundbuch bevorrechtigt einzutragende 1. Hypothek von höchstens 40 Prozent der Bausparvertragssumme wird von Bausparkassen, die Vollfinanzierungsverträge abschließen, bei Realkreditinstituten zu marktüblichen Bedingungen vermittelt, wenn sie sich der Bausparer nicht selbst beschafft. Das Finanzierungsschema sieht also bei der oben als Beispiel angenommenen Eigenleistung und einer Vertragssumme von 10 000 DM so aus:

Eigenkapital	DM 3500.—
II. Hypothek der Bausparkassen	DM 3500.—
I. Hypothek von der Bausparkasse vermittelt	DM 4000.—
	DM 10 000.—

Heute reichen diese Mittel zur vollen Finanzierung eines Bauvorhabens nicht immer aus. Die Bausparkassen können nämlich, ebenso wie die Realkreditinstitute, bei der Fortsetzung des Beleihungswertes nur vom Dauerwert des zu erstellenden Hauses ausgehen, und zwar dürfen die I. und II. Hypothek zusammen 60 % des so ermittelten Beleihungswertes nicht überschreiten. Bauaufwendungen, die sich durch den erzielbaren Ertrag nicht mehr verzinsen, also die sogenannten unrentierlichen Kosten, sind zusätzlich aufzubringen. Das geschah in letzter Zeit in gewissem Umfange und geschieht noch durch nachrangige staatliche Darlehen, durch Arbeitgeberzuschüsse oder -darlehen, weiteres Eigengeld usw.

Die Bausparkassen haben wiederholt gefordert, die hauptsächlich zur Deckung unrentierlicher Kosten bestimmten öffentlichen Mittel nicht in ein „bodenloses Fäßchen" zu schütten, sondern auf Grund der Finanzielle und tätigen Selbsthilfe der Bauhaftigen bevorzugt da einzusetzen, wo sich der Bedarf an staatlicher Restfinanzierung auf den geringsten Betrag je Wohnungseinheit beschränkt. Das ist offenbar bei den Bausparern der Fall; sie haben die Kernfinanzierung bereits gesichert und verdienen deshalb jede mögliche Förderung auch von staatlicher Seite.

Auszahlung des Bausparkassendarlehens

Nach der Zuteilung steht dem Bausparer das Sparguthaben für seinen Bau sofort zur Verfügung, das Darlehen selbst nach ordnungsgemäßer Sicherstellung im Grundbuch. Zwischenkredite für die Bauzeit benötigt der Bausparer nicht, da ihm im Anschluß an das Sparguthaben das Darlehen ausgezahlt wird, und zwar in Raten, die dem nachgewiesenen Baufortschritt entsprechen. Das Bausparkassendarlehen ist mit 5% zu verzinsen. Der sogenannte Tilgungsbeitrag selbst, der die Zinsen enthält, ist bei Neubauten spätestens vom 12. Monat nach der Zuteilung ab zu zahlen. Während der Bauzeit ist somit der Bausparer weitgehend entlastet.

Die Leistungen nach der Finanzierung

Der monatliche Tilgungsbeitrag (einschließlich 5% Zinsen) für die II. Hypothek beträgt ca. 3,50 je 1000 DM Vertragssumme. Bei Abnahme von 6% Zinsen für die I. Hypothek macht die Monatsrate (ohne Tilgung) hierfür 3 DM je 1000 DM Vertragssumme aus. Zum besseren Verständnis seien hier einige Beispiele *) für die monatliche Vertragsleistung angegeben:

Vertragssumme DM	Für I. Hypothek (angen. 6% Zins) monatl. DM	Für II. Hypothek (ohne Verzinsg.) monatl. ca. DM	Gesamtleistung (ohne Verzinsg.) monatl. DM
5000	16	28	44
10 000	20	35	55
15 000	24	42	66
20 000	30	52	82
30 000	40	70	110
40 000	60	105	165
50 000	100	175	275

*) Die Zahlenbeispiele in diesem Aufsatz sind dem Tarif der GdF Wüstenrot entnommen. Da die Bedingungen der privaten Bausparkassen auf Wunschbedingungen aufgebaut sind, zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede.

Der Tilgungsbeitrag für die II. Hypothek ist in jährlich gleichbleibender Höhe zu leisten. Der in diesem Beitrag steckende Tilgungsanteil wächst aber infolge der ersparten Zinsen von Jahr zu Jahr. Im Durchschnitt beansprucht die Tilgung der II. Hypothek 11 Jahre. Es sind dann neben den laufenden Unterhaltungskosten nur noch die verhältnismäßig niedrigen Leistungen für die I. Hypothek aufzubringen.

Versicherungsschutz

Mit dem Bausparvertrag ist in der Regel eine Risiko-Lebensversicherung verbunden. Stirbt der versicherte Bausparer, solange die II. Hypothek noch nicht zurückgezahlt ist, wird die bei seinem Tod noch bestehende Restschuld durch die Versicherungssumme getilgt. Auf diese Weise ist dafür gesorgt, daß die Familie auch nach dem Tod ihres Ernährers das Eigenheim halten kann. Der für den Versicherungsschutz zu zahlende Zuschlag zum Tilgungsbeitrag beträgt je nach dem Alter des Bausparers bei 10 000 DM Vertragssumme etwa 2 bis 5 DM im Monat.

Und wer baut?

Die Bausparkassen bauen die von ihnen finanzierten Eigenheime nicht selbst; sie überlassen dies ihren Bausparern und begnügen sich mit der ordnungsgemäßen Sicherstellung der gewährten Darlehen. Der Aufgabenkreis der Bausparkassen erschöpft sich übrigens nicht in Neubauten. Eine zugeteilte Vertragssumme kann auch zum Um-, Aus- und Wiederaufbau, neuerdings sogar zur Finanzierung von Eigentumswohnungen in mehrgeschossigen Häusern verwendet werden. Eigenheime dürfen bis zur Hälfte des Gebäudewertes auch Räume für eine Praxis, ein Handwerk oder ein Geschäft enthalten.

Da heutzutage die Geldbeschaffung die wichtigste Baufrage ist, erscheint der Rat angebracht, in jedem Falle erst dann mit dem Bauen zu beginnen, wenn die Finanzierung ganz gesichert ist.

Einfach anfangen und sich der stillen Hoffnung hingeben, daß die Sache schon gut auslaufen werde, hat sich oft bitter gerächt.

Steuerbegünstigung

Einer der bestechendsten Vorteile des Bausparens liegt in der steuerlichen Anerkennung der Bausparbeiträge als abzugsfähige Sonderausgaben. Der Bausparer, der beispielsweise zur Erlangung eines Baudarlehens 50 DM im Monat zahlt, braucht deshalb seinen Haushalt nicht um 50 DM einzuschränken; denn einen beträchtlichen Teil dieses Sparbeitrags trägt der Staat in Form einer Ermäßigung seiner Lohn- oder Einkommensteuer. Die Ermäßigung macht oft 40, bei hohen Einkommen noch mehr Prozent der aufgewendeten Sparbeiträge aus.

Nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung können Bausparbeiträge, die den schon in die Steuertabelle eingerechneten Pauschbetrag von monatlich 26 DM übersteigen, bis zu folgenden Höchstbeträgen vom steuerpflichtigen Einkommen voll abgesetzt werden:

	bei Steuerpflichtigen unter 50 Jahren jährlich	über 50 Jahren jährlich
für den ledigen Steuerpflichtigen	bis zu 600 DM	bis zu 1000 DM
für den verheirateten ohne Kinder	bis zu 1200 DM	bis zu 2400 DM
für den verheirateten mit 1 Kind	bis zu 1800 DM	bis zu 3600 DM
für jedes weitere Kind	bis zu 600 DM	bis zu 600 DM

Die Verdoppelung der Beträge bei Steuerpflichtigen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, gilt allerdings nur, wenn die Einkünfte überwiegend aus selbständiger Arbeit (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) oder aus nichtselbständiger Arbeit (Arbeiter, Angestellte, Beamte) bestehen. Hiermit sollen insbesondere die älteren Angestellten, Arbeiter und Angehörigen freier Berufe, die durch die Währungsreform besonders geschädigt wurden, die Möglichkeit einer leichteren Altersversorgung haben.

Bausparbeiträge, die die vorgenannten Höchstbeträge übersteigen, sind noch zur Hälfte absetzbar. Dieser Abzug ist jedoch bei Steuerpflichtigen unter 50 Jahren auf 7½ Prozent, bei Steuerpflichtigen über 50 Jahren auf 15 Prozent der jährlichen Einkünfte begrenzt und darf 15 000 DM nicht übersteigen. Die höchstzulässigen Beträge, für die Steuerfreiheit erreicht werden können, sind, wie man sieht, recht groß, sie dürften die Leistungen des Durchschnittsbausparers im allgemeinen voll erfassen.

Hier noch einige Beispiele für die Auswirkung der Steuerermäßigung; sie beziehen sich auf Bausparer, die zur Einkommensteuer veranlagt werden.

Für Lohnsteuerpflichtige sind die Steuervorteile aber nicht minder groß.

	Gewerbetreibender verheir. ev. Kinder	Arzt verw. heir. 1 Kind	Direktor 40 Jahre verheir. 1 Kind
	DM	DM	DM
Jahreseinkünfte (nach Abzug der Werbungskosten)	6000	12000	25000
Sonderausgaben für Sozialversicherung usw.	400	500	600
somit zu versteuern	5600	11500	24400
Einkommensteuer hieraus	810	2587	6465
Bausparbeiträge jährlich	600	1500	3400
jetzt nur noch zu versteuern	5000	10000	21000
Einkommensteuer hieraus	652	1935	6813
jährliche Ersparnisse also	158	652	1653
das sind von den geleisteten Bausparbeiträgen	26,3 %	43,1 %	48,6 %

Weitere sehr beachtliche Steuervergünstigungen durch erhöhte Abschreibung für Wohnhäuser genießt nicht nur der Bausparer, sondern jeder Bauherr. Nach Paragraph 7b des Einkommensteuergesetzes können bei Wohngebäuden, die nach dem 31. Dez. 1948 errichtet worden sind und zu mehr als 80 Prozent Wohnzwecken dienen, im Jahr der Herstellung und im darauffolgenden Jahr je 10 Prozent, in den dann folgenden 10 Jahren je drei Prozent der Herstellungskosten abgesetzt werden, so daß innerhalb von 12 Jahren ein Wohnhaus schon bis zur Hälfte abgeschrieben wird.

*

Das auf einen bleibenden Sachwert gerichtete Bausparen macht aus Mietern Eigenheimbesitzer. Beträge, die bisher als Miete aufgewendet wurden und für die eigene Vermögensbildung verlorengingen, dienen dem Bausparer zur Verzinsung und Abzahlung der aufgenommenen Darlehen; er beteiligt damit zugleich eine kluge Vorsorge für das Alter.

Über allen diesen mehr rednerischen Überlegungen aber steht der ideelle Wert des Wohnens im eigenen Haus, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Geheimrat Vocke vor den Sparkassen

Wir vergessen weder die Arbeitslosen noch die Sparer

Am 12. Mai hielt Geheimrat Dr. Vocke, Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder, bei der Tagung der Deutschen Sparkassen- und Giroverbände in Hamburg eine für die Währungspolitik bedeutsame Ansprache.

Präsident Vocke leitete seine Darlegungen mit der Versicherung ein, daß die BdL alles tun werde, um das Vertrauen der Sparer zu rechtfertigen. Die Bildung von Sparkapital nehme erfreulich zu. Es beträgt heute 3,5 Milliarden. Die Belastungsprobe der Pfundabwertung und der ihr folgenden anderen Währungsabwertungen hat die D-Mark glänzend bestanden. Das Preis- und Lohngefüge blieb unerschüttert, der DM-Kurs im Ausland stieg weiter.

„Wir fühlen uns verantwortlich", erklärte Präsident Vocke, „für die Kaufkraft und für die Stabilität der DM." Verantwortlich gegenüber der deutschen Hausfrau und ihrem Wirtschaftsgeld, verantwortlich für die Renten der Kriegsbeschädigten, verantwortlich für die Kaufkraft des Lohnes des Arbeiters. Die Währung ist vordringlichstes Interesse des kleinen Mannes. Inflationen werden stets von der Masse der kleinen Leute bezahlt.

Das der Wirtschaft fehlende Kapital könne nicht durch Notenbankmittel ersetzt werden. Kapital kommt aus dem Konsumverzicht, dem Sparen, nicht aber aus der Notengresse. Gerade die Notenbank darf als Hüterin der Währung nur die sichersten und liquidesten Kredite geben, wie dies alle Notenbankgesetze der Welt vorschreiben. Der Staat darf unter Umständen Nothilfen à fond perdu geben, die Notenbank würde sich damit an ihrer wichtigsten Aufgabe versündigen. Bank und Währung sind für die Wirtschaft da, nicht umgekehrt, aber nur eine gesunde und stabile Währung dient der Wirtschaft, eine inflationistische Währung schädigt und korrumpiert sie. Eine inflationistische Kreditaufweitung großen Stils, wie sie von manchen erwartet wird, bei stabilem Geld, gibt es nicht, sie wäre Zauberei oder besser gesagt Schwindel. Nüchternes und reales Denken und Handeln, Gewissenhaftigkeit, solide Sachkunde und Erfahrung müssen sich durchsetzen.

Die Grundsätze der Währungspolitik manifestieren sich in der Kreditpolitik der Zentralbank. Kreditpolitik, Währungspolitik und Notenbankpolitik sind untrennbar und von der Notenbank nicht zu trennen. Die Unabhängigkeit, d. h. die Entpolitisierung der Notenbank ist der beste Garant für die Stabilität der Währung; eine unabhängige Notenbank ist von viel größerem Wert für das arbeitende und sparende Volk, wie auch für die Regierung selbst. Das sieht man auch in Regierungskreisen klar ein. Die Unabhängigkeit der Notenbank hebt man, wie auch Hitler tat, immer in dem Moment auf, wo Inflation gemacht werden soll. Das will heute kein vernünftiger Mensch. Allein von einer unabhängigen, sachlichen Notenbankleitung kann das Gegengewicht zu dem Drucke der allgemeinen, heute fast unbegrenzten Geldbedürfnisse kommen. Die Währung ist einer Brücke vergleichbar, ihre Tragfähigkeit kann nur von Technikern erhalten und festgestellt, nicht aber von der Politik befohlen werden.

Die Notenbank ist selbstverständlich zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Regierung bereit, wie dies die Finanzierung der jüngsten Arbeitsbeschaffungsprogramme gezeigt hat, eine Regierung wäre aber nicht gut beraten, wenn sie Verantwortungsbewußtsein und Verantwortungsfreudigkeit der Notenbankleitung durch vorgesehene Zwangsregelungen vorweg schwächen oder einengen würde. Denn unser Geld beruht auf der Leitung der Notenbank. Wir leben von dem Vertrauen, das diese sich erwirbt. Sie muß daher, wenn dieses Vertrauen erhalten bleiben soll, auch die notwendigen Grenzen einhalten und einhalten können, ohne daß ein Zwang stattfindet.

Präsident Vocke wies alle Gerüchte über Konflikte mit der Regierung in das Reich der Fabel.

Über die wesentlichen Fragen des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat von Anfang an Übereinstimmung zwischen Regierung und BdL bestanden. Selbstverständlich mußte die Notenbank bei dem von ihr übernommenen Teil der Finanzhilfe Wert auf den Vorfinanzierungs- und Überbrückungscharakter legen, d. h. auf Abdeckung etwa im Laufe eines Jahres aus echten Kapitalien (ECA-Mittel, Sparguthaben und Placements von Wertpapieren). Milliardenbeträge langfristiger Engagements kann die Notenbank nicht übernehmen. Alle Notenbankgesetze der Welt stecken die Tätigkeit der Notenbanken auf kurzfristige Kredite ab. Die Notenbank darf sich nicht auf Jahre hinaus blockieren, sie darf sich der Fähigkeit zur Kontrolle und Korrektur des Geldvolumens bei Gefahren für die Währung, bei preissteigernden Tendenzen nicht auf lange Zeit hinaus begeben. Es besteht im übrigen prinzipielle allgemeine Einigkeit darüber, daß der Mangel an langfristigem Kapital nicht durch Notenbankmittel ersetzt werden kann.

Kreditbereitstellungen bedeuten noch nicht die Verwendung der Kredite. Die Arbeitslosigkeit kann nicht allein oder vorwiegend durch monetäre Mittel, durch Währungs- und Notenbankmittel bekämpft werden, sondern durch die sinnvolle Schaffung der Bedingungen für erhöhte Produktion und Beschäftigung. Die Steuerermäßigung werde sich günstig auswirken.

Wir wollen alles tun, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, erklärte Vocke weiter. 1,2 Milliarden Kredite haben wir innerhalb des Arbeitsprogrammes bereits eröffnet. Wir denken an die 1,8 Millionen Arbeitslosen, wir vergessen aber nicht die 18 Millionen Sparer. Wir haben, seitdem wir eine stabile Währung besitzen, Erfolge erreicht. Um weiter vorwärtszukommen, müssen zwei Forderungen erfüllt werden: Produktion, insbesondere Export, und Sparen, verbunden mit vernünftigen Investieren! Wir predigen der Arbeiterschaft und dem Volk nicht Austerity, sondern Verbesserung der Lage durch Leistung und Sparsamkeit.

Deutschland hat alle Chancen, so schloß Geheimrat Vocke, an den Fortschritten der Welt seinen vollen Anteil zu haben. Stabile Währung ist dabei eine Grundbedingung. Fehler dürfen wir uns am allerwenigsten auf dem Geldgebiet leisten. Ruhig und mit entschlossenem Mut gehen wir unseren Weg. Wir lassen weder eine Inflation noch eine Deflation zu. Die stabile Deutsche Mark und der gute Name der BdL zählen zu den wertvollsten außenpolitischen Aktivas der jungen deutschen Bundesrepublik. Vertrauen und Achtung des Auslandes für unsere Währung lohnen auch die Kontrollen, und werden uns so mehr und mehr den Weg zur Freiheit öffnen.

MAN auf der Messe in Hannover

Der Stand der MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG.) auf der Technischen Messe Hannover, vermittelte ein eindrucksvolles Bild von der Vielgestaltigkeit ihres Fabrikationsprogramms.

Wir greifen vom Werk Augsburg heraus:

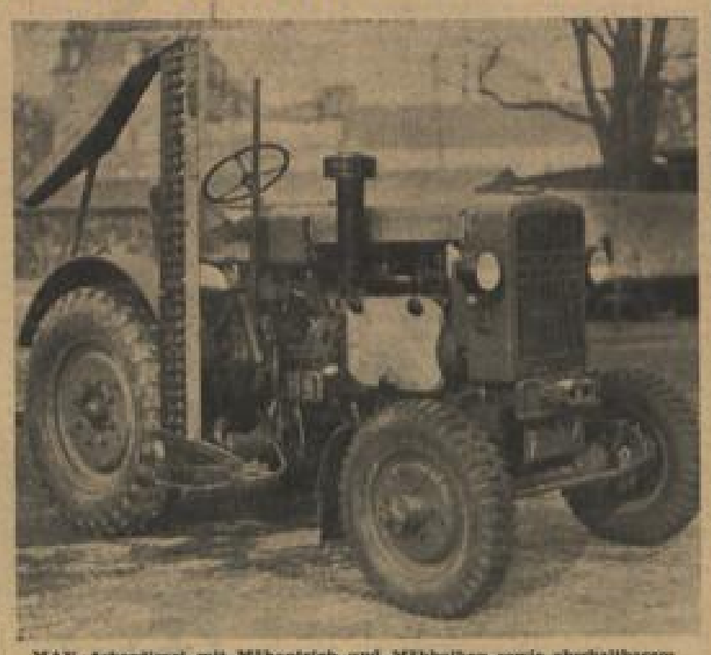
1. Modell eines stationären Dieselmotors Typ G6V42, 380 PS bei 375 U/min. Motoren dieser Bauart werden in Kraft-, Wasser- und Pumpwerken sowie in den verschiedensten Industrien verwendet, wobei man durch Abwärmeverwertung einen äußerst wirtschaftlichen Betrieb erreichen kann. Als Reserve- und Spitzenmaschinen für Industrie-Kraftwerke und Elektrizitätswerke sowie für vollselbsttätige Notstrom-Anlagen wurden solche Motoren nach allen Teilen der Welt geliefert.

2. Eine vollautomatische Zweitouren-Druckmaschine (Schnellpresse) „Automan II" in Betrieb vorgeführt (Siehe Bild). Mit ihren vielen konstruktiven Neuerungen steht die „Automan" in der Spitzenklasse der Druckmaschinen. Papierformat 500×700 mm. Druckgeschwindigkeit bis zu 3500 Bogen pro Stunde. Platzbedarf 2,3×4,8 m.

Vom Werk Nürnberg zeigte die MAN

1. Das Modell eines Waggonkippers 40/80 t, bestimmt für die von der Bundesbahn vorgesehenen 80-t-Großraum-Waggons (siehe Bild). Diese Kipper sind ein sehr wirtschaftliches Mittel zum Entladen von Schüttgut aus Eisenbahnwagen. Der Kipper wird als 40-t-Kipper geliefert, jedoch besteht durch Einbau von Verstärkungen die Möglichkeit der Umstellung auf eine Tragfähigkeit von 80 t.

2. Modell eines 5-t-Vollportal-Krans mit Doppellenker-Wippausleger. Krane und Fördermittel sind im Rahmen des Gesamt-Produktions-Programms der MAN, ebenso wie viele andere ihrer Fertigungszweige, ein außerordentlich vielseitiges Gebiet. Das ausgestellte Modell kann daher nur als Beispiel für ein Teilgebiet dienen. Die MAN baut Krane für alle Verwendungszwecke, z. B. Hafendrehkrane, Verladebrücken, Hüttenkrane, Laufkrane, Schwimmkrane, Wagendrehkrane, Raupenkrane sowie Spezialkrane jeglicher Art.



MAN Ackerdiesel mit Mähantrieb und Mähbalken sowie abhaltbarem Vierradantrieb

Als Erzeugnis der Fahrzeug-Abteilung des Werkes Nürnberg wird der in der Land- und Forstwirtschaft sowie als Straßen-Zugmaschine bewährte „MAN-Ackerdiesel" gezeigt. Sein unerreicht niedriger Kraftstoffverbrauch, die große Leistung und leichtes Starten, auch bei großer Kälte, werden durch direkte Einspritzung in den MAN-Kugelbrennraum erreicht. Er wird mit Hinterrad- oder Allrad-Antrieb (abschaltbar) geliefert. Verschiedene Zusatzausrüstungen vervielfachen seine Einsatzmöglichkeiten (siehe Bild).

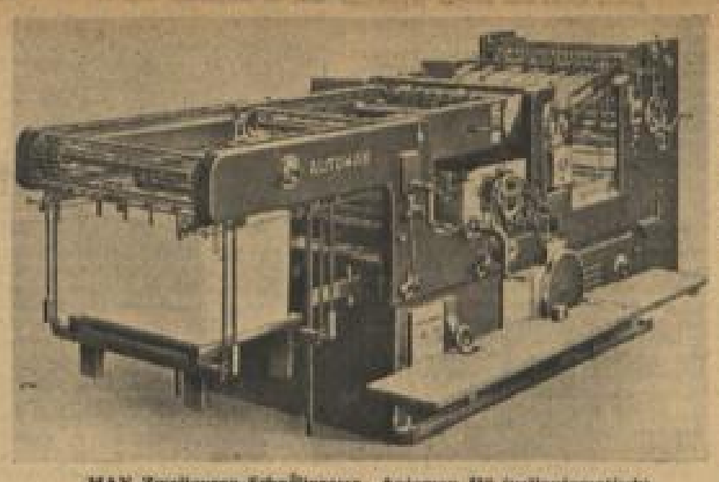
Werk Nürnberg zeigt ferner:

Modell einer Dampfturbine, axialer Bauart, 25/32 000 kW, 480 Grad C, 57 atü, 3000 U/min. An der Entwicklung der Dampfturbinen hat Werk Nürnberg seit 1903 führenden Anteil.

Werk Gustavsburg gehört zu den bedeutendsten Brückenbauanstalten des In- und Auslandes und hat umfangreiche Lieferungen für alle Kontinente zu verzeichnen. Als im Jahre 1867 die Fa. Klett & Co. das heutige Werk Nürnberg der MAN, den Auftrag erhielt, südlich Mainz eine Rheinbrücke zu bauen, erwies es sich als erforderlich, dort Werkstätten zu errichten. Aus diesen entstand das Werk Gustavsburg, das auch die neue Rheinbrücke bei Mainz baute, die am 13. 4. d. J. feierlich eingeweiht wurde. Das auf der Techn. Messe Hannover gezeigte Modell einer Straßenbrücke ist der Friedrichsbrücke in Mannheim nachgebildet.

Auf dem Freigelände paßt das Nordeingang zeigt die MAN das Fertighaus mit vollständiger Innenausstattung. Es wurde auf den Erfahrungen des Waggonbaues fußend entwickelt. Bei einer gleichbleibenden Breite von 8 m kann das Haus von Meter zu Meter bis 16 m erweitert werden. Die Aufstellung erfordert nur wenige Tage. Die Wärmeisolierung entspricht einer 80 bis 100 cm starken Massivmauer aus Ziegelsteinen.

MAN Waggonkipper für 40/80 t



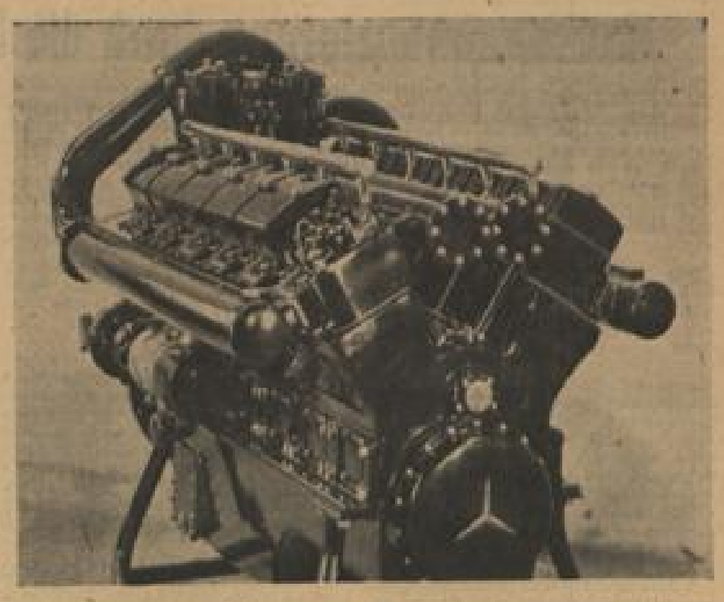
MAN Zweitouren-Schnellpresse „Automan II" (vollautomatisch)

Mercedes-Benz-Triebwagen-Diesel-Motoren

Bereits 1887 hatte Gottlieb Daimler einen seiner neugeschaffenen Schnellläufer-Motoren in einen Eisenbahnwagen eingebaut und damit erfolgreiche Probefahrten in der Umgebung von Stuttgart unternommen. Auf diese Weise war er, wie vorher schon zum Erbauer des ersten Motorrades und Motorbootes, auch zum Pionier des Eisenbahn-Triebwagens geworden. Es ist ein weiter Weg vom ersten, naturgemäß noch recht primitiven Einzylinder-Benzinmotor Daimlers bis zum modernen vierzylindrigen Mercedes-Benz-Triebwagen-Dieselmotor.

Die ausgezeichnete Bewährung der in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg von der Deutschen Reichsbahn in hartem Dauerbetrieb erprobten Mercedes-Benz-Triebwagen-Dieselmotoren war nicht zuletzt auf das patentierte Vorkammer-Einspritzverfahren zurückzuführen, das sich gerade für die besonderen Anforderungen des Eisenbahn-Streckenverkehrs als hervorragend geeignet erwies. Es treten dabei häufige schnelle Belastungsänderungen auf, beim Halten in Bahnhöfen wird ein qualm- und geruchfreier Leerlauf und unterwegs ein möglichst geräusch- und erschütterungsfreier Lauf der Antriebsmaschine verlangt. Allen diesen Ansprüchen zeigte sich das Vorkammer-Einspritzverfahren in geradezu souveräner Weise gewachsen, weshalb es in unterdessen noch verfeinerter und verbesserter Form auch bei den neuesten Typen von Mercedes-Benz-Triebwagen-Dieselmotoren Verwendung findet.

Mit dem neuen Triebwagen-Dieselmotor „MB 820", den dieses Bild zeigt, setzt die Daimler-Benz AG. ihre Leistungen auf diesem Gebiet würdig fort. Es handelt sich um einen flüssigkeitsgekühlten V-förmigen Zwölfzylinder-Viertaktmotor stehender Bauart mit einer Bohrung von 172 mm, einem Hub von 205 mm und einem Gesamthubraum von 37 Litern. Das aus Leichtmetall hergestellte Kurbelgehäuse-Oberteil ist bis zu den Zylinderköpfen hochgezogen, während das Kurbelgehäuse-Unterteil als abnehmbare Ölwanne ausgebildet ist. Die besonders starke, im Einsatz gehärtete Kurbelwelle ist im Oberteil siebenmal in Bleibronze gelagert. Die ebenfalls in Bleibronze lagernden 12 Pleuelstangen wirken paarweise nebeneinander auf je einen Kurbelzapfen. Die geschmiedeten Leichtmetallkolben besitzen je drei Kompressions- und zwei Ölabstreifringe; sie gleiten in nassen austauschbaren Zylinderlaufbüchsen aus Sondergußeisen. Für jeden Zylinder ist ein abnehmbarer Einzelkopf mit je zwei Einlaß- und Auslaß-Ventilen vorgesehen, die durch eine im V des Kurbelgehäuse-Oberteils liegende Nockenwelle mittels Stoßstangen und Kipphebeln gesteuert werden. Zur Kraftstoff-Einspritzung dienen zwei Bosch-Pumpen mit je sechs Elementen, die 12 zentral in den Zylinderköpfen eingebaute Einspritzdüsen beliefern. Es können alle handelsüblichen Dieselkraftstoffe verwendet werden. Die Regelung des Motors erfolgt durch einen öldruckgesteuerten Schwungkraftregler.



Die Kühlung besorgt eine Kreiselpumpe, während das Schmieröl durch eine Doppelzahnradpumpe unter Druck im Umlauf gehalten wird.

Der Motor kann in drei verschiedenen Ausführungen geliefert werden: 1. Ohne Aufladung (MB 820); 2. mit Aufladung durch einen mechanisch angetriebenen Lader Bauart Mercedes-Benz (MB 820 Aa); 3. mit Aufladung durch eine BBC-Abgas-Aufladegruppe (MB 820 Ab).

Die Leistungen der drei Ausführungen gehen aus der nachstehenden Übersicht hervor:

	MB 820 ohne Aufladung PS	MB 820 Aa mit mech. Lader PS	MB 820 Ab mit Abgaslader PS
Dauerleistung bei			
800 U/min	360	460	460
1000 U/min	450	590	590
1200 U/min	530	700	700
1400 U/min	600	800	800

Die Übertragung der Motorleistung auf die Räder ist auf elektrischem oder hydraulischem Wege möglich.

Klarheit im Geschäftsleben durch Handelsauskunfteien

Wenn oben in wirtschaftlichen Glanzzeiten der Wert seriöser Handelsauskunfteien allgemein anerkannt war, um wie viel mehr ist ihre Bedeutung in der Gegenwart gestiegen. Seit die erste Handelsauskunftei in Deutschland von Wilhelm Schimmelpfeng im Jahre 1872 gegründet worden ist, sind fast 80 Jahre vergangen und sein Werk hat sich in dieser Zeit immer wieder bewährt. Die Geschichte der Handelsauskunfteien ist die Geschichte der Entwicklung des Kreditgeschäftes. Aber selten war das Bedürfnis nach Sicherheit und Vertrauen im Geschäftsleben so groß, wie in der Gegenwart. Während durch die starken Verschiebungen im Firmenbestand und des Personalkreises des Wirtschaftslebens infolge der Kriegserschütterungen die Unsicherheitsfaktoren vergrößert wurden, zwingt die Kapitalarmut seit der Währungsreform und die allgemeine Verengung der Liquidität zu besonderer Vorsicht. Reservepolster sind meistens nicht mehr vorhanden, um Verluste aufzufangen, sie gehen vielmehr zu Lasten der Substanz und hinterlassen nachhaltige Schäden. In dieser Situation erweist sich ein objektives Bild des Geschäftspartners immer wieder von neuem als unentbehrlich, wie es allein von einer guten Handelsauskunftei vermittelt werden kann.

Denn nur das Auskunftsgewerbe ist dank seiner weitverzweigten Organisation und einem Stab ausgewählter und gut ausgebildeter Mitarbeiter in der Lage, alle Ermittlungen anzustellen, die zur objektiven Beurteilung eines Unternehmens notwendig sind. Die Erfahrung hat gezeigt — und die neueste Entwicklung bestätigt es — daß es nicht immer allein auf die Finanzkraft einer Firma ankommt. Die Liquiditätslage ist so allgemein, daß mehr und mehr die Persönlichkeitswerte und das berufliche Können die Kreditwürdigkeit bestimmen, die heute von jedem Geschäftspartner gefordert werden muß. Kenntnis der Vermögenslage und zuverlässige Informationen über Charakter und berufliches Können, ergänzt durch das Archivmaterial, ermöglichen sodann einen objektiven Bericht, der dem Auskunftsuchenden zwar nicht die Verantwortung für die Bonität des Partners abnehmen, aber die Entscheidung erleichtern und Dispositionen überhaupt ermöglichen kann. Die Handelsauskunfteien haben inzwischen dank der ständig steigenden Inanspruchnahme wieder eine Leistungsfähigkeit erreicht, die es zuläßt, daß neueste und umfassende Auskünfte über jedes Unternehmen sofort, sogar telephonisch, erteilt werden können.

Dabei sind die Funktionen der großen Auskunfteien sehr vielseitig geworden; sie sorgen dafür daß kreditwürdige Firmen im Geschäft bleiben, wodurch das Wirtschaftsleben, trotz Kredit- und Liquiditätssorgen, immer neue Impulse erhält. Sie werden zum ehrlichen Makler zwischen Kreditbedürfnis und Kreditbereitschaft und sorgen dafür, daß das Vertrauen erhalten bleibt, aber auch dort verneint wird, wo es letztlich zum Schaden der Wirtschaft führen würde. Der verantwortungsbewußte Kaufmann wird daher die Dienste der Handelsauskunfteien zu würdigen wissen und lieber die geringen Kosten einer Auskunft tragen als Verluste auf sich nehmen, die in der heutigen Zeit schwerer wiegen als früher.

Werkfoto: Schimmelpfeng

Der neue Ford: Taunus-Spezial 1950

Die Ford-Werke Köln führten dieser Tage das neue Modell Taunus Spezial 1950 Fachwelt und Presse auf den Nürburgring vor, wo sich die Experten von den hervorragenden Eigenschaften des neuen Wagens am Steuer selbst überzeugen konnten.

Der Anschaffungspreis des neuen Modells ist der gleiche wie der des bisherigen Taunus-Spezial: 6285 DM.

Der Taunus Standard ist bei gleicher Fahrwerk-Konstruktion wie der Spezial erheblich billiger geworden und kostet jetzt 5350 DM (gegenüber 5680 DM.)

Die wesentlichen Neuerungen des Taunus Spezial sind:

Aufbau

Neues Gesicht durch stark betonte Horizontal-Gliederung. Moderne Hockform mit breitem Rückfenster und neuer Linienführung. Kühlerverkleidung u. Kotflügel durch breite Chromzierleisten zusammengefaßt. Vom Kühlergrill bis zum Heck laufende Chromzierleiste.

Chassis

Tiefer gekröpfte Vorderachse, dadurch längerer Federweg der Vorderfelder, breitere und weichere Bereifung (5.90—15), verkürzte hintere Dreieckstrebe. Durch diese technischen Änderungen tiefere Schwerpunktlage und bessere Bodenhaftung. Neu entwickelte vordere Stoßdämpfer. Neue Lenkradschaltung (wahlweise).

Innenausstattung

Durchgehende vordere verstellbare Sitzbank. Bequemer Einstieg auch zu den hinteren Sitzen durch neuartig geteilte, nach vorn niederklappende Rücklehnen. Winkerschalter am Lenkrad. Haubenverschluß vom Fahrsitz aus zu bedienen. Handbremshebel unterm Instrumentenbrett. Neue Polsterbezüge mit Schwammgummiauflage.

Gesamtwirkung

Eindruck eines technisch ausgereiften, in der Raumausnutzung aufs letzte durchdachten, und in der äußeren Linienführung ausgeglichenen repräsentativen Reisewagens, der den Fahrkomfort des mittleren Wagens mit der Wirtschaftlichkeit des Kleinwagens verbindet.

Das Gesicht des „Taunus-Spezial 1950"

Das Armaturenbrett

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die aktuelle Reportage:

Alfred Teves

Wer Alfred Teves hört und die Abkürzung Ate, denkt an den Schneemann mit dem schwarzen Zylinder und dem Schild „Ate". Man sollte aber wissen, daß Dr. Alfred Teves nicht ein kalter Schneemann, sondern ein warmherziger Unternehmer ist, der mit seinen 62 Jahren noch täglich im Betrieb herumgeht und nach dem Rechten sieht. In dem Stammwerk in Frankfurt a. Main beschäftigt er 1000 Menschen und in den 4 Zweigwerken sind es fast noch einmal so viele. Und es ist auch nicht so, als ob die ganze Produktion dieses guten alten Unternehmens auf Produkte ausgehe, die mit Kälte zu tun hätten, sondern im Gegenteil auch mit Wärme. So die vielen Teile für die Kraftfahrzeuge.

Eine der Fabrikhallen in Frankfurt

Beginnen wir unseren Rundgang im Stammwerk Frankfurt und in dessen größter Abteilung, der Gießerei. Es ist eine alte Halle, eine der wenigen, die der Krieg übrigließ. Hier werden alle Teile gegossen, die für die vielseitige Fabrikation benötigt werden. Wir sehen insbesondere Kokillenguß. In langer Reihe stehen die Stahlformen, die einen ausgezeichneten Guß für größere Maschinenteile abgeben. Wir werden später noch sehen, welche großen Erfahrungen die Firma Teves gerade im Guß hat.

Wie die Kolbenringe gegossen werden

Kolbenringe nach dem Guß; im Vordergrund ein sogenannter „Christbaum"

Im zweiten Teil der Halle werden die Kolbenringe gegossen, für die Teves in der deutschen Kraftfahrzeugindustrie bekannt ist. Beim Gießen dieser Kolbenringe hat sich die Sandform am besten bewährt, und so sehen wir den üblichen Vorgang: das Pressen des Sandes in die Form und das Aufeinandersetzen der Formkästen; immer 3 Kolbenringrohlinge auf einmal, zu einem Strahlenkranz vereint und darum in dieser Halle auch „Christbäume" genannt.

Die Weiterbearbeitung des Kolbenrings ist vielseitiger, als man zunächst denken möchte. Nach dem Entgraten und dem auf Maß-Schleifen von beiden Seiten wird der Kolbenring geschnitten (für die Kolbenringe mit kleinerem Durchmesser hat sich der gerade Schnitt jetzt durchgesetzt, für die größeren Ringe wird schräg geschnitten; der überlappte Kolbenring wird zwar noch hergestellt, aber es hat sich erwiesen, daß die damit verbundene Verteuerung überflüssig ist). Nach dem Schneiden wird der Ring geweitet und läuft dabei durch eine Reihe stark erhitzter Bäder. Eine besondere mechanische Behandlung erfordert der Ölabstreifring. Durch eine sinnreiche, in langer Erfahrung erprobte Vorrichtung wird an einer Drehbank das Ausfräsen vorgenommen. Nun gehen die Ringe in die Kontrolle. Es ist ein großer, heller, freundlicher Raum, in dem die verschiedensten Prüfmaschinen stehen. Wie Maße und Spannkraft geprüft werden, kann sich der Leser vorstellen, aber damit begnügte man sich bei Teves nicht. Man ergänzte die mechanische Prüfung durch eine optische. So stehen eine Reihe von Geräten dort, in der jeder Kolbenring einzeln gedreht wird, und die Prüferin kann auf einer Mattscheibe erkennen, ob der Ring an irgendeiner Stelle Licht durchläßt; in solchem Fall ist er Ausschuß.

In dem nächsten Gebäude, das wir betreten — eine hochmoderne lichtdurchflutete Werkshalle, die seit etwa einem Jahr aus Trümmern neu erstanden ist — verfolgen wir die Fließfabrikation eines weiteren bekannten ATE-Fabrikates: die hydraulische Bremse. Die führenden deutschen Personenwagen und Lastkraftwagen sind bekanntlich mit der ATE-Lockheed-Ölfruckbremse ausgrüstet. Von ihrer sicheren Funktion hängen Gesundheit und Leben des Autofahrers — und der Passanten — ab. Zunächst sehen wir die mechanische Bearbeitung der verschiedenen Einzelteile, insbesondere der Hauptzylinder, der Radzylinder und der Kolben. Selbstverständlich trafen wir in diesem Bau moderne Honmaschinen an, die die vier Radzylinder einer jeden Bremsanlage auf genauestes Maß bringen. Besondere Erfahrung gehört zur Montage der Verbindungsschläuche. Eine neue Spezialmaschine für diesen Zweck wurde gerade in Betrieb genommen, als wir durch die Halle gingen. Geradezu wie Hexerei mutet es an, wenn ein ganz kleiner Kontaktknopf, in einer Spezialmaschine aus verschiedenen Teilen zusammengepreßt, dafür sorgt, daß das rote Bremslicht am Heck des Wagens erst aufleuchtet, wenn das Bremspedal mit mehr als 3 Atm. belastet wird, d. h. also, wenn der Mensch mit seinem Fuß richtig darauf drückt. Schwierig ist es selbstverständlich, rationell zu produzieren, wenn jeder Automobil-Fabrikant andere Wünsche für seine Ölfruckbremse hat. Der eine wünscht den Ölbehälter angegossen an den Hauptzylinder, der andere will ihn getrennt, bei dem einen Fabrikat werden die Bremsscheiben mit der eisenemaillierten Bremse geliefert, bei dem anderen nur das Bremsaggregat ohne die Bremsscheiben. Auch die Größe der Ölzylinder ist verschieden, auch wenn es sich um Wagen annähernd gleicher Stärke und Größe handelt. Für Omnibusse besteht der Hauptzylinder aus 2 Ölkammern. Die Erfahrungen und die weiteren Forschungsarbeiten brachten Teves so weit, jetzt auch für landwirtschaftliche Maschinen ein Zusatzaggregat zu schaffen, das mit Ölfruck in der Lage ist, sowohl größere Lasten zu heben, als auch an Vielfachmaschinen, wie sie jetzt von den Gerätefabriken hergestellt werden, durch Bedienung eines Knopfs den einen Teil des Gerätes hochzuheben und den anderen herunterzulassen.

Die Eigenart des Betriebes bringt es mit sich, daß dem Werkzeugmaschinenbau besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit gewidmet wird. Er ist in einer besonderen fast quadratischen Halle untergebracht. Was uns besonders auffiel und was wir für erzieherisch richtig und wirkungsvoll halten, ist, daß man in diesem Werkzeugbau auch die Lehrlingswerkstatt untergebracht hat. Der besondere Stolz des Werkzeugmaschinenbaus gilt einer Präzisionsbohrmaschine, die durch eine, von Teves selbst hergestellte, Klimaanlage immer unter gleicher Temperatur gehalten wird und dementsprechend in einem besonderen gläsernen Raum steht. In diesem Werkzeugbau sind eine ganze Reihe von großen Maschinen gebaut worden die in der Fabrikation von Teves laufen. Nur dadurch war es möglich, so schnell wieder in den Besitz von wichtigen Präzisionsmaschinen zu kommen.

Bohrmaschinen im Bremszylinderbau

Die erwähnte Klimaanlage und die Kühlschränke werden nicht in Frankfurt, sondern in dem nahegelegenen Fechenheim hergestellt, wo etwa 380 Mann arbeiten. Am interessantesten ist die Herstellung der Kühlmaschinen. Nur die Elektro-Motoren werden bezogen, alles andere wird bei Teves hergestellt. In Reihen stehen die Kühlmaschinen so wie sie montiert worden sind und laufen auf Probe. Im nächsten Raum sehen wir den Zusammenbau der großen Kühlanlagen, so etwa der großen Glasschränke für Restaurants und Konditoreien. Auch die Holzarbeiten für diese Schränke werden bei Teves ausgeführt.

Die Eismaschinen sind eine besondere Spezialität von Teves. Durch ein vielfaches Herumlegen des Kupferrohrs um den Kessel, in dem das Eis gemacht wird, ist die Zeit für die Eisbereitung erheblich vermindert worden. Wir sahen Eismaschinen in jeder Größe und so aufgebaut, daß der Eisverkäufer alles zur Hand hat, was er braucht.

Die Kühlschränke für den Haushalt und für Gewerbebetriebe werden ebenfalls ganz bei Teves hergestellt. Mit besonderer Sorgfalt wird die Abdichtung des kühl haltenden Raumes vorgenommen. Hier erfordert die Herstellung noch viel Handarbeit und sehr große Zuverlässigkeit. Beim Konstruieren der Kühlschränke geht man auch nur von Bedürfnis des Verbrauchers aus. So hat man neuerdings in die Kühlschränke gleich ein Aggregat eingebaut, mit dem die Hausfrau die verschiedenen anderen Maschinen im Haushalt betreiben kann: sie kann Kaffee mahlen, ihren Fleischwolf betreiben und Eis fabrizieren. So entwickelte Teves auch eine Kleinsteismaschine für den Haushalt — und die größten Anlagen sind die Klima- und Bewetterungsanlagen. Das ist ein Gebiet, das in Deutschland noch verhältnismäßig neu ist, aber, wie wir oben sahen, probiert man die Klimaanlagen im eigenen Betrieb aus und sammelt Erfahrungen.

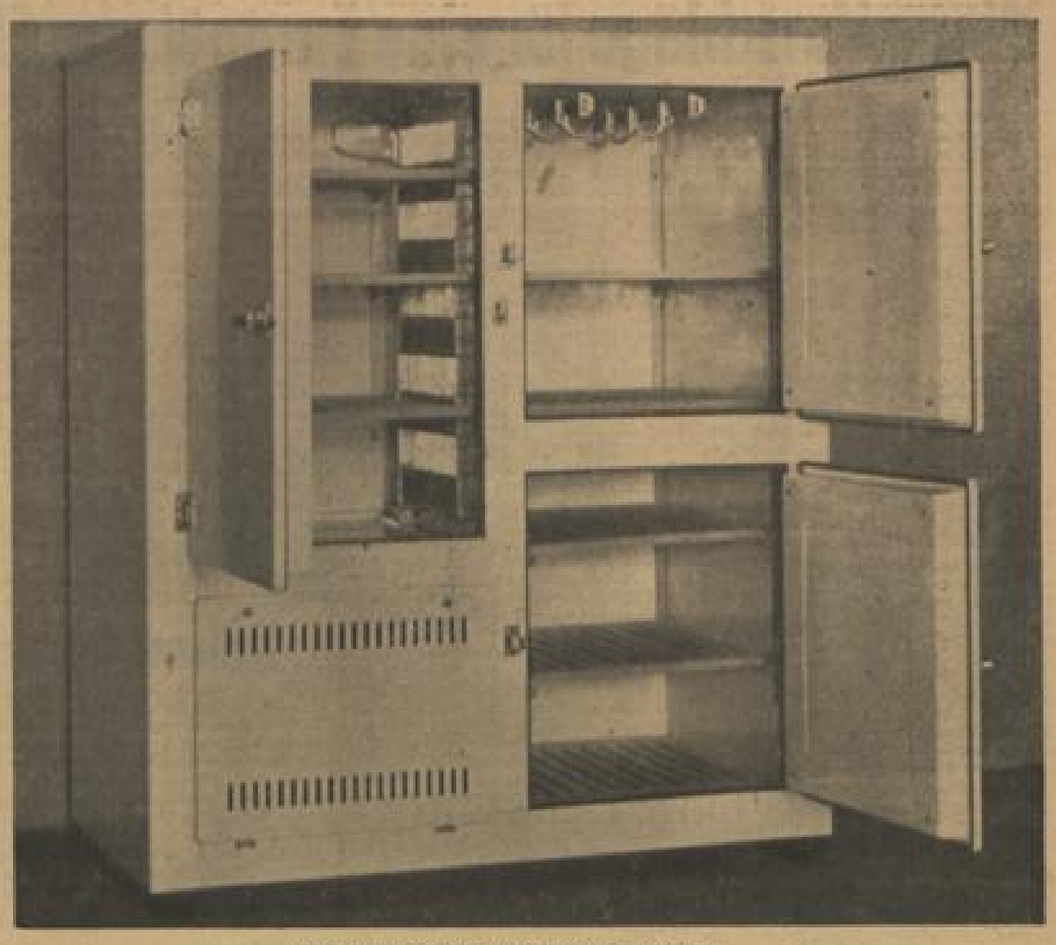
Fahren wir nun noch in das Werk Bonames, auch nicht weit von Frankfurt, wo etwa 130 Mann beschäftigt sind. Hier werden Zylinderlaufbüchsen und Zylinder-Grauglüsse hergestellt. Die Eigenart dieses Betriebes ist der Schleuderguß. Dieser Schleuderguß hat den Vorteil, daß er noch maßhaltiger als der übliche Formenguß ist. Bei den Zylinderlaufbüchsen brauchen innen nur 4 und außen nur 3 mm abgenommen werden. Das Gußverfahren ist nicht so einfach zu erklären. In eine rotierende Trommel wird das glühende Eisen gegossen, bis durch einen von vorne vorgeschobenen Ring die gewünschte Dicke erreicht ist. Dann wird der noch glühende Rohling herausgezogen und fällt auf ein unter der Gießerei laufendes Transportband, wo er im Laufe des Transports abkühlt. Durch den Schleuderguß erreicht man ein einheitliches und festeres Gefüge als in dem Formguß, und das Transportband, dessen Anlegung sehr teuer war, verhindert ein zu schnelles Erkalten und dadurch entstehende Gefügeveränderungen oder gar Risse. In langer Reihe stehen diese Trommeln. Auf der anderen Seite der Halle sind ebenfalls eine Reihe von Trommeln, in denen die Rippenzylinder für den Porsche-Wagen, ebenfalls im Schleuderverfahren, gegossen werden. Der Gußvorgang ist derselbe wie bei den Zylinderlaufbüchsen, nur daß in die Trommel vor dem Guß eine Sandform für die Rippen eingefügt wird — für jeden Zylinder eine Form.

Dann geht es an die Bearbeitung. Sowohl die nassen wie die trockenen Zylinderlaufbüchsen werden hier bis zur Einbaufertigkeit bearbeitet. Das Ausschleifen das Honen und das Polieren ist das gleiche wie überall, aber die modernsten und größten Maschinen stehen in dieser Halle.

Teves hat nun außerdem noch zwei Werke, eins in Brombach bei Lörrach mit 320 Mann, wo Ersatzteile für die Vierradbremse hergestellt werden, und in Blumberg, wo 210 Mann Ventilkegel, automatische Stößel und Ventilsitzringe herstellen. Die Ventilkegel von Teves kennt jeder Rennfahrer, nicht nur die vollen, wie sie in jedem Personenwagen sind, sondern auch die Hohlventilkegel. So werden in Blumberg auch wieder einige der Spezialitäten von Teves erzeugt.

Ein gewaltiges Programm: Kühlanlagen, Ölfruckbremsen, Kraftfahrzeugteile, Präzisionsarbeit von der Gießerei bis zum fertigen Produkt, von der Wärmebeanspruchung bis zur Kältebeanspruchung und doch das Lebenswerk eines Mannes, der sich trotz schwerster Bombenschäden, trotz Verlagerungen und trotz der schwierigen Umstellung nach dem Krieg nicht unterkriegen ließ.

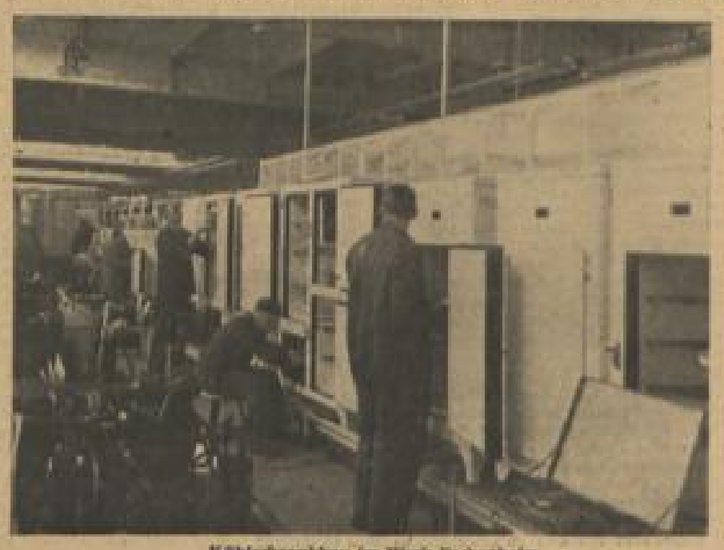
H.



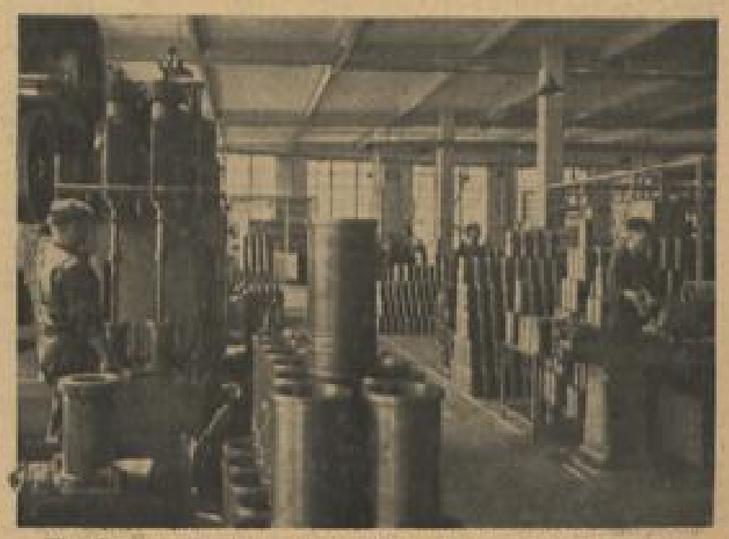
ATE-Gewerbekühlschrank Modell G 1000/3flrig

Bremszylinder-Bearbeitung

Ofen, in dem die Kühlschrankbleche bei 800° emailliert werden



Kühlschrankbau im Werk Fechenheim



Werk Bonames: Bearbeitung der Zylinderlaufbüchsen; links Honmaschinen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Neue Vorschläge für eine Europäische Clearing-Union

In den letzten Tagen haben erneut Besprechungen über die Europäische Zahlungsunion (EPU) mit der britischen Delegation in Paris stattgefunden. Hierbei sind, wie aus informierten Kreisen bekannt wird, neue Vorschläge gemacht worden, denen die belgische, holländische, französische und italienische Delegation bereits zugestimmt haben. Es wird angenommen, daß auch die Schweiz sich positiv äußern wird, wie das auch die britische Delegation getan hat. Es bleibt allerdings noch abzuwarten, wie London selbst sich zu den neuen Anregungen stellen wird. Über den neuen Vermittlungsvorschlag ist folgendes bekannt geworden: Der Vertrag über die EPU soll nicht auf unbeschränkte Zeit, sondern zunächst nur für 1 oder höchstens 2 Jahre abgeschlossen werden. Auf Grund der gemachten Erfahrungen soll dann 1951 oder 1952 ein neuer Vertrag mit evtl. Erweiterungen an die Stelle des jetzt abzuschließenden treten.

Der Dollar-Fonds der EPU, der einen wesentlichen Teil des Sonderfonds der ECA für 1950-51 im Betrage von 600 Mill. Dollar umfassen soll, ist nicht als dauernde Reserve vorgesehen, sondern soll in der Hauptsache noch im ersten Jahr der EPU den Teilnehmerländern zugewendet werden. Nach welchem System die Abzweigung für den 600 Mill.-Fonds erfolgen soll, ob nach einheitlichen Prozentsätzen von den vorgesehenen Dollaranteilen der einzelnen Länder oder unter besonderer Belastung der mutmaßlichen Gläubigerländer, ist noch nicht diskutiert worden. Bei der EPU wird der Gedanke der Multilateralisierung voll aufrechterhalten. Es soll in gewissen Abständen die Netto-Position jedes Landes gegenüber allen anderen Ländern, einschließlich des Sterlingraums, festgestellt werden. Es soll also keine Sonderabrechnung gegenüber dem Sterling erfolgen. Jedes Land soll eine multilaterale Kreditlinie für kurzfristige Handelsschwankungen, dagegen keine mittelfristige Kreditlinie erhalten. Nach Erschöpfung seiner kurzfristigen Kreditlinie soll ein Schuldnerland ein weiteres Defizit durch geschenkweise Zuweisung aus dem Dollarfonds der EPU zum Teil aus eigenen freien Dollarreserven, die nicht ECA-Dollar sind, abdecken. Jedem Lande soll eine bestimmte Quote an dem Dollarfonds der EPU zugewiesen werden. Man hält es für möglich daß diese Dollarquote auf ähnlicher Grundlage wie die Swing-Quote oder als Prozentsatz des Swings errechnet wird. Die zu Beginn des neuen Zahlungsjahres bestehenden Schuldsalden zwischen zwei Teilnehmerländern sollen konsolidiert werden und innerhalb von drei Jahren in monatlichen Raten getilgt d. h. in die laufende Verrechnung über die EPU eingebracht werden. Die bisherigen bilateralen Abmachungen über zweiseitige Kreditlinien werden durch das neue EPU-Abkommen ersetzt.

Infolge des Wegfalles mittelfristiger Kredite und des ganzen kurzfristigen Charakters des Zahlungsabkommens wird das System mehr oder weniger automatisch abgewickelt werden können. Es ist daher kein besonderer Behördenapparat, sondern nur ein technisches Überwachungskomitee vorgesehen. Ein Netto-Schuldnerland soll die Möglichkeit haben, sein laufendes Defizit nach Erschöpfung der kurzfristigen Kreditlinie durch Ziehen auf ein Guthaben beim Internationalen Währungsfonds abzudecken. Diese Möglichkeit soll sich nach den bestehenden Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) richten. Hierdurch soll die vom IWF geforderte Verbindung mit der EPU hergestellt werden. Die Stellungnahme des Internationalen Währungsfonds ist noch nicht bekannt. In besonderen Fällen wird wohl für einige Schuldnerländer, insbesondere für Österreich und Griechenland, neben dem multilateralen Swing und dem Anteil am allgemeinen Dollarfonds noch eine Sonderzuweisung zur Deckung ihres intereuropäischen Defizits gegeben werden müssen. Die ECA wird dies voraussichtlich verlangen. Wie diese Sonderzuweisung im einzelnen erfolgen wird, ist noch nicht klar, höchstwahrscheinlich jedoch außerhalb des EPU-Systems, etwa durch vorherige Abzweigung eines bestimmten Betrages aus dem 600 Mill.-Dollarfonds der ECA für „off-shore-purchases" in Europa.

Gegenüber den britischen Vorschlägen wird darauf Wert gelegt, daß sich auch die Engländer verpflichten, die bisherigen bilateralen Abmachungen und Diskriminierungen, soweit sie mit dem neuen multilateralen System unvereinbar sind, abzuschaffen. Wenn es gelingt, Großbritannien zur grundsätzlichen Zustimmung der obendargestellten Richtlinie zu bringen, wenn sich die Aussichten wesentlich gebessert haben sollen, dürfte in der nächsten Woche ein erster Verhandlungsentwurf für die EPU aufgestellt werden, der dann dem Zahlungsausschuß der OEEC zugeleitet werden soll.

Freie Konvertierbarkeit der Währungen

Daß die Bestrebungen zur freien Konvertierbarkeit der Währungen untereinander auf die Entwicklung der Rohstoffpreise in Richtung auf ein Hochkommen der Baissespekulation gewirkt haben, wird nach Ansicht der Londoner City als übertrieben bezeichnet. In einer Unterredung zu diesem Zusammenhängen aus berufener Feder wird festgestellt, daß die freie Konvertierbarkeit der schwachen Währungen einschließlich des Pfund Sterling und die Rückkehr zu einem freien Handel in der Welt wahrscheinlich heute ganz andere Wirkungen hervorrufen würde als im Jahre 1947.

Eine vorzeitige Einführung der freien Konvertierbarkeit der Währungen hat inflatorische Wirkungen zumal in Großbritannien ausgelöst, denn nur so hätte man das Pfund Sterling verteidigen können. Inzwischen jedoch seien die Äpfel reifer geworden und die Entwicklung der Weltwirtschaft sei jenem Ziele näher gekommen. Selbst hohe britische Regierungsvertreter haben sich in privater Form in dieser Angelegenheit, sozusagen gegen ihre eigene Überzeugung, recht optimistisch geäußert. Großbritannien brauche die freie Konvertierbarkeit der Währungen und den freien Handelsverkehr vielleicht nötiger als irgendein anderes Land, sofern das ohne die Gefahr eines neuen Dollar- und Goldabflusses erreicht werden könne. Außerdem habe sich Großbritannien hierzu seinerseit anläßlich der amerikanischen Anleihe ausdrücklich verpflichtet, und die Einhaltung dieser Verpflichtungen liege in seinem eigenen Interesse und in dem der Welt.

Doch die Entwicklung der Rohstoffpreise habe, so stellt diese Untersuchung fest, auch noch andere interessante Seiten. Diejenigen, die einen Rückgang dieser Preise erwarten, weisen auf den bevorstehenden Zusammenbruch des nordamerikanischen Stützungsprogramms, auf die Kürzung der Marshallplanhilfe und auf die inzwischen vollzogene Auffüllung der strategischen und kommerziellen Reserven mit Rohstoffen und Gütern aller Art hin. Dazu stellt die Untersuchung fest, daß die Höhe der Vorräte immer nur eine relative Bedeutung habe; sie richte sich ganz nach dem Deckungsbegehr. Das nordamerikanische Stützungsprogramm sei noch nicht zusammengebrochen; im Gegenteil, der Kongreß habe 2 Mrd. Dollar mehr bewilligt und nebenbei vermerkt, habe sich das nordamerikanische Schatzamt noch nicht bankrott erklärt. So wie sich die Dinge heute darstellten, könne man fast mit Bestimmtheit annehmen, daß die Überschüsse der Vereinigten Staaten in Baumwolle zu Ende des kommenden Wirtschaftsjahres niedriger sein werden, als zu Ende dieser Saison. Die nordamerikanischen Weizenüberschüsse seien allerdings reichlich hoch; sie werden nach der nächsten Ernte, auch wenn diese schlecht ausfallen sollte, was anzunehmen ist, wahrscheinlich noch mehr ansteigen. Aber sie seien für die Vereinigten Staaten immer noch tragbar. Bisher habe offenbar noch niemand daran gedacht, so sagt die Untersuchung, einen Teil der nordamerikanischen Weizenüberschüsse beispielsweise in Großbritannien für strategische Zwecke einzulagern. Auf diese Weise könnten die britischen und amerikanischen Sorgen im Falle einer kriegerischen Verwicklung beachtlich verringert werden, abgesehen davon, daß das für die Vereinigten Staaten sehr ernste Einlagerungsproblem eine Erleichterung erfahren würde.

Aus verschiedenen Gründen sind nach dieser Untersuchung bereits größere Mengen von Weizen zur Einlagerung nach Westdeutschland verschifft worden. Auch in Kanada ist amerikanischer Weizen eingelagert worden. Ein Teil dieses überschüssigen Weizens könnte sehr wohl auch nach Indien und anderen asiatischen Ländern als Reserve verschifft werden.

Hinsichtlich der Höhe der Marshallplanhilfe im kommenden Haushaltsjahr beilt es in dieser Untersuchung, daß sie sich vorwiegend nach drei Gesichtspunkten ausrichten werde, nämlich: den strategischen Bedürfnissen der Vereinigten Staaten in Westeuropa und anderswo, der Notwendigkeit, die nordamerikanischen Überschüsse landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterzubringen und der Schutzhandelspolitik der USA.

Zur Zeit sei die Marshallplanhilfe, so schließt die Untersuchung, das Rückgrat der Auslandsnachfrage für amerikanische Baumwolle. Solange die nordamerikanische Regierung überwiegend nach den Gesichtspunkten der Demokratischen Partei ausgerichtet und durch ihre führenden Persönlichkeiten geführt werde, die bekanntlich ihre Hochburg im Süden der USA, das heißt im Baumwollgürtel hat, sei mit einem Rückgang der Marshallhilfe für Baumwolleinkäufe kaum zu rechnen.

London: Deutsche Ware zu billig

Die größte Sorge der britischen Industriekreise und Wirtschaftssachverständigen sei die zunehmende Bedrohung durch billige Waren aus Deutschland und Japan, erklärt die sozialistische Zeitung „The People". Außenminister Bevin werde die Frage als besonders dringlich auf die Tagesordnung der Londoner Außenministerkonferenz bringen. Der Druck der deutschen und japanischen Waren mache sich bereits in Südamerika und Südostasien bemerkbar. Bevin habe keine Sorge vor fairer Konkurrenz, erklärt das Blatt. Er werde aber Außenminister Acheson auf die mögliche Gefahr für Großbritannien und die Westländer hinweisen, wenn die Preisunterbietungen weiter ungehindert zugelassen werden und die Außenhandelsförderungen durch Subsidien und Währungsmanipulationen, für die Nazi-Deutschland vor dem Kriege bekannt war, unterstützt wird.

Portugal: Deutsche Ware zu teuer

Portugal ist nach Ansicht informierter Handelskreise an deutschen Waren sehr interessiert, wenn auch im Augenblick die ungünstige Preisgestaltung eine Intensivierung der Beziehungen nicht gestattet. Der Import richtet sich nach England aus, da durch die Pfundabwertung die britischen Produkte im Preise erheblich gesunken sind. Es besteht besonders Bedarf an chemischen und pharmazeutischen Produkten, Eisen- und Stahlwaren und Geschenkartikeln.

Das spanische Stahlprojekt

Im Gegensatz zu anderslautenden Nachrichten sind nach dem spanischen Wirtschaftsdienst Bankkreise der Meinung, daß das asturische Stahlprojekt durch die Gründung einer besonderen Gesellschaft in Kürze Wirklichkeit werden wird. Der Bau der Produktionsanlagen soll dann sofort in Angriff genommen werden. Das Projekt sieht verschiedene Ausbaustadien vor. Als erstes Ziel wird die Errichtung von Produktionsanlagen vorgenommen werden, die eine jährliche Erzeugung von 600 000 t gestatten. Später soll die Erzeugung auf 1 Mill. t gebracht werden. Den spanischen Stahlwerken ist eine Beteiligung an dem neuen Werk angeboten worden. Das neu zu errichtende Werk ist nicht dazu bestimmt, den bereits bestehenden spanischen Stahlwerken auf dem Inlandsmarkt Konkurrenz zu machen. Es wird sich in der Hauptsache auf die Erzeugung von Panzerplatten, Schiffsplatten und Stahllegierungen beschränken. Da die asturischen Erze wegen ihres hohen Silizium-gehalts einen unverhältnismäßig hohen Koksverbrauch bedingen würden, ist beabsichtigt, Bif-Erze zu verwenden, für deren Heranschaffung neue Anlagen an der Küste geschaffen werden müssen.

Hollands Chemie will autark werden

Die chemische Industrie gehört in Holland zu den Industriezweigen, die in ihrer Entwicklung verhältnismäßig rasche Fortschritte machten, auch wenn sie für die Volkswirtschaft heute noch nicht solch sichtbare Bedeutung hat wie andere Wirtschaftsgruppen. In erster Linie handelt es sich um die Produzenten von Roh- und Hilfsstoffen, wie Schwefelsäure, Natronlauge, flüssiges Chlor, Schwefeldioxyd, Permanganat, Salpetersäure, Ammoniak, Salzsäure, Benzol, Naphtalin, Kreosotöl und anderen Steinkohlenderivaten.

Holland besitzt vier große Werke, die diese chemischen Roh- und Hilfsstoffe liefern: Ketjen, die Salzindustrie in Boekelo, Meking in Velsen-Zmuiden und die Staatszechen. Die beachtliche Ausdehnung der Niederländischen Staatszechen, die es sich zur Aufgabe macht, um alle Derivate, die aus Steinkohlenteer gewonnen werden können, selbst herzustellen, muß vor allem im Rahmen der Industrialisierungsbestrebungen Hollands in Auge behalten werden. Bekanntlich besaßen die I. G. Farben in Deutschland den Steinkohlenteer von den Zechen, um ihn zu einer ganzen Reihe von chemischen und pharmazeutischen Produkten und Farbstoffen zu verarbeiten. Es erscheint nicht völlig ausgeschlossen, daß die Niederländischen Staatszechen heute ähnliche weitgesteckte Ziele verfolgen, wenn sie sich im Augenblick auch noch darauf beschränken, die Hilfsstoffe selbst herzustellen, die Holland sonst (vor allem aus Deutschland) importieren mußte.

Die Ketjen-Werke haben nach dem Kriege die Erzeugung von Schwefelsäure stark erweitert. Auch der Verbrauch ist erheblich gestiegen, zum Teil infolge der Ausdehnung der holländischen Ölraffinerien, zum Teil aber auch durch die größere Rührigkeit der holländischen Kunstseidenindustrie. Ein wichtiges Produkt ist Kaliumpermanganat geworden, das als Basis für die Saccharinerzeugung unentbehrlich ist. Wenn auch infolge der gebesserten Weltzuckerlage die Nachfrage für Süßstoff geringer geworden ist, so sind vor allem in Fernost immer noch lohnende Absatzgebiete zu finden. Während Schwefelsäure früher hauptsächlich aus Belgien importiert wurde, wo sie als Nebenprodukt der Zinkindustrie aus Zinkblende gewonnen und zu niedrigen Preisen angeboten wurde, macht Holland heute Schwefelsäure aus Pyrit. Die Abbrände werden in großen Mengen nach Deutschland zur Verarbeitung in der Hochofenindustrie verkauft, wodurch für Holland der Gestehungspreis bedeutend ermäßigt wird.

Die Niederländische Salzindustrie erzeugt hauptsächlich Natronlauge, flüssiges Chlor und Salzsäure. Interessant ist die unterschiedliche Taktik, die die Salzindustrie und die Staatszechen verfolgen. Während die Staatszechen alles, vom Rohstoff bis zum Fertigerzeugnis, in eigener Regie herstellen wollen, begnügt sich die Salzindustrie mit der Lieferung ihrer sekundären Grundstoffe (wie Natronlauge und Salzsäure) an die neue Firma Stork Chemie, die dann die verschiedenen Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse herstellt.

Seit Anfang dieses Jahres hat sich durch die Liberalisierung des deutsch-holländischen Handelsverkehrs die Lage der holländischen Industrie, und zwar vor allem von Fabriken, die sich nach dem Kriege auf die Herstellung von Artikeln verlegten, die früher aus Deutschland bezogen wurden, wesentlich geändert. Die holländische, chemische Schwerindustrie jedoch meint den Wettbewerb mit Deutschland aufnehmen zu können, da im Gegensatz zur Produktion von pharmazeutischen Artikeln oder Farben bei der Herstellung von Basisrohstoffen der Sitz des Unternehmens und die Frage der Transportkosten eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Bekanntlich wurde ja der I. G. Farbenkonzern in eine Anzahl Unternehmen entflochten. In holländischen Handelskreisen nimmt man an, daß sobald die deutsche Farbenindustrie wieder mit voller Kapazität arbeitet und vor allem liefert, gleichartige Erzeugnisse anderer Auslandsfirmen vom Markt verdrängt werden. Die holländische Textilindustrie hat Farbstoffe aus den verschiedenen Ländern ausprobiert, doch scheinen die Ergebnisse meist derart gewesen zu sein, daß man wieder die deutschen Farbstoffe begehrt.

Wie sich in dieser Hinsicht die noch junge holländische Industrie für pharmazeutische Artikel, Riechstoffe usw., in Zukunft entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Interessant ist die Kontroverse, die zwischen der holländischen Chemieindustrie und der Regierung entstanden ist. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß die chemische Industrie im Zuge der Industrialisierung auch eine eigene Sodaindustrie auf die Beine zu stellen habe. Als Sitz dafür wäre die bestehende Salzindustrie in Boekelo geeignet. Die chemische Industrie ist aber wenig geneigt, diesen neuen Betriebszweig ins Leben zu rufen, wozu immerhin Investitionen in Höhe von 80 Mill. Gulden erforderlich wären, während der Jahresumsatz mit etwa 20 Mill. Gulden veranschlagt wird.

Schweizer Außenhandel mit Europa steigt

Einfuhrüberschuß verringert — Import aus Übersee geringer

Aus der Übersicht der schweizerischen Oberzolldirektion über den Außenhandel der Schweiz im ersten Vierteljahr 1950 ist festzustellen, daß das Handelsbilanzpassivum gegenüber dem Ergebnis der entsprechenden Vorjahreszeit beträchtlich abgenommen hat, allerdings bei sinkenden Umsätzen in der Ein- und Ausfuhr. Die Einfuhr erreichte wertmäßig 974,8 Mill. Fr. (1949: 1056,7), die Ausfuhr 799,1 (810,5) Mill. Fr., so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 75,8 Mill. Fr. ergibt gegenüber 246,2 Mill.

	Lebens-, Genuß- u. Futtermittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Wagen zu 10 t	Mill. Fr.	Wagen zu 10 t	Mill. Fr.	Wagen zu 10 t	Mill. Fr.
1. Vierteljahr 49	36 619	331,1	117 031	382,2	10 273	347,4
1. Vierteljahr 50	37 279	271,2	101 036	367,7	9 667	315,7

Zugenommen haben vor allem die Importe von Kartoffeln, Frischobst und Frischgemüse, sowie Zucker, Brauerstoffe und Futtermittel. Bei Rohstoffen ist eine Abnahme der Einfuhr von metallischen Rohstoffen sowie Holz zu verzeichnen. Die Einfuhr von Fertigfabrikaten zeigt keine wesentliche Senkung. Gestiegen ist vor allem die Einfuhr von Kraftwagen, während die Einfuhr von Instrumenten und Apparaten eine erhebliche Abnahme aufzuweisen hat.

Auf der Ausfuhrseite ist gegenüber der korrespondierenden Vorjahresperiode ein starker Rückgang der Lebensmittelausfuhr festzustellen, während der Rückgang in der Fertigwarenausfuhr nur gering ist.

	Lebens-, Genuß- u. Futtermittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Wagen zu 10 t	Mill. Fr.	Wagen zu 10 t	Mill. Fr.	Wagen zu 10 t	Mill. Fr.
1. Vierteljahr 49	3029	34,6	4187	26,2	5534	749,7
1. Vierteljahr 50	1247	31,5	3987	27,3	5762	740

Die Textilausfuhr hat im ersten Vierteljahr 1950 eine weitere Zunahme erfahren, insbesondere Baumwollgarne und Baumwollgewebe zeigten eine Steigerung, während die Exporte von Kunstseiden- und Zellwollgarnen rückläufig sind. Die Schuhindustrie konnte ihre Ausfuhr noch weiter erhöhen, und zwar von 156 000 Paar im ersten Viertel 1949 auf 228 000 im vierten Quartal und 235 000 im ersten Quartal 1950. Die Maschinenindustrie konnte ihr an sich hohes Ausfuhrniveau ebenfalls halten. Die Ausfuhr von Uhren zeigt rückläufige Tendenz. Der Auslandsabsatz von Parfümerien und Anilinfarben zeigt ebenfalls einen Rückgang, Heilmittel und Chemikalien für die gewerbliche Wirtschaft dagegen eine Steigerung. In der Nahrungsmittelindustrie ist eine stärkere Ausfuhr von Käse und Schokolade festzustellen, während der Export von Kondensmilch einen beträchtlichen Rückgang aufweist.

Der Anteil Europas am schweizerischen Außenhandel ist seit etwa einem Jahr im Steigen begriffen, während der schweizerische Übersee-Außenhandel rückgängig ist. Nach Bezugs- und Absatzländern geordnet, ergibt sich folgendes Bild des schweizerischen Außenhandels:

	Einfuhr 1. Vierteljahr 1949 in Mill. Fr.	Einfuhr 1. Vierteljahr 1950 in Mill. Fr.	Ausfuhr 1. Vierteljahr 1949 in Mill. Fr.	Ausfuhr 1. Vierteljahr 1950 in Mill. Fr.
Deutschland	80,5	80,4	90,7	87,2
Österreich	15,0	15,0	14,8	12,5
Frankreich	86,3	86,5	47,6	45,5
Italien	86,3	88,3	80,1	79,7
Belg.-Luxbg.	79,3	39,8	81,1	87,1
Niederl.	30,3	30,8	44,1	28,1
England	68,3	66,8	80,3	88,4
Spanien	23,5	10,8	15,6	11,5
Dänemark	23,7	18,8	18,8	11,8
Schweden	19,3	14,4	28,3	12,3
Tschechosl.	18,4	25,5	19,5	23,3
Ungarn	9,0	12,9	8,1	10,3
Ägypten	13,0	9,5	9,4	12,7
Südafr. Union	5,1	21,0	0,0	1,3
Iran	13,4	15,7	3,3	3,4
Indien	7,3	9,5	30,0	17,5
China	6,3	8,3	19,1	12,8
Kanada	34,5	22,3	8,7	13,1
USA	342,0	122,0	95,4	103,3
Brasilien	11,0	11,3	20,7	17,1
Argentinien	27,8	27,8	12,5	18,3

Frankreich schürft nach Erdöl

Bedenken gegen fremde Kapitalbeteiligung

Die Entdeckung bedeutender Erdölvorkommen im Pyrenäenvorland bei Pau, wo ein vor kurzem angelegter Bohrturm einen Ausstoß von 200 Litern in der Minute oder 288 t pro Tag brachte, hat ein Vorstandsmitglied zu der Erklärung veranlaßt, daß Frankreich bei entsprechenden Anstrengungen in der Lage sein könne, in 10 oder spätestens 15 Jahren seinen auf jährlich 12 bis 15 Millionen t Rohöl veranschlagten Bedarf aus eigener Förderung im Mutterland und in den Übersee-gebieten zu decken.

Um die Forschungen in Tunesien zu ermöglichen, hat die französische Regierung bereits eine englisch-amerikanische Beteiligung bis zu 66⅔% an zwei der drei in Tunesien gebildeten Gesellschaften einwilligen müssen. Das in Frankreich hergestellte Bohrmaterial reicht nicht aus, und seine Qualität kann, insbesondere für Forschungen in großen Tiefen, mit dem amerikanischen Material nicht Schritt halten. So mußten Bohrungen mit amerikanischem Gerät in verschiedenen südfranzösischen Gebieten nur deshalb unterbrochen werden, weil das Bohrmaterial nach der Entdeckung der Erdölvorkommen bei Lacy dort dringend gebraucht wurde. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen möchte jedoch die französische Regierung eine weitere Überfremdung der Petroleumindustrie vermeiden, solange die Gefahr besteht, daß die in Frankreich und den Übersee-gebieten tätigen ausländischen Firmen die Forschungen und die Produktion jederzeit abbremsen können, falls es ihre eigenen Interessen erfordern. Gewiß, Frankreich ist zu 35% an der Erdölgewinnung im Mosulgebiet beteiligt; es kann jetzt jährlich 2 Millionen t zu Selbstkostenpreisen aus diesem Gebiet beziehen, aber im Konfliktfalle ist diese Bezugsquelle sehr problematisch.

Die Erdölforschung und -Gewinnung wird teils von gemischten Gesellschaften betrieben. Im Jahre 1949 kamen 54% der Erdölzufuhren aus dem Dollar- und 39,7% aus dem Sterlingwährungsgebiet. Was Frankreich heute vor allem braucht, ist Bohrmaterial, sei es aus den Ver. Staaten, sei es aus anderen Ländern, das sozusagen „neutral" ist, und zweitens: ebenso „neutrales" Kapital. Man denkt dabei wohl an schweizerisches und an südamerikanisches Kapital. Aber das A und O bildet die Beseitigung des Mangels an Forschungs- und Bohrmaterial.

Die Geologen schätzen, daß 3 Millionen qkm Boden in Frankreich und der französischen Union erdölhaltig sind; davon sind bisher nur etwa 30 000 qkm erforscht worden. Nach dem Monnetplan sollen in den nächsten 10 Jahren 840 000 qkm Boden auf Erdölvorkommen untersucht werden. Die Kosten sind für eine sich über 10 Jahre erstreckende Forschungs- und erste Ausbeutungstätigkeit auf 150 Milliarden ffrs veranschlagt.

Zur Zeit werden in der Französischen Union (Frankreich und Übersee-gebiet), jährlich 110 000 t bis 120 000 t Erdöl gefördert. Und zwar in folgenden Gebieten:

Pechelbronn/Elsaß	60 000 t pro Jahr
St. Gaudens/Pyrenäen	30 000 t pro Jahr
Marokko (Petitjean)	30 000 t pro Jahr
Lacy (bei Pau)	6000 t pro Jahr

Dazu ist zu bemerken, daß St. Gaudens und Marcet überwiegend Erdgas liefern, etwa 300 Mill. cbm pro Jahr. Die für Lacy angegebene Jahresproduktion betrifft nur den ersten bereits vor einigen Wochen in Dienst gestellten Bohrturm, dessen Ausstoß von anfänglich 10 t pro Tag jetzt auf 15 t gestiegen ist. Die zweite, im April 1950 so erfolgreich eingeleitete Bohrung ist nach einem anfänglichen Ausstoß von 268 t pro Tag auf 30 t pro Tag geregelt worden, was einer Jahresproduktion von etwa 17 000 t entspricht. Zwei weitere Bohrungen sind seit einigen Tagen im Gange.

Bekanntlich sind seit einigen Wochen die in Tunesien gebildeten zwei gemischt französisch-amerikanischen und französisch-englischen Gesellschaften sowie eine französisch-tunesische Gesellschaft durch Dekret des Bey von Tunis anerkannt worden, und haben zu arbeiten begonnen. Es ist noch zu früh, um ein Urteil abzugeben, in welchen Mengen der tunesische Boden Erdöl enthält. Neueren Meldungen zufolge sollen auch in Indochina Erdölvorkommen entdeckt worden sein.

Das schwerste Handikap, das Frankreich in seinen Bemühungen um die Erschließung von vorhandenen Erdöllagerstätten zu überwinden hat, ist der Mangel an Bohrmaterial, insbesondere für Tiefen von über 1500 Metern. Hier hängt Frankreich vollständig von der amerikanischen Industrie ab, und damit stellt sich für die französische Regierung auch ein politisches Problem. 65% der Erdölraffination und -Verteilung in Frankreich befindet sich bereits in englischen und amerikanischen Händen.

Optimistischer Bericht der Banque de Paris et des Pays-Bas

In dem von In- und Ausland stets mit großem Interesse erwarteten Geschäftsbericht der Banque de Paris et des Pays-Bas, einer der bedeutendsten Geschäftsbanken Westeuropas, wird zunächst festgestellt, daß für die europäische Wirtschaft im allgemeinen das Jahr 1949 ein Jahr des Produktionsfortschrittes war. Dieser Fortschritt sei dank der amerikanischen Hilfe, aber auch dank der von den Europäern selbst geleisteten Arbeit erzielt worden. Bisher bestand die Hauptaufgabe der europäischen Länder in der Produktionssteigerung und in der Abwehr der Inflation. Jetzt stellen sich neue, weit komplizierteres Probleme. Die zukünftige Finanzpolitik müsse eine mittlere, von der Inflation wie von der Deflation gleichweit entfernte Linie verfolgen. Die Produktionssteigerung eines jeden Landes nach rein nationalen Plänen sei heute weniger notwendig als die Errichtung einer höheren Produktion durch rationelle Arbeitsstellung und durch eine erhöhte Produktivität im Inneren Gesamt-Europas.

Die Liberalisierungs-Maßnahmen stellten nur einen ersten Schritt dar auf einem Wege, der den Teilnehmerstaaten erlauben soll, durch eine weitestmögliche Vereinbarung das Regime des multilateralen Handels und die unerläßliche Freiheit des Devisentransfers wieder herzustellen. Was die Entwicklung in Frankreich anbelangt, so betont der Bericht, daß im Berichtsjahr zum ersten Mal seit Kriegsende die französische Währung im großen und ganzen eine stabile Kaufkraft aufzuweisen hatte. Die landwirtschaftliche Produktion lag im ganzen genommen im Jahre 1947 leicht unter den Ergebnissen des Vorjahres mit Ausnahme der Weizenernte, die sich auf 79 Millionen dz. gegen 77 Millionen dz. im Vorjahr belief.

Die französische Industrieproduktion hat sich stark dem Rekordjahr zwischen den beiden Weltkriegen, 1929, genähert. Der Industriesektor müsse jedoch seine Modernisierung fortsetzen. Infolge der enormen Staatsbedürfnisse, die ⅔ des auf 200 Mrd. ffrs. bezifferten Sparkapitals des letzten Jahres verschlangen, habe der private Sektor nur dank der Selbstfinanzierung die allernötigsten Erneuerungsarbeiten durchführen können. Es sei jedoch unerläßlich daß die Erneuerung in allen Sektoren in gleichem Maße durchgeführt wird. Die öffentlichen Finanzen konnten zwar dank erhöhter Steuern ausgeglichen werden, aber die immer schwerer werdende Steuerlast erhöhe die Produktionskosten und hemme den Export.

Die Ausfuhr deckte im vergangenen Jahr zu 85 Prozent die Einfuhr gegenüber nur etwa 64,5 Prozent im Vorjahr, aber die Verbesserung der französischen Außenhandelsbilanz war nicht gegenüber allen Ländern gleich groß. Die Ausfuhr nach Großbritannien belief sich auf 209 Prozent der Einfuhr aus diesem Land, die Ausfuhr nach der gesamten Sterlingzone auf 50 Prozent der Einfuhr aus dieser Zone, gegenüber 38 Pros. im Vorjahr. Die Ausfuhr nach dem Dollargebiet ging dagegen von 16,8 Pros. der Einfuhr aus dieser Zone auf 14,5 Pros. zurück. Mit Hilfe des Gegenwertes der Marshallieferungen konnte die allgemeine Zahlungsbilanz ohne Zuhilfenahme neuer Gold- oder Devisenreserven ausgeglichen werden. Aber der inflationistische Druck bleibe in einem Land wie Frankreich stark, das die Modernisierung seines Produktions-Apparates fortzusetzen, sein Übersee-gebiet auszurüsten, die durch den Krieg zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, schwere öffentliche und soziale Lasten sowie bedeutende Militärausgaben zu tragen habe.

Als die beiden wichtigsten Aufgaben der französischen Wirtschaft nennt der Bericht zum Schluß: erhöhte Ausfuhr insbesondere nach dem Dollargebiet, durch Verbesserung der Qualität und Senkung der Preise einerseits, und Belebung des Fremdenverkehrs in Frankreich durch geeignete staatliche und private Maßnahmen und Anstrengungen anderseits.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Volksdemokratischer Wirtschaftsblock

Vom „Ausschuß für gegenseitige Wirtschaftshilfe" zum Rubelblock

Gespannt betrachtet die Weltöffentlichkeit die politischen Schachzüge des Kremls, die — es dürfte wohl niemand leugnen — zumindest bisher sehr beachtliche Erfolge zeitigten. Der „rote Putsch" in China hat es eindeutig demonstriert. Erstaunlich wirkte nur, daß sich die USA „überrascht" zeigten, obwohl sie die korrupte Tschiang-Regierung „im eigenen Safte schmoren" ließen, also den Dingen in China ihren Lauf ließen. Daß am Ende die Sowjets den guten Braten hatten, war also nicht so verwunderlich. Dieses Ereignis gab dann wohl den Anschlag für die Proklamierung der „totalen" Diplomatie der Amerikaner. Diese gibt uns jedoch noch kaum eine Gewähr, daß da und dort an den „weichen" Stellen, wie Acheson die Gefahrenherde nannte, nicht eine Überraschung sich vollziehen könnte. Während man, wie gesagt, gespannt nach den Spannungsfeldern blickt, werden den sowjetischen Plänen auf wirtschaftlichem Gebiet, die sich mehr und mehr abzuzeichnen beginnen, nur geringere Beachtung geschenkt, obwohl sie gleichermaßen bedrohliche Aspekte aufzuweisen haben.

Als die Vereinigten Staaten ihren großzügigen Marshallplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas bekanntgaben, waren es die Sowjets, die sich energisch gegen diesen Plan wandten und in den Ländern ihres Einflußgebietes die Hilfe des Dollars nicht zum Zuge kommen ließen. Leicht begreiflich, denn der Marshallplan blieb — und er konnte es im Laufe der Entwicklung gar nicht — kein rein wirtschaftlicher Hilfsplan, sondern erhielt allmählich bestimmte politische Zielsetzungen. Wären die Marshallplanmittel seinerzeit auch nach den östlichen Europa gestreut, dann hätte kaum die wirtschaftliche Gleichschaltung dieser Länder im bisherigen Ausmaß erfolgen können.

Da man aber im Kreml ebenfalls Politik macht, wartete man auch dort mit einem Plan auf, dessen Zielsetzung ein Wirtschaftsblock der Volksdemokratien ist. Für die Durchführung wurde in Moskau der „Ausschuß für die gegenseitige Wirtschaftshilfe" gegründet, dem selbstverständlich alle Satellitenstaaten angehören. Die Arbeiten dieses Ausschusses gehen dahin, die Volkswirtschaften dieser Länder aufeinander abzustimmen, den Warenaustausch untereinander soweit wie irgendmöglich zu steigern und gleichzeitig die wirtschaftlichen Beziehungen zum kapitalistischen Westen auf das Mindestmaß zu beschränken. Daß diese „Wandlung", wenn auch auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung, Fortschritte macht, ist ohne weiteres festzustellen. Heute erreicht der Anteil der Sowjetunion an dem Außenhandel der einzelnen Ost- und Balkanstaaten bis zu 50 Prozent, während der Warenaustausch der einzelnen Länder untereinander, ausgenommen die Tschechoslowakei und Polen, noch bei weitem nicht die angestrebte Höhe erreichen konnte. Daß man mit dem bisher Erreichten noch keineswegs zufrieden ist, ging aus der Kritik des Präsidiums des ZK der tschechoslowakischen KP nach der letzten Reinigungsaktion hervor, in der es u. a. heißt, daß im tschechoslowakischen Außenhandel eine Gruppe ehemaliger verantwortlicher Funktionäre entlarvt wurde, die den tschechoslowakischen Außenhandel entgegen den Interessen der Republik auf den Westen orientierten, wodurch die Erweiterung des Handels mit der UdSSR und — den volksdemokratischen Ländern beeinträchtigt wurde. Diese Gruppe versuchte, so heißt es weiter, die Tschechoslowakei vom Westen abhängig zu machen und die Entwicklung des Landes zum Sozialismus zu hemmen.

Eine Aufstellung in „Un World" zeigt die bisherige Entwicklung des Außenhandels der Volksdemokratien mit der UdSSR. Diese Länder pflegten mit der Sowjetunion vor dem Kriege überhaupt keinen oder nur einen kaum nennenswerten Handel, während ihr Warenaustausch heute, vor allem der der Tschechoslowakei und Polens, eine ständige Erweiterung erfährt.

Der Außenhandel Osteuropas

	mit der Sowjetunion			ohne Sowjetunion			Gesamtaußenhandel		
	in Millionen Dollar								
	1938	1948	1949	1938	1948	1949	1938	1948	1949
Tschechoslowakei									
Einfuhr	4	117	200	41	143	114	362	695	800
Ausfuhr	12	120	200	60	168	120	258	746	800
Polen									
Einfuhr	3	114	200	15	97	80	231	488	600
Ausfuhr	2	97	200	14	79	80	223	513	580
Ungarn									
Einfuhr	—	24	75	25	55	65	114	154	160
Ausfuhr	—	23	75	19	40	60	148	140	160
Rumänien									
Einfuhr	—	30	75	27	33	45	125	96	120
Ausfuhr	—	15	50	36	38	50	140	89	155
Bulgarien									
Einfuhr	—	75	85	8	26	30	46	111	125
Ausfuhr	—	40	60	7	31	35	62	91	100

Durch zweiseitige Abkommen der einzelnen Volksdemokratien versucht andererseits der Ausschuß für die gegenseitige Wirtschaftshilfe ein beschleunigtes Ansteigen des Wirtschaftspotentials der Länder herbeizuführen. So wurde z. B. im Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Polen eine Aufteilung des Produktionsprogramms eingeführt, in einigen Zweigen der Metallindustrie, wobei verschiedene Erzeugnisse nur in der Tschechoslowakei oder nur in Polen, andere teils in dem einen, teils im anderen Land erzeugt und wieder in einem andern Land montiert werden. Daß hierbei den Ländern die langjährigen Pläne und Handelsverträge zustatten kommen, liegt auf der Hand, denn sie erst ermöglichen die Planung auf lange Sicht.

Moskau hält nun die Zeit für gekommen, einen weiteren Schritt zur Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte des Ostblocks in Erwägung zu ziehen. So soll, wie verlautet, dieser Länderblock zu einer Zollunion verschmolzen werden. Die Umstellung der Verrechnung vom Dollar auf den Rubel ist vielleicht als erstes Zeichen zu werten. Den gesamten Außenhandel der Volksdemokratien plant man durch eine Internationale Zahlungsbank in Moskau zu dirigieren. Die bisherigen Handelsabkommen mit dem Westen sollten gekündigt oder nicht mehr erneuert werden, wenn die Abwicklung nicht über die erwähnte Moskauer Zentrale erfolgt. Die Währungen der Satellitenstaaten erhalten eine feste Relation zum Rubel, um eine reibungslose Abwicklung der Geschäfte herbeizuführen. Angebote an den Westen und Preisfestsetzungen erfolgen dann von Moskau, das auf diese Weise auch die gegenseitige Konkurrenz der Volksdemokratien auf den ausländischen Märkten ausschalten will.

Als Initiatoren dieses neuen Planes werden, wie seinerzeit auf der Gründung des Ausschusses für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der bekannte sowjetische Volkswirtschaftler Prof. Varga und der ehemalige deutsche Gesandte aus der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Clodius genannt. Dr. Clodius, der deutsche „Spezialist" für Wirtschaftsfragen des Balkans und Mitteleuropas, geriet bekanntlich 1945 in Bukarest in sowjetische Gefangenschaft. Ob Clodius tatsächlich an diesen Plänen mitwirkt, ist schwer zu sagen. Jedenfalls weist die Konzeption in manchen Zügen eine starke Ähnlichkeit mit der seinerzeitigen deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber dem Balkan auf, wenn man von den politischen Zielsetzungen Moskaus absieht. Der vorerwähnte Prof. Varga — ein Ungar übrigens — hat in Moskau die wichtige Aufgabe, beharrlich nach Krisenzeichen in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten zu suchen und laufend den baldigen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft zu propagieren. Da dieser Zusammenbruch auf sich warten ließ, wurde Varga etwas unsicher und ließ in einem seiner Artikel leise Zweifel aufkommen. Es ist ihm aber sehr schlecht bekommen. Erst nach längerer Kaltstellung und einem Widerruf seiner ketzerischen Behauptungen konnte er wieder seine wissenschaftlichen Arbeiten aufnehmen.

Daß die Realisierung der Moskauer Wirtschaftspläne mit allen den einzelnen totalitären Staaten zur Verfügung stehenden Mittel angestrebt wird, darüber dürfen wohl keine Zweifel bestehen. Nicht zuletzt leisten die politischen Kader in den Volksdemokratien wertvolle Hilfe. Zu der einheitlichen politischen Zielsetzung kommt immer sichtbarer auch die wirtschaftliche, eine Konzentrierung des unermeßlich weiten östlichen Raumes unter Moskaus Führung. Und daß die totalitären Länder ihre Kräfte zu mobilisieren verstehen, haben sie genügend bewiesen. Erst in diesen Tagen meldete die „Pravda", daß die chinesische Regierung einen großen Stab russischer Spezialisten nach China berufen habe, der dort in engster Fühlungnahme mit chinesischen Stellen Schürfungsarbeiten nach metallischen Erzen vornehmen werde. Derartige Meldungen, die der übrigen Welt die Zusammenarbeit und die wachsende Kraft des Ostens vor Augen führen sollen, können auf die Dauer nicht bagatellisiert werden. Und man weiß im Osten ganz genau, daß der große Raum noch gewaltige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet und deshalb nicht ohne Anreiz ist, auch für die jetzt nach Absatz ihrer Waren schreiende westliche Welt.

Erste Kürzung der ERP-Hilfe

Weniger Mittel für „Punkt 4"

Für das dritte Jahr des Marshallplans stehen nunmehr 3,85 Milliarden Dollar zur Verteilung an die ERP-Länder zur Verfügung, nachdem dieser Betrag von beiden Häusern des Kongresses bewilligt worden ist. Präsident Truman hatte für das dritte ERP-Jahr 3,1 Milliarden Dollar gefordert.

Nachdem wochenlang über die Bewilligung debattiert worden war, stimmte der amerikanische Senat am 5. Mai nunmehr endgültig über die ERP-Gelder ab. Vor der entscheidenden Schlußabstimmung wurde der Antrag, die Marshallplangelder nicht um 350 Mill. Dollar, sondern um 1 Milliarde Dollar zu kürzen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Über eine zweite Forderung, die eine Kürzung um 500 Mill. Dollar vorsah, ergab sich Stimmengleichheit beim amerikanischen Senat, die als Ablehnung gewertet wurde. Der Vorschlag zur Kürzung der ERP-Gelder um 350 Mill. Dollar wurde mit 47 zu 33 Stimmen angenommen. Damit hat der amerikanische Senat zum ersten Male seit Beginn des ERP-Programmes eine Kürzung der Gelder beschlossen.

Außer den Geldern für den Marshallplan bewilligte der US-Senat 100 Mill. Dollar als Wirtschaftshilfe für Südkorea, 94 Mill. Dollar für die nichtkommunistischen Gebiete Chinas, 27,5 Mill. Dollar für die arabischen Palästinaflüchtlinge und 45 Mill. Dollar für die Entwicklung wirtschaftlich rückständiger Gebiete. Der geplante Betrag für die Entwicklung wirtschaftlich rückständiger Gebiete wurde vom Repräsentantenhaus um 20 Mill. Dollar gekürzt.

Kleine Gegenforderung . . .

Vor der Schlußabstimmung des Repräsentantenhauses wurden mehrere Sonderanträge abgelehnt, nach denen einzelne Staaten unter gewissen Bedingungen keine ERP-Gelder mehr erhalten sollten. Ein Antrag, nach dem der französischen Regierung die Benutzung des Gegenwertfonds untersagt ist, wurde mit der Begründung angenommen, daß die Sperrung des Gegenwertfonds so lange aufrecht erhalten wird, bis die „Diskriminierung" amerikanischer Geschäftsleute in Marokko aufhört.

Während der Debatte setzte sich der demokratische Senator Robertson für die Forderung des Bremer Senatspräsidenten Kaisen auf Lockerung der Beschränkungen für den deutschen Schiffsbau ein. Robertson forderte, daß die Beschränkungen für den Bau von Exportschiffen aufgehoben werden sollen. Er erklärte weiter, daß der Wiederaufbau der deutschen Industrie das Hauptproblem Westeuropas sei, und daß die Lösung dieses Problems durch den Konkurrenzneid der europäischen Staaten erschwert werde. Der Senator sagte: „Deutschland muß auf wirtschaftlichem Gebiet wieder volle Gleichberechtigung erhalten."

Nach Abschluß des Marshallplans

Der Leiter der Marshallplanverwaltung, Paul Hoffman, erklärte in einem Interview, in dem er sich besonders für Erweiterung der Hilfe für Indochina einsetzte, daß das Europahilfeprogramm im Jahre 1952, wie vorgesehen, enden werde, daß aber der Kalte Krieg gegen Rußland auf der wirtschaftlichen, informativen und politischen Front weitergeführt werden würde. Hoffman schätzte die Kosten dieser weiteren Maßnahmen auf 1500 bis 3000 Mill. Dollar. Die wirtschaftliche Hilfe müsse z. B. besonders der Türkei und Griechenland weiter gewährt werden. Auf die Frage der Bedeutung ausreichender Informationen übergehend, erklärte Hoffman, daß in Holland und auch in Norwegen und Dänemark größtes Verständnis für die Bedeutung des Marshallplanes vorhanden sei. Auch die britische Regierung habe ihre Sache gut gemacht. In Frankreich habe man erst seit 6 Monaten eingesehen, was der Marshallplan für das französische Volk bedeute. Die Kosten für wirkungsvolle Informationen dürften nicht gescheut werden. Zur Bekämpfung der russischen Propaganda in der ganzen Welt müßten 300 Mill. Dollar eingesetzt werden.

Belgrad zu den UdSSR-Handelsverträgen

Im Zusammenhang mit den in letzter Zeit zwischen der Sowjetunion und den Satellitenstaaten abgeschlossenen Handelsverträgen und der Neufestsetzung des Goldrubelkurses behandelt die Belgrader „Politika" eingehend den Hintergrund der sowjetischen Handelspolitik im Verkehr mit den Volksdemokratien. Das Blatt stellt auf Grund eigener Erfahrungen fest, daß diese Verträge dazu dienen, „die hegemonistische und ausbeuterische Politik der Sowjetunion gegenüber ihren untergeordneten osteuropäischen Nachbarn" zu festigen. Die „Politika" behauptet, daß auf Grund dieser Verträge 75% der Ausfuhr der fünf osteuropäischen Satellitenstaaten auf die UdSSR entfallen. Z. B. müsse Rumänien der UdSSR Erdöl und Erdölderivate zum Weltmarktpreis liefern, der tief unter den tatsächlichen Gestehungskosten der veralteten, unrationellen rumänischen Erdölindustrie liege. Mit diesem Erdöl treibe die UdSSR nun Handel und verkaufe es an Ungarn, die Tschechoslowakei und Bulgarien mit gutem Gewinn. Ebenso kaufe die UdSSR in den Satellitenstaaten andere Rohstoffe, Kohle, Erz, Lebensmittel und verkaufe sie z. T. an Satellitenstaaten, die sie brauchen gegen Maschinen und Fertigwaren, oder auch an das westliche Ausland. So kaufe z. B. die UdSSR Landmaschinen in der Tschechoslowakei und verkaufe sie gegen reichen Gewinn an die Bulgaren oder Rumänen als sowjetische Lieferungen. Die UdSSR verkaufe aber auch billige in der Tschechoslowakei eingekaufte Textilien nach Indien, polnische Kohle und bulgarischen Tabak nach Italien, ungarische und rumänische Lebensmittel nach Westdeutschland und chinesische Schweineborsten nach den USA. Der direkte Handel der Oststaaten mit dem kapitalistischen Westen sei den Interessen der UdSSR unterstellt, d. h. vieles, was die Satellitenstaaten im Westen einkauften, sei für die UdSSR bestimmt. Dabei ermögliche das neue Gesetz über die Erhöhung des Wertes des Rubels im Verhältnis zu den übrigen Devisen der UdSSR, die Preise aller Erzeugnisse, die sie in den osteuropäischen Ländern aufkauft, noch mehr herabzudrücken, denn die Preise werden nunmehr in Rubel festgesetzt. Auch habe sich durch die Erhöhung des Rubelwertes der Preis der sowjetischen Erzeugnisse oder von der UdSSR in den einen Satellitenstaaten aufgekauften und in anderen Satellitenstaaten wieder als „sowjetische" Erzeugnisse verkauften Güter zum Vorteil der UdSSR wesentlich erhöht.

USA-Verkaufsorganisationen

Gefällige Verpackung nicht unterschätzen

Vor kurzem wurde in New York die Gründung einer Gesellschaft zur Förderung des Absatzes von Waren aus Marshall-Plan-Ländern auf dem amerikanischen Markt bekanntgegeben. Es handelt sich um eine privatwirtschaftliche Gründung, die „Permanent Exhibitions for International Trade, Inc" und ihre Schwesterorganisation, die „US Marketing Council, Inc." Die Gesellschaften beabsichtigen eine ständige Ausstellung für europäische Produkte zu eröffnen und den Verkauf zu unterstützen.

Nun kommt der erste Brief dieser Gesellschaft, der an 1000 europäische Fabrikanten gerichtet ist. In dem Schreiben macht ein Musterzeichner auf die außerordentliche Bedeutung der Verpackung für den Absatz in den USA aufmerksam. Beispielsweise seien, so heißt es in dem Schreiben, aus England Decken auf den amerikanischen Markt gekommen, die sinnentsprechend den in Amerika zur Verfügung stehenden Waren weit überlegen und seit der Abwertung auch dem Preise nach durchaus wettbewerbsfähig gewesen seien. Die teuerere und schlechtere amerikanische Ware habe aber besseren Absatz gefunden als die englische, weil die amerikanischen Decken in Zellulose gepackt und in den Farben mit ansprechenden Siegeln versehen gewesen seien. Mit dem Zunehmen der Selbstbedienungsläden in Amerika werde die Verpackung noch wichtiger als bisher. Die amerikanische Hausfrau sei geneigt, sich nach der Schönheit der Verpackung zu richten, ohne auf den Inhalt des Pakets das Hauptgewicht zu legen. Lippincott empfiehlt, durch eine Verkaufsorganisation, wie z. B. den US Marketing Council, zu verkaufen, weil dadurch für eine individuelle Verpackung und Berücksichtigung des amerikanischen Geschmacks gesorgt werde. Die Kosten, die der Fabrikant für die Verpackung ausgebe, würden sich in erstaunlich kurzer Zeit durch einen hohen Dollarerlös bezahlt machen.

Pepsodent . . .
die einzige Zahnpasta mit Irium

entfernt schonend
und doch wirksam
den grauen Belag
von Ihren Zähnen
und macht sie
blendend weiß.

PEPSODENT die Zahnpasta von Weltruf

USA-Farmereinnahmen sinken

Absatzschwierigkeiten infolge Überproduktion — Pro Tag für 10 Mill. Dollar Stützungskäufe

Die amerikanischen Farmer befinden sich in einer schwierigen Lage und mit ihnen selbstverständlich auch die amerikanische Regierung. Je geringer der Absatz bei gleichzeitiger Überproduktion an Agrarprodukten, um so mehr muß die Regierung in den Staatssäckel greifen und die überschüssigen Produkte aufkaufen, um die Preise der Farmer zu stützen. Immer mehr häufen sich die Vorräte in den Regierungslagern an, und man versucht die angekauften Produkte teilweise zu erheblich billigeren Preisen im Ausland abzusetzen, wie z. B. Eipulver, das für ein Viertel des Einkaufspreises der Regierung an England verkauft wurde.

Nach Angaben des Landwirtschaftsdepartements ist das Einkommen der Farmer bereits seit 1947 rückläufig, allein vom Jahre 1948 auf 1949 ist es von rund 25 Milliarden Dollar auf 21,2 Milliarden gesunken und zeigt auch weiter sinkende Tendenz. Dieser Ausfall, immerhin rd. 3,5 Milliarden Dollar, wirkt sich selbstverständlich auch auf den Binnenmarkt aus, denn die Farmer sind keine schlechten Käufer. Eine Besserung der Lage ist kaum zu erwarten, denn die Nachfrage nach Nahrungsmitteln auf den Auslandsmärkten hat mehr und mehr nachgelassen, vor allem seit die westeuropäischen Länder sich in ihrer Agrarproduktion wieder z. T. auch mit amerikanischer Hilfe dem Vorkriegsniveau nähern. So braucht z. B. Frankreich keine Nahrungsmittel mehr aus den USA zu beziehen, im Gegenteil, es drängt mit seinen eigenen Agrarüberschüssen nach den westeuropäischen Märkten.

Für die amerikanische Regierung ist diese Entwicklung beunruhigend und sie sucht nach Abhilfe. Auf die Dauer ist sie nämlich nicht in der Lage, die Stützungsaktion, die in den Dreißiger Jahren eingeführt wurde, aufrechtzuerhalten. Es wurden bereits verschiedene Pläne in Erwägung gezogen, jedoch immer wieder eine Änderung verschoben, ein mehr oder minder heißes Eisen, das man, vor allem vor den Wahlen nicht anzufassen wagt. Vielleicht, daß man sich eines Tages entschließt, den Plan des Landwirtschaftsministers Brannan, wenn vielleicht auch stark gewandelt, als Ausgangspunkt für eine neue Agrarpolitik zu nehmen. Brannan schlägt in seinem Plan u. a. vor, die Stützungsaktion für die Farmer aufzuheben und die Preise für Agrarprodukte „einspielen" zu lassen. Die Farmer sollten andererseits direkte Subventionen von der Regierung erhalten. Selbstverständlich sind auch Kontrollen der Produktion und Anbaubeschränkungen vorgesehen. Der ganze Plan stößt aber bei den Farmern auf wenig Liebe, denn die Sicherheit der bisherigen Maßnahmen ist ihnen angenehmer. Mittlerweile kauft die Regierung im Rahmen der Preisstützungsaktion weiter landwirtschaftliche Erzeugnisse auf. Ende Februar 1950 hatten die angekauften Produkte bereits über 4 Milliarden Dollar verschlungen. Die amerikanische Presse weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Regierung rd. 10 Millionen Dollar je Arbeitstag für den Ankauf von Agrarprodukten ausgibt, ohne die Gewähr für einen Absatz dieser Produkte zu haben.

Am augenfälligsten wohl zeigt sich die ganze Situation in der Eierversorgung. Die amerikanischen Hühner legen um die Wette und die Regierung kommt mit dem Ankauf der Eier kaum nach. Die mit dem Ankauf der überschüssigen Agrarprodukte betraute Commodity Credit Corporation kaufte diese Eier als Eipulver an. Ende März d. J. verfügte der Staat über mehr als 60 Mill. Pfund Eipulver, das er für je 0,96 Dollar das Pfund eingekauft hatte. Der Vorrat wäre noch höher, wenn es nicht gelungen wäre, etwa vor einem Jahr einen beträchtlichen Posten von Eipulver zu weniger als einem Viertel des Einkaufspreises je Pfund an England zu verkaufen. Es besteht auch kaum Aussicht, die weiteren Vorräte zu Schleuderpreisen zu exportieren. Einige Versuche, das Eipulver und noch einige andere landwirtschaftliche Produkte an das Ausland zu verschenken — die Frachtkosten muß selbstverständlich der Beschenkte tragen — haben keinen nennenswerten Erfolg aufzuweisen.

Nicht viel besser sieht es auf dem amerikanischen Buttermarkt aus. Auch hier häufen sich die Bestände an; die Regierung dürfte derzeit mit rd. 45 000 Tonnen Butter aufwarten können bei weiter steigender Produktion und geringerem Verbrauch — infolge der Preissenkung bei Margarine. Man ist der Auffassung, daß am Ende des Jahres sich der Vorrat um zusätzliche 100 000 Tonnen erhöhen wird. Kein Wunder also, daß sich auch die Farmer Sorgen machen und über ihre Sprecher im Kongreß und Senat Forderungen stellen, wie u. a. auch die, ihre Überschüsse im Rahmen des Marshall-Planes in Europa abzusetzen, eine Forderung, der man nachkommen dürfte, wenn man verhindern will, daß die Marshall-Hilfe verpufft. In der ersten Halbzeit des Marshall-Planes war die Einfuhr größerer Mengen von Nahrungsmitteln für die Marshall-Plan-Länder erforderlich. In der zweiten Halbzeit, wo mit den Mitteln besonders sparsam umgegangen werden muß, steht an erster Stelle die Einfuhr von Gütern, die die europäische Produktion heben und stärken sollen.

ECA-Mittel zur Verfügung Hoffmans

Der Marshallplan-Administrator Paul Hoffman soll ermächtigt werden, bis zu 1,2 Milliarden Dollar zur Liberalisierung des europäischen Handels und zur Herstellung der freien Konvertierbarkeit der europäischen Währungen zu verwenden.

Die Ergänzungen des Gesetzes über die Marshallplanhilfe sollen so gefaßt werden, daß Hoffman im wesentlichen selbst über die Verwendung der vorgesehenen Mittel verfügen kann.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zölle für und gegen Metalle

Der Krieg hat u. a. auch beträchtliche Veränderungen in der Weltmetallwirtschaft ausgelöst, die zum Teil noch durch Veränderungen in der Relation der Währungen akzentuiert wurden. Von dieser Entwicklung ist natürlich auch die Zollfrage nicht unberührt geblieben. So haben während des Krieges beispielsweise die Vereinigten Staaten die vor dem Krieg bestehenden Einfuhrzölle auf Kupfer, Blei und Zink aufgehoben, um eine ausreichende Versorgung der Rüstungsindustrie mit diesen Metallen sicherzustellen, obwohl die USA zu den bedeutendsten Metallerzeugern der Welt gehören, die jedoch unter den Preis- und Produktionsverhältnissen der Vorkriegszeit ohne diesen Zollschutz nicht auskommen konnten. Gegenwärtig wird in den Vereinigten Staaten die Frage der Wiederinkraftsetzung des Kupfereinfuhrzolls lebhaft diskutiert. Es versteht sich, daß die kupfererzeugende und die kupferverarbeitende Industrien der Vereinigten Staaten in dieser Frage einen diametral entgegengesetzten Standpunkt einnehmen. Die Frage der Zollbelastung der Metalleinfuhr wird angesichts der Umwälzungen, die der Krieg in der Weltmetallwirtschaft hervorgerufen hat, in der kommenden Zeit in vielen Ländern eine Neuregelung notwendig machen.

Soweit Zölle nicht aus rein budgetmäßigen Erwägungen von einem Staat erhoben werden, oder aber, um die Einfuhr von nicht lebenswichtigen Waren zu erschweren, haben sie vor allem den Zweck, in der Form von Schutzzöllen einheimischen Industrien den Aufbau zu erleichtern. Auf dem Rohstoffgebiet, besonders auf dem Gebiet der metallischen Rohstoffe, die sehr ungleich in der Welt verteilt sind, tritt dies sehr deutlich in Erscheinung. Länder mit einer ausgebildeten metallerzeugenden Industrie, welche gleichzeitig auch eine große Rolle in der Weltmetallerzeugung spielen, wie beispielsweise die Vereinigten Staaten, deren Gestehungskosten für Metalle aber sehr hoch sind, sahen sich schon lange vor dem Krieg in der Zwangslage, die Einfuhr bestimmter Metalle durch die Erhebung ziemlich hoher, in manchen Fällen zeitweise sogar prohibitiv wirkender Zölle zu erschweren oder unmöglich zu machen. Die Selbstkosten der metallerzeugenden Industrie waren in diesen Fällen so hoch, daß sie bei einer freien Einfuhr gegen die Konkurrenz des Auslandsmetalls unterlegen wären. Das traf in den USA besonders für Kupfer, Blei, Zink, Quecksilber und eine Reihe weiterer Metalle zu. Natürlich ist eine solche Zollpolitik nur in einem Lande möglich, das selbst einen großen Metallverbrauch hat und dessen Markt auch für Metallerzeugnisse sehr aufnahmefähig ist. Die Zollbelastung, die natürlich auf den Preisstand für Metalle im Inland zurückwirkt, erschwert nämlich die Wettbewerbfähigkeit der metallverarbeitenden Industrien am Weltmarkt, da ihre Erzeugnisse entsprechend teurer sind. Andererseits würde, wenn die Notwendigkeit von der Kostenseite her gegeben wäre, die Festsetzung hoher Einfuhrzölle auf Metalle in Afrika beispielsweise sinnlos sein, weil der afrikanische Metallverbrauch zu unbedeutend ist und auch mit Hilfe hoher Zölle die Metallerzeugung nicht gesteigert werden könnte, die eben an die Voraussetzung sehr niedriger Gestehungskosten geknüpft ist, was demnach den Zollschutz auf jeden Fall überflüssig macht.

In großen metallverbrauchenden Ländern ohne eine entsprechende Metallerzeugung wird hingegen das Bestreben dahin gehen, die Metalleinfuhr zollfrei zuzulassen, weil diese Länder von den Möglichkeiten des ungehinderten Kaufs am Weltmarkt zu den niedrigsten Preisen Gebrauch machen wollen. Das traf und trifft auch heute noch in weitestem Maße für Deutschland zu. Allerdings kann auch hier der Fall eintreten, daß man die Einfuhr bestimmter Metalle in der Absicht, ihre Erzeugung zu erreichen, mit Zöllen belegt, um dafür die Einfuhr bzw. die Erzeugung anderer Metalle zu erleichtern. Das war z. B. in Deutschland für Aluminium der Fall.

Das Netzwerk der Einfuhrzölle auf Rohmetalle erstreckte sich vor dem Kriege über die ganze Welt. Es waren nur wenige Länder, die auf die Erhebung von Einfuhrzöllen verzichteten. Um die Tendenzen, die hier wirksam waren, in großen Umrissen zu zeigen, soll nachstehend die Zollpolitik der größten Industrieländer in der Zeit vor dem Krieg einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

USA

Zu den bedeutendsten metallerzeugenden Ländern, die gleichzeitig auch große Metallverbraucher sind, gehören die Vereinigten Staaten. Dieses Land erhob auf die großen Basismetalle mit Ausnahme des Zinns sehr hohe Einfuhrzölle. Die eingangs angeführten Tendenzen in der Zollfrage werden am Beispiel der Vereinigten Staaten insofern besonders deutlich, als die Vereinigten Staaten zwar in der Lage sind, ausreichende Mengen Kupfer, Blei und Zink zu erzeugen, um den Bedarf ihrer Wirtschaft zu befriedigen, was durch die Entwicklung der Metallerzeugung in den Kriegsjahren erneut unter Beweis gestellt wurde, wenn es dieses Beweises überhaupt noch bedurfte, während sie andererseits vor dem Krieg in der Zinnversorgung praktisch vollständig auf die Einfuhr angewiesen waren. Sie sind es auch heute noch, obwohl die Vereinigten Staaten während des Krieges mit Staatsmitteln eine Zinnhütte in Texas City errichteten, die auch nach dem Krieg in Betrieb gehalten wurde. Für Zinn, das vor dem Krieg zollfrei eingeführt werden konnte, könnte sich die Zollpolitik der Vereinigten Staaten für die Folge jedoch wandeln. Es wäre denkbar, daß man die Einfuhr von Rohzinn mit einem Zoll belegt, um der Hütte den Wettbewerb mit dem Auslandszinn zu erleichtern, daß man aber die Einfuhr von Zinnkonzentraten zollfrei zuläßt. Das würde allerdings voraussetzen, daß die Zinnerzeugung der USA weiter ausgebaut wird. Der Zollschutz, den die amerikanische Aluminiumindustrie vor dem Krieg genoß, war mit 3 cts je lb bei einem Aluminiumpreis von 20 cts je lb relativ gering. Die amerikanische Aluminiumindustrie war ja auch in der Lage und ist es heute nach dem Ausbau der Erzeugung in den Kriegsjahren in weit stärkerem Maße, die Konkurrenz mit dem Auslandsaluminium aufzunehmen. Sie konnte im Krieg ihren Preis auf 15 cts je lb senken. Heute beträgt der amerikanische Aluminiumpreis bekanntlich 17 cts je lb. Dagegen war vor dem Krieg der Bleizoll von 2½ cts je lb bei einem Bleipreis von 4,74 cts je lb im Durchschnitt des Jahres 1938 ebenso wie der Kupferzoll von 4 cts je lb bei einem Durchschnittskupferpreis von 10,00 cts je lb im Jahre 1938 als sehr hoch zu betrachten. Sowohl der amerikanische Kupferpreis als auch der Bleipreis lagen vor diesem Jahr teilweise viel niedriger, wodurch das Verhältnis zwischen Zoll und Metallpreis in den USA noch viel ungünstiger war und die Zollhöhe eine Einfuhr für den Inlandsverbrauch unmöglich machte. Obwohl die USA selbst nur verhältnismäßig wenig Nickel erzeugen, bestand vor dem Krieg ein Nickeleinfuhrzoll, der jedoch im Krieg ebenso wie übrigens auch der Aluminiumzoll gesenkt wurde.

Die Bedeutung, die die Metalleinfuhrzölle für die amerikanische Metallwirtschaft grundsätzlich vor dem Krieg hatten, wird besonders deutlich an Hand der Auswirkungen, welche die mit Wirkung vom 1. Januar 1939 vorgenommene Senkung des amerikanischen Zinkeinfuhrzolls von 1⅝ cts je lb auf 1⅛ cts auf die amerikanische Zinkwirtschaft hatte. Diese Maßnahme erfolgte damals im Zuge des amerikanisch-englischen Handelsvertrages und lief praktisch auf eine Begünstigung der kanadischen Zinkindustrie hinaus. Die USA-Zinkerzeuger sahen sich daraufhin gezwungen, den vor der Zollsenkung 5,05 cts je lb betragenden Zinkpreis auf 4,75 cts und in kurzer Zeit weiter auf 4,60 cts zu senken, um die Herabsetzung des Zolls auszugleichen. Es war in diesem Fall jedoch weniger das kanadische Zink, das die amerikanischen Erzeuger fürchteten, als vielmehr die Tatsache, daß eine Reihe von Ländern seinerseit einen Überschuß an Zink hatte und außerdem die ausländischen Zinkpreise zur Schwäche neigten. Besonders Belgien suchte damals nach neuen Absatzmärkten, nachdem es Deutschland und auch England weitgehend als Abnehmer verloren hatte. Die amerikanischen Zinkerzeuger, die sehr hohe Selbstkosten haben, hatten bereits die Stillegung von Minen ins Auge gefaßt und forderten die Rückgängigmachung der gewährten Zollermäßigung auf Zink und Zinkerz. Durch den Ausbruch des Krieges haben sich dann die Verhältnisse für die amerikanischen Zinkerzeuger ziemlich günstig entwickelt, sodaß die nachteiligen Wirkungen der Zollermäßigung nicht fühlbar in Erscheinung traten und zum Teil sogar ausgeglichen wurden, weil die Zinkpreise in der Nachkriegszeit stiegen und während des Krieges den Erzeugern Subventionen gezahlt wurden.

England

Großbritannien, früher das typische Freihandelsland, hat sich vor dem Krieg trotzdem aus bestimmten Gründen zur Festsetzung von Einfuhrzöllen für Metalle verstehen müssen. Immerhin blieben Kupfer, Nickel und Zinn zollfrei, weil das englische Weltreich bei der Erzeugung dieser Metalle eine führende Stellung hatte. Nur für Aluminium, Blei und Zink wurden Einfuhrzölle festgesetzt. Das englische Weltreich ist im ganzen gesehen ein Metallüberschußgebiet. Dieser Umstand ist wahrscheinlich auch dafür verantwortlich, daß die englische Aluminiumerzeugung nur geringe Fortschritte machte und daß sich die Regierung dann entschließen mußte, mit Hilfe eines zehnprozentigen Wertzolls der Industrie ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Unter den Kriegseinflüssen wurde dieser Zoll jedoch aufgehoben. Der Bleieinfuhrzoll von 7 sh 6 d je kg/t bzw. 10 Prozent vom Wert, wovon jeweils der niedrigere Zoll erhoben wurde, war vor dem Krieg verhältnismäßig gering. Bis zum Mai 1939 betrug der Einfuhrzoll für Zink 12 sh 6 d je kg/t bzw. 10 Prozent vom Wert. Bei Zink deckten sich Erzeugung und Verbrauch im englischen Weltreich ziemlich, und außerdem war die englische Zinkindustrie unter Führung der Imperial Smelting Corporation schon seit langem beteiligt, die Zinkerzeugung auf der englischen Insel zu erhöhen. Noch Jahren war es dieser Gesellschaft 1938 gelungen, die Erhöhung des Zolls auf 30 sh durchzusetzen. Die widerstreitenden Interessen zwischen Metallerzeugern und Metallverbrauchern in der Zollfrage wurden damals sehr offensichtlich, denn die englischen Zinkverarbeiter, geführt von der Imperial Chemical Industries wandten sich sehr heftig gegen die Zollerhöhung, allerdings ohne mit ihrer Opposition Erfolg zu haben. Die Opposition kam aber nicht nur von seiten der Verzinkereien, der Messingherrsteller und der Zinkoxydfabrikanten, die eine Verteuerung ihrer Rohstoffe und eine Verschlechterung der Wettbewerbsverhältnisse für ihre Erzeugnisse am Weltmarkt fürchteten, sondern auch der englische Zinkeinfuhrhandel sah seine Betätigungsmöglichkeiten bei einer Erstarkung der Imperial Smelting Corporation gefährdet.

Frankreich

Frankreich kannte vor dem Krieg zwei Arten von Metallzöllen, und zwar nach dem Generaltarif und nach dem Minimaltarif. Die Zölle nach dem Generaltarif waren sehr hoch und galten für eine Reihe von Ländern, die als Metallieferanten in Frage kamen und zur Anwendung gelangten. Kupfer, Nickel und Zinn waren auch in Frankreich ebenso wie in Großbritannien zollfrei zur Einfuhr zugelassen. Außerordentlich hoch war der Aluminiumeinfuhrzoll, der offenbar den Zweck hatte, die französische Aluminiumindustrie, deren Erzeugung den Verbrauch des Landes überstieg, vor unerwünschter Auslandskonkurrenz zu schützen. Aus dem gleichen Grunde waren auch die Blei- und Zinkzölle eingeführt worden. Frankreich war ja schon vor dem Krieg bemüht, mit Hilfe von Subventionen die Blei- und Zinkindustrie des Landes zu entwickeln. Die Erfolge, die vor dem Krieg erzielt wurden, waren jedoch sehr mäßig. Immerhin hatten diese Bestrebungen aber zur Folge, daß schon vor dem Krieg eine Belebung im französischen Metallerzbergbau in Nordafrika eingetreten war.

Italien

Italien besaß vor dem Krieg ein staatliches Einfuhrmonopol für Kupfer, Nickel und Zinn und für die Einfuhr von Aluminium, Blei und Zink waren ministerielle Einfuhrbewilligungen notwendig. Der Außenhandel mit Metallen wurde streng von der Regierung überwacht. Für Nickel und Zinn wurde kein Einfuhrzoll erhoben. Den höchsten Zollsatz hatten Aluminium und Zink. In beiden Metallen war Italien bestrebt, die Erzeugung auszudehnen und damit die Einfuhr anderer Metalle, beispielsweise des Kupfers zurückzudrängen. Da Nickel und Zinn für besondere Verwendungszwecke nur schwer zu ersetzen sind, hatte man auch hier die Einfuhr zollfrei gelassen.

Wie schon eingangs erwähnt, hat eine ganze Reihe von Ländern auf die Einfuhr von Metallen auch vor dem Krieg schon keinen Zoll erhoben. Hier sind zu nennen: Belgien, Dänemark, Finnland, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Niederländisch-Indien. Diese Länder mit Ausnahme Belgiens und der Niederlande, die auf Grund ihrer kolonialen Besitzungen eine bedeutende Rolle in der Weltrohstoffwirtschaft spielen, und deren Erzeugung an Zinn den Bedarf ihrer Wirtschaft beträchtlich übersteigt, sind sonst als Metallerzeuger unbedeutend und an einer freien Metalleinfuhr interessiert. In einer Reihe weiterer Länder werden nur einzelne Metalle, zum Teil sogar mit recht hohen Zöllen belegt, wobei die besonderen Wirtschaftsverhältnisse dieser Länder maßgebend sind.

Es zeigt sich also, daß die Vereinigten Staaten beispielsweise, deren Metallerzeugung wesentlich größer ist, als es dem Bedarf entspricht, grundsätzlich mit Hilfe hoher Einfuhrzölle das Einströmen fremden Metalls zu verhindern suchen. Wenigstens war dies vor dem Krieg der Fall. Der Krieg hat, wie übrigens auch der erste Weltkrieg die Leistungsfähigkeit der amerikanischen metallerzeugenden Industrie weiter ausgedehnt, und es ist wahrscheinlich nur dem hohen Nachkriegspreisen für Metalle und den besonderen, durch die Metallkäufe der amerikanischen Regierung hervorgerufenen Verhältnissen zu danken, daß die Zollfrage in den USA nicht schon längst in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Der Vorkriegszoll in den USA richtete sich also gewissermaßen „gegen" das (fremde) Metall. Andererseits ist Frankreich schon seit langem bemüht, seine Blei- und Zinkerzeugung unter dem Schutz der Zölle auszudehnen, was im übrigen auch für England und Italien zutrifft, so daß hier der Zoll im übertragenen Sinne „für" das (eigene) Metall eingeführt wurde. Eine Übersicht über die Zollverhältnisse in der Metallwirtschaft vor dem Krieg gibt die nachstehende Zusammenstellung:

Einfuhrzölle auf Rohmetall
(Umgerechnet in RM je metr. ℔)

	Aluminium	Blei	Zink	Kupfer	Nickel	Zinn
Europa						
Belgien[1])	—	—	—	—	—	—
Bulgarien	421,75	98,80	88,96	339,45	421,75	570,45
Dänemark	—	—	—	—	—	—
Deutschland	300,00	—	—	—	—	—
Deutschland	1 500 000	—	200,00	800,00	—	—
Ost. Zollgebiet	500,00	72,00	—	—	—	—
Estland	6,00	6,00	15,65	6,00	6,00	6,00
Finnland	—	—	—	—	—	—
Frankreich	983,68	33,30	47,30	—	—	—
Frankreich	545,69	8,50	11,85	—	—	—
Griechenland	64,30	35,55	28,20	93,55	320,70	189,40
Griechenland	90,05	14,15	18,85	4,70	235,50	117,75
Großbritannien	—	4,55	7,60	—	—	—
Italien	349,80	59,95	73,40	19,30	—	—
Jugoslawien	—	66,70	88,90	—	—	—
Jugoslawien	—	81,85	74,10	—	—	—
Lettland	48,80	9,75	29,30	48,80	48,80	146,40
Lettland	24,40	9,75	14,65	24,40	24,40	73,20
Litauen	84,00	—	—	84,00	84,00	—
Niederlande	—	—	—	—	—	—
Norwegen	—	—	—	—	—	—
Polen	—	117,60	188,20	—	—	—
Portugal	219,10	109,25	54,60	81,95	409,30	819,05
Portugal	54,60	32,75	13,65	27,30	136,00	191,25
Rumänien	18,45	3,65	4,38	21,00	29,05	30,95
Schweden	—	—	—	—	—	—
Schweiz	271,00	1,70	1,70	1,70	3,65	3,85
Tschechoslowakei	—	12,40	12,40	—	—	—
Ungarn	383,60	—	—	—	—	—
UdSSR	—	—	—	—	—	—
Asien						
Britisch-Indien	—	72,45	—	190,18	—	383,00
China	—	—	—	—	—	39,30
Japan	211,50	4,00	35,80	83,68	—	44,60
Niederländisch-Indien	—	—	—	—	—	—
Türkei	407,30	140,50	79,20	221,73	554,40	198,00
Afrika						
Ägypten	89,45	10,10	6,58	17,68	30,65	291,75
Belgisch-Kongo[2])	—	—	—	—	—	—
Südafr. Union	—	27,35	—	—	—	—
Amerika						
Brasilien	280,30	40,00	46,70	49,65	789,00	113,40
Brasilien	237,75	33,00	37,95	39,40	630,50	89,05
Chile	27,30	27,30	27,30	3,90	39,25	3,90
Kanada	—	54,30	54,30	81,30	—	—
Kanada[3])	—	40,65	40,65	54,20	—	—
Mexiko	79,55	47,70	15,90	47,70	344,50	212,00
Venezuela	171,80	136,00	212,00	78,00	156,00	171,60
Vereinigte Staaten	219,30	116,30	95,25	219,30	184,30	—

[1]) Erhob 23⅓% v. W. Einfuhrumsatzsteuer. [2]) Wertzoll: Aluminium, Kupfer, Nickel und Zinn 30⅓% v. W.; Blei und Zink 60⅓% v. W. [3]) für alle Metalle 8⅓% v. W. +10⅓% v. Zoll Zuschlag. [4]) britischer Vorzugstarif.

Die Aufstellung bezieht sich auf den Stand vom Ende Juni 1939. Die Umrechnung in RM je m/t gibt eine Vergleichsmöglichkeit der verschieden hohen Zollbelastung für die einzelnen Metalle in den verschiedenen Ländern. Soweit Länder doppelt aufgeführt sind, bezieht sich der niedrigere Zollsatz auf den Minimaltarif. Neben diesen Zollsätzen wurden verschiedentlich noch prozentuale Zuschläge in der Form von statistischen Gebühren, Einfuhrabgaben, Warenumsatzsteuern, Sonderzuschlägen, Lizenzabgaben usw. erhoben, deren Aufführung im Rahmen dieses Aufsatzes zu weit führen würde. Das gilt auch für die verschiedene Anwendung des höheren oder niedrigeren Zollsatzes.

Petroleum-Notizen

Das in Kuwait gelegene Burghan-Feld ist jetzt als das größte produzierende Ölfeld der Welt anzusprechen, nachdem mit der gegenwärtigen Produktionsrate von 13,8 Millionen t jährlich die 13,6 Millionen t betragende Produktionsrate des Ost-Texasfeldes bereits überflügelt worden ist. Die Produktionsreserven des Burghan-Feldes wurden Anfang 1950 auf 1370 Mill. t geschätzt gegenüber 330 Mill. t im Ost-Texasfeld.

Nach den neuesten Angaben des Lloyds Register of Shipping ist der Anteil der auf Ölfeuerung eingerichteten Seeschiffe (einschl. 33,33⅓% Motorschiffe) weiter angestiegen und belief sich 1949 auf 78,18⅓% der 63 571 000 groß-to. betragenden Welthandelstonnage gegenüber 38,09⅓% vor dem zweiten und 3,10 Prozent vor dem ersten Weltkrieg.

*

Dem amerikanischen Senat liegt jetzt ein Gesetzentwurf vor, wonach die Einfuhr von Mineralölen und Mineralgeduckten pro Quartal auf 9⅓ des jeweiligen inländischen Gesamtverbrauchs im gleichen Quartal des Vorjahres beschränkt bleiben soll. Diese Einschränkung soll jedoch in Perioden, wo die amerikanische Eigenproduktion nicht ausreicht den Bedarf zu decken, keine Anwendung finden.

*

Nach dem Memorandum der ECA für den amerikanischen Kongreß werden sich die Ausgaben der ERP-Länder für Dollarölimporte im Fiskaljahr 1951 auf 375 Mill. Dollar stellen gegenüber 440 Mill. Dollar im Fiskaljahr 1950. Die Ausgaben für den Import der Nichtdollarölе werden sich mit 633 Millionen Dollar etwa auf der bisherigen Höhe halten trotz einer mengenmäßigen Steigerung um 13%.

*

Die Shell Co. of Australia plant den Bau einer neuen Raffinerie in Geelong in der Nähe von Melbourne. Die Regierung versucht, auch andere Gesellschaften für die Errichtung von Raffinerien in Australien zu interessieren.

Die erste von der australischen Shell in Queensland vorgesehenen Explorationsbohrungen ist jetzt bei Rolleston angesetzt worden und soll bis zu einer Tiefe von 10 000 Fuß niedergebracht werden. Falls Öl in kommerziellen Mengen angetroffen werden sollte, ist der Bau einer mehrere hundert Meilen langen Pipe Line zur Küste geplant, von wo die Weiterverschiffung zur Shell-Raffinerie in Sydney erfolgen würde. Erforderlichenfalls ist der Bau einer neuen Raffinerie vorgesehen.

*

Der kürzlich von der Reederei Thomas Ente in Rendsburg angekaufte norwegische Tanker „Mostun" (13 500 Tonnen), der jetzt als „Elisabeth Ente" unter deutscher Flagge fährt, ist von der Shell für den Öltransport gechartert worden. Die „Elisabeth Ente", das zur Zeit größte deutsche Handelsschiff, ist auf Grund dieses Vertrages der erste deutsche Tanker, der nach dem Kriege im Verband der Shell-Tankerflotte operieren wird.

*

Der im Bau befindliche Kühlwasserturm für die neue Shell-Raffinerie in Stanlow wird das größte Bauwerk dieser Art in der Welt sein. Der Turm wird eine Höhe von 341 Fuß und mithin fast die Höhe der Londoner St. Paul's Kathedrale haben. Die Anlage wird der Raffinerie stündlich etwa 22 Mill. Liter Kühlwasser zur Verfügung stellen.

*

Die schon seit längerer Zeit in Südfrankreich im Pyrenäen-Vorland — dessen geologische Struktur große Ähnlichkeit mit dem Ölgebiet des Kaukasus zeigt — durchgeführten Explorations-Bohrungen haben jetzt in der Gegend von Pau zu einem beachtlichen Erfolg geführt. Die betreffende Bohrung soll gegenwärtig unter starkem Gasdruck etwa 200 t Rohöl aus einer Tiefe von nur 850 m produzieren. Zeitungsnachrichten zufolge wird dieser Entdeckung große Bedeutung beigemessen und man spricht bereits von einem „Klein-Texas" im Pyrenäen-Vorland. Falls die Ergiebigkeit des neuen Ölfeldes durch weitere Bohrungen bestätigt wird, soll es mit der Shell-Raffinerie in Feuillac bei Bordeaux durch eine Pipeline verbunden werden.

*

Gegenwärtig sind in den USA 346 Raffinerien in Betrieb mit einer Rohöldurchsatzkapazität von 8 340 365 b/d (ca. 333 Mill. Jato). Die Krackkapazität hat sich 1949 von 3 755 200 b/d auf 3 976 300 b/d erhöht. Seit 1935, wo noch 480 Anlagen mit einer Rohölkapazität von 3,8 Mill. b/d und einer Krackkapazität von 2,1 Mill. b/d in Betrieb waren, ist die Zahl der im Einsatz befindlichen Raffinerien ständig zurückgegangen, während sich ihre Gesamtkapazität fast verdoppelt hat. Die Zahl der gegenwärtig stillgelegten Raffinerien beläuft sich auf 49 Anlagen mit einer Rohölkapazität von zusammen etwa 300 000 b/d.

*

Nachrichten aus Washington sprechen von der Aussicht auf ein günstiges Ergebnis der noch laufenden Besprechungen in der Dollar/Sterling-Öl-Frage. Nach einer Erklärung von Mr. Eaken vom State Dept. würden die amerikanischen Gesellschaften nach den letzten britischen Vorschlägen 71⅓ ihres früheren Absatzes im Sterling-Gebiet behalten und hierfür in Dollar bezahlt werden. Auf den Gesamtabsatz der amerikanischen Gesellschaften außerhalb der USA bezogen, würde die Einbuße nur 5⅓ betragen. Die USA hätten sich im Prinzip mit einer derartigen Regelung einverstanden erklärt.

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die

WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

KARLSRUHE IN BADEN

Veilchenstraße 35

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres ____ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____

Beruf/Branche _____

Ort und Straße _____

_____

Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

Metall-Streiflichter

Griechische Stahlindustrie?

Griechenland hat vor dem Krieg seinen Bedarf an Eisen- und Stahlerzeugnissen durch Einfuhr decken müssen. Auf der anderen Seite wurde die griechische Eisenerz- und Manganerzförderung vollständig ausgeführt. Wie jetzt aus London verlautet, ist eine englische Firma, wahrscheinlich handelt es sich um Brassert, mit dem Studium der Möglichkeiten beauftragt worden, die für die Errichtung einer Eisen- und Stahlindustrie bestehen. Es sollen Erhebungen über die Produktionskosten, den Standort der Industrie und die notwendigen Kosten für die Durchführung des Projektes gemacht werden, wobei die Verwendung von Ausrüstungen aus deutschen Reparationslieferungen berücksichtigt werden soll. Nach einem vorläufigen Bericht der englischen Firma würde sich das Gebiet von Euboea als Standort einer Eisen- und Stahlindustrie eignen. Da für die Finanzierung des Projektes ECA-Mittel in Anspruch genommen werden müssen, ist die Zustimmung der ECA-Verwaltung notwendig.

Griechische Aluminiumprojekte

Wie aus London berichtet wird, untersucht eine Schweizer Firma gegenwärtig die Möglichkeiten für die Errichtung einer Aluminiumindustrie in Griechenland. Damit leben Pläne auf, die bereits im Jahre 1939 von den Amerikanern ins Auge gefaßt wurden. Zwei amerikanische Gesellschaften hatten damals in Athen die Hellenic Hydro Elektric Metallurgical Corporation errichtet, mit dem Ziel, die griechischen Bauxitvorkommen abzubauen und unter Ausnützung der Wasserkräfte des Landes die Aluminiumerzeugung zu betreiben. Die Erzeugung war mit jährlich 3000 t geplant, und sollte später erhöht werden. Der Krieg hat dann dieses Projekt nicht zur Durchführung kommen lassen.

Jugoslawien Majoritätsbesitzer der Minen von Bor

Ein Dekret der jugoslawischen Regierung vom 8. April bestätigt, wie jetzt bekannt wird, juristisch den Beschluß der jugoslawischen Regierung vom Januar 1948, wonach der jugoslawische Staat die Majorität der Anteile der französischen Mines de Bor übernommen hat. Bekanntlich hatte während des Krieges eine deutsche Gruppe von den 800 000 Anteilen der französischen Kupfergesellschaft 500 000 erworben. Die jugoslawische Rohkupfererzeugung, die 1940 47 348 st/t betrug, war bis 1944 auf 28 000 st/t gesunken, hat sich aber seitdem wieder erholt. Sie soll bis 1951 auf 40 000 t gebracht werden, von denen 36 000 t im Lande selbst auf Raffinadekupfer verarbeitet werden sollen.

Westdeutscher Aluminiumverbrauch

Der westdeutsche Aluminiumverbrauch wird für 1949 mit 60 000 t angegeben. Hiervon stammten 46 000 t aus der Rückgewinnung von Altaluminium und nur 13 000 t aus der Erzeugung von Rohaluminium erster Schmelzung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Hausse auf der ganzen Linie

Die Aufwärtsentwicklung an den internationalen Rohstoffmärkten nahm in der Woche zum 11. Mai zeitweilig die Charakteristiken einer Hausse an.

Getreide

Getreide: An der Chicagoer Getreidebörse stiegen die Notierungen für Weizen, Mai-Termin, von 236 am 4. Mai auf 239½ cts je Bushel am 11. Mai, die für Mais von 145½ auf 146½ und die für Hafer von 83½ auf 86½ cts je Bushel. Die Haltung der Börse war überwiegend fest. Das Ausbandgeschäft war mit Ausnahme von Mais verhältnismäßig ruhig, so daß nicht etwa dies als Grund für die gute Stimmung der Börse angesehen werden kann. Sie entnahm ihre Anregungen vorwiegend den Berichten über den außerordentlich schlechten Saatzustand. Nachdem man bis vor kurzem auf mehr oder weniger zuverlässige Schätzungen angewiesen war, bestätigt der dritte amtliche Ernstebericht der Vereinigten Staaten die in bezug auf den den Ausgang der Ernte gehegten Befürchtungen im vollen Umfange. Gegenüber einer Schätzung von 783,7 Mill. Bushel Winterweizen nach dem Stande vom 1. April wird der Ertrag nach dem Stande vom 1. Mai nur noch auf 699 Mill. Bushel veranschlagt. Es fehlt nicht an Stimmen, die selbst diese Erwartung als zu hoch ansehen. Die gesamte Weizenernte der USA wird also in diesem Jahr, selbst wenn der Ertrag bei Sommerweizen normal sein sollte, was unter den derzeitigen Umständen keineswegs sicher ist, zum ersten Male seit 7 Jahren 1 Mrd. Bushel nicht erreichen. In den Trockengebieten hat sich der Saatzustand weiter verschlechtert. Niederschläge sind ausgeblieben, und das starke windige Wetter hat zu Verwüstungen geführt. In Texas wurden Weizenfelder umgepflügt, weil es wegen der Trockenschäden und des Schädlingsbefalles keinen Sinn mehr hatte, sie stehen zu lassen. Die Aussaat von Sommerweizen mußte in vielen Gebieten wegen des nassen und kalten Wetters eingestellt werden.

Auch in Kanada stehen die Dinge nicht zum Besten. Nach der Erntevorschau des kanadischen statistischen Büros ist für 1950 mit 21,2 Mill. acres ein Weizenanbau in etwa der gleichen Ausdehnung wie im Vorjahre geplant. In den wichtigsten Anbaugebieten, den drei Prairie-Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta, ist die Aussaat von Sommerweizen in diesem Jahre, im Vergleich zum Vorjahre jedoch weit zurückgeblieben. Von der geplanten Anbaufläche waren nach dem Berichte des kanadischen statistischen Büros in Manitoba erst 4½ (Vorjahr 39%), in Saskatchewan nichts (39%) und in Alberta erst 13½ (44%) ausgesät. Allerdings hofft man in Kanada, die durch die ungünstige Witterungs verlorengegangene Zeit noch einbringen zu können.

Über die sowjetischen Preisideen für Weizen vermitteln die Verhandlungen zwischen der UdSSR und Italien einen gewissen Einblick. Es heißt, daß die Italiener aus der UdSSR 300 000 t Weizen beziehen wollen, wofür die UdSSR einen Preis von 69 Dollar je t fordere. Da diese Transaktion jedoch im Kompensationsverfahren durchgeführt werden wird (Schiffe gegen Weizen), ist der genannte Preis kein eigentlicher Marktpreis.

In Argentinien war das Wetter in der vergangenen Woche unseligemäß kalt und feucht. Darunter hatte insbesondere die Einbringung der Maisernte zu leiden. Die Aussaat in den Nordteilen von Cordoba und Santa Fé wurde begonnen. Im südlichen Cordoba, im westlichen Buenos Aires und in den Pampas dauert die Trokkenheit noch an. Nach amtlichen Statistiken hat Argentinien in der Zeit vom 1. Januar bis zum 11. Mai 1950 insgesamt 1213 Mill. t Weizen und 530 000 t Mais ausgeführt, gegenüber 811 000 t und 497 000 t in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. — In der Berichtszeit wurden in argentinischen Häfen mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent 44 000 t Weizen, 34 000 t Mais, 7000 t Hafer, 2000 t Gerste, 16 000 t Roggen und 8500 t Leinsaat ausgeführt. In Weizenmehl fanden keine Verschiffungen statt.

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 34,3 kg.

	20. 4. 50	6. 5. 50	13. 5. 50
Mai	232	234½	234½
Juli	217½	222½	224½
Sept.	217½	222½	224½

Maispreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg.

	20. 4. 50	6. 5. 50	13. 5. 50
Mai	140½	140½	140½
Juli	142½	145½	146½
Sept.	139½	141½	140½

Haferpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 11,7 kg.

	20. 4. 50	6. 5. 50	13. 5. 50
Mai	82½	86½	87½
Juli	78½	81½	82½
Sept.	76½	79½	79½

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg.

	20. 4. 50	6. 5. 50	13. 5. 50
Mai	134½	137½	131½
Juli	136½	138½	132½
Okt.	140½	140	133½

Gerstepreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	20. 4. 50	6. 5. 50	13. 5. 50
Mai	147½	148½	149
Juli	139½	139½	139½
Okt.	132	131½	131½

Öle und Fette

Die Notierungen für eßbare Öle und Fette setzten in der Woche zum 11. Mai ihre Aufwärtsbewegung fort. Sie erreichten neue Höchststände. Ursächlich für diese Entwicklung ist die Abnahme des Angebotes, das geringer zu sein scheint, als somit zu dieser Jahreszeit üblich ist. Auch die Ausfuhr wirkte in der gleichen Richtung. Die ECA hat für Westdeutschland 500 000 Dollar zum Einkauf von Sojabohnenöl und für Belgien 700 000 Dollar für Erdnußöl zur Verfügung gestellt. Schlüssig für die feste Haltung des nordamerikanischen Marktes für Ölsaaten und Fette ist, daß die Commodity Credit Corporation ihr Angebot von 22 Mill. lbs Baumwollsaatöl, roh, an Inlandsverbraucher zu 13½ cts je lb zurückgezogen hat, und daß sie jetzt diesen Öl zum höchstmöglichen Preise zwischen 13½ und 14½ cts je lb abgibt. Der Markt für nichtfettbare Öle und Fette war stetig. Eine Bestätigung der kürzlich geäußerten Ansicht, daß das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium seine Käufe für die ERP-Länder in Zukunft infolge der hohen Preise für pflanzliche Öle auf tierische Fette umstellen werde, kann darin gesehen werden, daß das Ministerium zur Lieferung nach Westdeutschland eine größere Menge — man spricht von 15 bis 16 Mill. lbs — von raffiniertem und nichtraffiniertem Schweinetalg kaufen will. Gebote auf diese Ausschreibung sollen bis zum 15. Mai eingereicht werden; die Lieferung erfolgt über die ECA, obwohl diese noch keine Zuteilung für diesen Einkauf bekanntgegeben hat.

Kaffee

Santos „D"-Kontrakt, Mai-Termin, notierte am 11. Mai in New York 43,63, gegenüber 41,90 cts je lb am 4. Mai. Santos „S"-Kontrakt 45,51 gegenüber 43,90. Brasilianische Stützungskäufe sorgen dafür, daß die Notierungen an der New Yorker Kaffeebörse die Berichtszeit auf höherem Stande als die Vorwoche beschlossen.

In dieser Entwicklung kommt eindeutig nicht die tatsächliche Marktlage zum Ausdruck. Der Absatz von Kaffee ist außerordentlich gering, und eine Besserung ist bei den derzeitigen Preisen nicht zu erwarten. Die Vorräte der nordamerikanischen Kaffeerösterei waren am 1. April 1950 mit 4,1 Mill. Sack um 17% höher als zu Anfang dieses Jahres. Der Kaffeeverbrauch ist nach zuverlässigen Schätzungen um mindestens 20% entsprechend einer Jahresmenge von 4 Mill. Sack zurückgegangen. Brasilien hat im Durchschnitt der ersten vier Monate des Jahres 1950 nur 835 000 Sack ausgeführt, gegenüber 1,6 Mill. Sack in der Vergleichszeit des Vorjahres. Damit ist eine grundlegende Entlastung in der statistischen Position von Kaffee eingetreten und mit einem Rückgang der Kaffeepreise ist normalerweise zu rechnen. Selbst nach Meinung bedeutender Kaffeeimporteure des New Yorker Platzes stehen die Produktionsländer vor der Wahl, zu entscheiden, ob sie hohe Preise und geringen Verbrauch oder niedrige Preise und hohen Verbrauch vorziehen. Es ist anzunehmen, daß Brasilien alles tun wird, um die Preise hochzuhalten, zumal da die Kaffeepflanzer an die brasilianische Regierung mit dieser Forderung bereits herangetreten sind. Es dürfte jedoch mit Fug und Recht bezweifelt werden, daß die brasilianischen Stützungskäufe auf die Dauer auf die Preisgestaltung eine nachhaltige Wirkung ausüben.

Kakao

Bahia-Kakao, loko, stieg in New York von 24,67 am 4. Mai auf 25,37 am 11. Mai, Accra, loko, von 28,10 auf 28,72 cts je lb. Kakao liegt knapp zu werden. Die New Yorker Kakaobörse verzeichnete demgegenüber in der Berichtszeit neue Höchststände. Der Absatz von Kakao ist sehr gut. Die beiden Produktionsländer, Britisch-Westafrika und Brasilien, haben ihre Preise für Kakao zur Verschiffung im Laufe der Berichtszeit nochmals heraufgesetzt. Accra-Kakao notierte zu Ende der vorigen Woche 23 cts, zu Ende dieser Woche hieß es an der Börse, daß das britische Kakao-Amt Gebote unter 27½ cts je lb cif New York kaum annehmen würde.

Tee

Die Versteigerungen für Tee in Kalkutta, Jakarta und Colombo verkehrten, mit Ausnahme von Kalkutta, in nachgebender Haltung. In Kalkutta wurden für gute Qualitäten bessere Preise als in der Vorwoche erzielt.

Zucker

Die Notierung für Rucker, Weltkontrakt Nr. 4, Juli-Termin, ging von 4,30 am 4. Mai auf 4,16 bis 4,17 cts je lb am 11. Mai zurück. Die kubanische Zuckerernte wird wahrscheinlich in diesem Jahre, entgegen den niedriger lautenden früheren Schätzungen, das gleiche gute Ergebnis wie im Vorjahre (3,46 Mill. tons) erreichen, vielleicht sogar noch etwas darüber hinausgehen. Im übrigen ist das Geschäft am Zuckermarkt zur Zeit aus jahreszeitlichen Gründen ziemlich still. Dem Vernehmen nach hat Westdeutschland in der vergangenen Woche 30 000 tons Kuba-Rohzucker zu etwa unter 4,38 cts je lb kubanischen Hafen gekauft.

Pfeffer

Die Entwicklung an den Pfeffermärkten in New York und London war uneinheitlich. Schwarzer Pfeffer, loko, ging in New York von 143 auf 141 cts je lb am 11. 5. zurück, weißer Pfeffer, loko, stieg von 225 auf 240 cts je lb an. In London wurde schwarzer Lampong, Mai-Juni-Verschiffung, am 11. Mai mit 121½ d je lb cif europäischen Durchgangshäfen gehandelt, gegenüber 124 d am 4. 5.; weißer Muntok mit 188½ d gegenüber 189 d.

Wolle

Die Wollmärkte befinden sich in einer ausgesprochenen Hause. Die starke Nachfrage der Käufer erklärt sich durch die sehr einfache Tatsache, daß etwa 90% der Schur dieses Jahres verkauft ist; man weiß daher nicht, wie man den Bedarf während der nächsten Monate, bis zu den ersten Verkäufen von Wolle neuer Schur, decken soll. Angesichts dieser Zwangslage spielt der Preis kaum eine Rolle. Die Ware ist wichtiger als die Notierung. Die Bestände der Spinnereien und des Handels sind offenbar überall in der Welt auf einem Tiefstand angelangt.

Auch der zweite Tag der Londoner Wollversteigerungen dieser Woche, der heutige Freitag, war sehr fest, die Preise gegen zum Teil erneut an. Es ist in der Tat nicht abzusehen, wann diese Entwicklung ein Ende finden wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Angebot aus Beständen der Joint Organisation in der kommenden Wollsaison wahrscheinlich um 100 000 Ballen niedriger als in der laufenden Saison sein wird. Daß natürlich das System der Zurückhaltung bei den Wollsaktionen auch nicht das richtige ist — ihm hat insbesondere der französische Wollhandel, wie anläßlich der Bekanntgabe der Außenhandelsziffern Frankreichs für April dieses Jahres deutlich wird, gehuldigt —, dürfte ohne weiteres einleuchten. Denn, da eine andere Versorgungsmöglichkeit nur Zeit nicht besteht, und auch bei der ohnehin auf Höchstfouren laufenden Zellwollproduktion ein Ausweichen auf Zellwolle wenig aussichtsvoll erscheint, muß der auf diese Weise aufgestaute Bedarf früher oder später zu Zwangseindeckungen mit den entsprechenden Preissteigerungen im Gefolge führen.

Die Entwicklung am Wollmarkt in Buenos Aires verlief ähnlich der an den übrigen Wollmärkten. Der Ausfuhrhandel stritt sich um die wenigen noch zur Verfügung stehenden Lose größerer und guter Qualitäten, die aus den Vereinigten Staaten stark gefragt waren. Belgien und Frankreich kauften feinere Qualitäten. Der Markt in Montevideo war außerordentlich lebhaft. Auch hier rechnet man mit einem weiteren Anziehen der Preise. In der Woche zum 6. Mai beliefen sich die uruguayischen Ausfuhrverkäufe auf 1811 t.

Baumwolle

Baumwolle bestätigte die Woche zum 11. Mai in New York mit 32,30 für Mai-Kontrakt, 32,74 für Juli-Kontrakt und 33,60 für Oktober 1950, gegenüber 32,42, 32,07 und 33,40 am 4. Mai. Die Tendenz der New Yorker Baumwollbörse war zeitweilig uneinheitlich. Realisationen und Gewinnmitnahmen wechselten mit Wiedereindeckungen und Deckungen ab. Die Haussespekulation entnahm aus der Genehmigung des US-Senates für den Haushaltsplan der ECA im kommenden Fiskaljahr, daß sich die Ausfuhr von Baumwolle auch in der nächsten Saison auf hohem Stande halten werde, während andererseits die ungünstigen Ernteberichte aus dem Südwesten des Baumwollgürtels, abgesehen von der ohnehin gefährdeten Anbaufläche, mit einem stark verringerten Ertrag rechnen lassen. Allerdings haben sich zum Schluß der Woche die Ernteaussichten nach Niederschlägen in Oklahoma und in Teilen von Texas etwas gebessert. Trotz der anhaltenden Geschäftsstille am Markte für Baumwollerzeugnisse hat die Geschäftstätigkeit an den Lokalmärkten für Baumwolle in den Südstaaten der USA infolge des guten Ausfuhrabschlusses zugenommen. Man spricht davon, daß ein Tauschgeschäft mit Japan von 40 000 Ballen Rohbaumwolle der Commodity Credit Corporation gegen Sojabohnen aus der Mandschurei kurz vor seinem Abschluß stehe. Hinsichtlich der beabsichtigten Verlängerung der Rückzahlungsfrist der Kredite gegen Baumwolle, die bekanntlich am 31. Juli dieses Jahres verfallen, wird bekannt, daß man im nordamerikanischen Landwirtschaftsministerium keine Neigung zeige, den Wünschen des Handels und der Commodity Credit Corporation nach einer Verlängerung der Rückzahlungsfrist zu entsprechen. Auch dieses vorläufig noch unbestätigte Gerücht diente der Börse als Anregung. Nach den bisher vorliegenden Schätzungen wird die Anbaufläche im kommenden Erntejahr nicht einmal die gesetzlich erlaubten 22,38 Mill. acres in Anspruch nehmen. Die Anbaufläche wird zwischen 21,4 Mill. und 22,7 Mill. acres geschätzt, gegenüber 27,7 Mill. im Vorjahr. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß allein die Bestände der Commodity Credit Corporation zu Ende des laufenden Wirtschaftsjahres immerhin die ansehnliche Höhe von 5 Mill. Ballen betragen werden.

Die Notierungen an der Alexandriner Baumwollbörse erzielterten, das gilt insbesondere für Ashmouni, neue, fest verwahrscheinlich anhaltende Höchststände. Die am letzten Tage der Berichtszeit durchgeführte Maßnahme des ägyptischen Finanzministeriums, die Schwankungen an der Baumwollbörse im Laufe eines Tages auf höchstens 2½ nach oben oder unten zu begrenzen, kommt daher, wie der Alexandriner Baumwollhandel selbst zugibt, etwas post festum. Man hätte die Höchst- und Niedrigstpreise wieder einführen sollen — sie wurden nach der Abwertung des ägyptischen Pfundes außer Kraft gesetzt —, als der Preis für Ashmouni bei 100 Talleris je Kantar stand. Jetzt würde nur die Haussespekulation aus dieser Maßnahme Nutzen ziehen. Neben Indien stellte sich auch Großbritannien als Käufer am Alexandriner Kassamarkt für langfaserige Varietäten ein.

In Bombay war das Geschäft am Lokomarkt begrenzt. Lediglich 7000 Ballen wurden gehandelt. An den Inlandsmärkten war die Nachfrage für Broach durch die Spinnereien in Bombay und für Baumwolle aus den westlichen Anbaugebieten durch die im Süden des Landes gelegenen Spinnereien recht lebhaft. Es verlautet, daß die Ernte in Broach und Vijay nahezu untergebracht ist. In Südindien zeigte sich in dieser Woche eine sehr starke Zurückhaltung der Farmer, die wenig geneigt sind, zu den von der Vereinigung der südindischen Baumwollspinnereien festgesetzten Preisen zu verkaufen. Die Anlieferungen von Cambodia- und Tinnevelly-Varietäten sind sehr stark zurückgefallen. In ägyptischen Varietäten fand kein Geschäft statt.

In Großbritannien wurden in der Woche zum 6. Mai 78 237 Ballen Rohbaumwolle gestandet, gegenüber 34 333 Ballen in der Woche zuvor und 72 466 Ballen in der entsprechenden Woche des Vorjahres. 43 445 Ballen kamen aus den USA, 7897 aus dem Sudan, 6980 aus Ägypten und 8884 aus Brasilien. Schwimmend und auf dem Wege nach Großbritannien befanden sich am 6. Mai 194 377 Ballen, hauptsächlich nordamerikanischer, pakistanischer, sudanesischer und afrikanischer Herkunft. In der Berichtszeit war das Kaufinteresse der Spinnereien für Rohbaumwolle in Liverpool recht lebhaft, es wurden wiederum größere Verkäufe für Terminlieferung abgeschlossen.

Baumwoll-Notierungen

New York	20. 4. 50	6. 5. 50	13. 5. 50
Dez.	33.53	33.36	33.38
Mai	32.79	32.68	32.44
Juni	32.60	32.67	32.51
Juli	32.60	32.78	32.50
August	32.54	32.34	32.12
Oktober	31.77	31.60	31.30
Dezember	31.62	31.33	31.08
März	31.60	31.41	31.09
Mai	31.84	31.39	31.07
Juli	31.40	31.08	30.81

Kautschuk

Nr. 1 RSS-Kontrakt, Mai-Termin, notierte am 11. Mai in New York 38 cts je lb, gegenüber 38 cts am 4. Mai. Die Entwicklung an den Kautschukmärkten hat besonders in den letzten Tagen geradezu beängstigende Formen angenommen. Der Singapurer Kautschukhandel hat in blanko verkauft, er ist heute gezwungen, sich zu irgendeinem Preise einzudecken. Das ist der Hintergrund, auf dem sich das Börsengeschehen abspielt. Die Lage ist so prekär, daß einige Maklerfirmen (in Singapur 8 und in London 3) zahlungsunfähig wurden. Auf der anderen Seite ist der Deckungsbegehr stärker denn je; neben der UdSSR ist jetzt auch Japan mit größeren Käufen aufgetreten. Hinsichtlich der indonesischen Ausfuhr sind alle Voraussagen, daß diese zunehmen werde, fehlgeschlagen. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Stimmen, die in den USA eine Erhöhung der Produktion von synthetischem Kautschuk fordern — wenn nur eben die Produktionskapazität für Styren nicht so knapp wäre —, nicht zum Schweigen kommen. Mit einer Erhöhung der Reifenpreise in den Vereinigten Staaten zwischen 10 und 12% ist wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zeit zu rechnen.

Auch am Londoner Kautschukmarkt wurden neue Rekordpreise erzielt. Insbesondere die Knappheit von Kautschuk naher Sicht beherrschte den Markt. Der Aufpreis für nahe Termine gegenüber den Notierungen für fernere Sichten zog weiter an, während die in das kommende Jahr fallenden Termine verhältnismäßig vernachlässigt waren. Gelegentliche Kaufaufträge für europäische Rechnung stärkten den Markt.

Gegen Wochenschluß wurde die Haltung infolge von Gewinnmitnahmen uneinheitlich, jedoch blieben die Preise für Kautschuk erster Hand hierdurch unberührt. Gegenüber der Vorwoche beendete London nahe Sichten um 2½ d je lb und fernere Sichten um 1½ d je lb höher.

Häute und Felle

Der Verkauf von 325 000 Stück Häuten aus Argentinien nach den Vereinigten Staaten hat den argentinischen Häutemarkt in eine außerordentlich günstige Position hineingebracht. Es ist unter diesen Umständen kaum damit zu rechnen, daß die Argentinier die ihnen zum verkäuflichen gelangen Bestände gegen Zahlung in Pfund Sterling oder in anderen weichen Währungen zu erträglichen Preisen abgeben werden. Die Vorräte Argentiniens waren während dieses ganzen Jahres niedrig; in Frigorificos dürfte das IAPI sogar etwas zum voraus gekauft haben. Die leicht rückläufige Tendenz ist den übrigen Häutemärkten wird unter diesen Umständen sehr bald ein Ende finden, und eine Festigung liegt im Bereiche der Möglichkeit. Auch die brasilianischen Bestände von Trockenhäuten zu annehmbaren Preisen sollten nicht sehr erheblich sein. Man ist daher allgemein der Ansicht, daß brasilianische Häute, etwa der Klasse Bahia, trocken, kaum noch zum Listenpreis von 22 d je lb zu haben sein werden. In Ostafrika wurde die Ausfuhrkontrolle für Häute aufgehoben; von Angeboten an das Ausland war jedoch noch nichts in Erfahrung zu bringen. Nigerisches Gefälle gab leicht nach. Kaphäute zogen dagegen an. Auch hier soll der Ausfuhrüberschuß angesichts des starken Inlandsbedarfs nicht sehr erheblich sein. Das Angebot in australischen und neuseeländischen Häuten ist noch immer klein. Alles in allem gesehen ist bei Häuten kaum mit einem Nachgeben der Preise zu rechnen. Im Gegenteil, mit Rücksicht auf das starke nordamerikanische Kaufinteresse sollten die Preise eher anziehen, als zurückgehen.

NE-Metalle in New York

Der New Yorker NE-Metallmarkt war auch in der Woche zum 11. Mai in starker Bewegung. Kupfer ist knapp, der Deckungsbegehr außerordentlich stark. Man erwartet schon seit Tagen eine Preiserhöhung, die jedoch bisher nicht erfolgt ist, weil offenbar die Hütten, im Gegensatz zu den Schmelzen — letztere sind auf die Verarbeitung von Kupferschrott angewiesen — mit dem Preise von 19,50 cts je lb zufrieden sind. Bei Zink dagegen führte das starke Kaufinteresse der Verbraucher verstärkt durch Regierungskäufe zur Auffüllung der strategischen Reserve zu einer zweimaligen Preiserhöhung um je ½ cts auf 12 cts je lb East St. Louis für Prime Western. Auch die Notierungen für Blei wurden zweimal gebessert, und zwar um je ½ cts. Blei beendete die Woche ebenfalls zu 12 cts. Zinn, das sich in den ersten Tagen um 77 cts bewegte, wurde gegen Ende der Berichtswoche ebenfalls fester und schloß am 11. Mai mit 77½ cts je lb. Auch in Zinn ist die Nachfrage lebhafter geworden, prompte Ware war knapp.

Metalle

In der Berichtswoche sind die Metallmärkte ruhiger geworden. Trotzdem ist der Blei- und Zinkpreis in den Vereinigten Staaten weiter heraufgesetzt worden. Die Festigkeit am amerikanischen Markt ist in der letzten Zeit auf eine gewisse Zurückhaltung der Erzeuger im Angebot zurückzuführen, obwohl zweifellos die anhaltende Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Wir haben an dieser Stelle immer wieder darauf hingewiesen, daß sich der englische Markt und auch die kontinental-europäischen Märkte durchaus nicht von der Hausestimmung in den Vereinigten Staaten anstecken lassen, sondern daß die Verbraucher hier Ruhe bewahrt haben, in der Gewißheit, daß ihr Bedarf ohne Schwierigkeiten gedeckt werden kann. Auf der anderen Seite haben natürlich die Erzeuger außerhalb der USA die Konjunktur wahrgenommen, und sind mit den Preisen ebenso wie das englische Versorgungsministerium mitgegangen. Alles scheint für die nächsten Wochen davon abzuhängen, ob sich der amerikanische Verbrauch auf der gegenwärtigen Höhe behauptet, was nicht mit Sicherheit anzunehmen ist. Dafür hat die lebhafte Kauftätigkeit schon zu lange gedauert.

Kupfer: Die Betätigung am Kupfermarkt hat in der Berichtswoche keine weiteren Fortschritte gemacht. Von englischer Seite wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Preiserhöhung, die vom Versorgungsministerium nach der Erhöhung in den Vereinigten Staaten vorgenommen wurde, mit 9 £ je t nicht gerechtfertigt ist. Die englischen Verbraucher sehen die hohen Kupferpreise durchaus mit gemischten Gefühlen, denn die englische Fertigwarenindustrie ist auf den Export angewiesen, und die Verteuerung der Rohstoffe ist nicht dazu angetan, die Exporthasen zu erhöhen. Dabei weiß man, daß die Kupferindustrie des englischen Weltreiches wahrscheinlich billiger liefern könnte. Das Versorgungsministerium hält sich jedoch an die Preisentwicklung in den Vereinigten Staaten. Was man in England nicht abstoßen kann, geht gegenwärtig nach den USA, die ein aufnahmewilliger Markt sind. Von der Anaconda-Copper Co. wird jetzt die Rohkupfererzeugung der USA im vergangenen Jahr mit 772 068 sh/t niedriger angegeben als im Jahre 1948 mit 860 068 sh/t. Die Gesamtproduktion einschließlich einer Erzeugung von 136 052 sh/t als Altkupfer, betrug 908 408 sh/t. In dem Bericht der Gesellschaft wird erwähnt, daß sich die Vorräte bei den Verbrauchern und bei den Lohnhütten im Jahre 1949 erhöht haben. Die Raffinadekupferbestände bei den amerikanischen Kupfergesellschaften haben ebenfalls zugenommen. Sie stiegen von 96 000 sh/t zu Beginn des Jahres auf 217 187 sh/t Ende August 1949, gingen dann aber bis zum Ende des Jahres infolge der anhaltenden Nachfrage wieder auf 116 027 sh/t zurück.

Blei: Am Zinnmarkt hält das englische Versorgungsministerium immer noch an seinem Abgabepreis von 200 £ je t fest, es fehlt von dieser Seite das Angebot, und die Gewißheit, daß die amerikanische Regierung im Laufe dieses Jahres einen beachtlichen Teil der Zinnerzeugung der Welt „einsaugen" wird, gibt dem Markt eine Stütze. Die Tatsache, daß beträchtliche Zinnmengen seit der Beendigung des Krieges eingelagert wurden, ist überhaupt dafür verantwortlich zu machen, daß die Zinnpreise nicht allzu hoch einen wesentlich tieferen Stand einnehmen. Aber hier liegt auch die Gefahr für die Zinnerzeuger, denn alle Bestrebungen, daß man gemeinsam diese Bestände nur vorsichtig realisieren würde, haben natürlich nur platonischen Wert. Man muß immer im Auge behalten, daß der größte Zinnverbraucher die Vereinigten Staaten sind, und daß ihre Interessen in erster Linie Vorratsumschichtungen bleiben. Sicher scheint zu sein, daß auch die Sowjetunion durch verschiedene Käufe in der letzten Zeit gekauft, und damit dem Markt eine Hilfe gegeben hat. So wird u. a. berichtet, daß einige hundert Tonnen Zinn aus Westdeutschland in den letzten Monaten nach der russischen Zone durch den „Eisernen Vorhang" geschmuggelt wurden. Was hinter der ostzonalen Wirtschaft steckte kam, und was weiter nach Osten gewandert ist, ist nicht bekannt geworden. Die Zinnbergwerkserzeugung der Welt wird für Februar mit 12 600 lg/t Zinngehalt angegeben gegen 13 200 lg/t im Januar, die Hüttenzinnerzeugung mit 13 900 lg/t gegen 13 500 lg/t jedoch etwas niedriger. Sie lag aber offenbar immer noch über dem Verbrauch, der im Januar 13 800 lg/t betrug gegen 10 200 lg/t im Dezember des Vorjahres.

Zink: Auch hier ist es die lebhafte Nachfrage in den Vereinigten Staaten zusammen der Messingwerke, der Verzinkereien und der Bedarf für Zinkspritzgut, der den Marktpreis bestimmt. Die Heraufsetzung des Preises um 0,50 cts je lb in den Vereinigten Staaten führte zu einer Erhöhung der Notierung des englischen Versorgungsministeriums um 2 £ je lg/t. Von den englischen Verbrauchern wird die Erhöhung des Zinkpreises durch das Versorgungsministerium kritisiert. Man weist auch in diesem Fall, wie bei Kupfer, darauf hin, daß die englische Messingfabrikate eigentlich ihre Preise senken müßte, wenn sie gegen die Auslandskonkurrenz bestehen will. In Norwegen ist zwar der Zinkpreis von 50 £ je lg/t umgerechnet auf 70 £ heraufgesetzt worden, doch liegt der gegenwärtige englische Preis um nicht weniger als 27 £ 10 sh höher. Die norwegischen Verarbeiter haben damit einen beträchtlichen Preisvorteil vor ihren englischen Konkurrenten. Der westdeutsche Zinkpreis ist vorläufig unverändert gehalten worden, wie auch die anderen Metallpreise, obwohl er jetzt unter dem Bleipreis liegt.

Blei: Die englischen Verarbeiter haben in der letzten Zeit zunehmende Abnahmeschwierigkeiten, ob es sich nun um Bleiröhre, Farben oder Bleche usw. handelt. Von deutscher Seite werden diese Bleifabrikate verhältnismäßig billig angeboten. Einen Lichtblick will man darin sehen, daß das englische Bauprogramm lebhaft von der Regierung revidiert wurde und mindestens 300 000 Wohnungen im Jahr erstellt werden sollen. Das würde einen entsprechenden Bedarf an Bleifabrikaten nach sich ziehen. In den Vereinigten Staaten wird die Lage des Bleimarktes von den Erzeugern einigermaßen zuversichtlich beurteilt. Deutsche Bleiofferten lagen in Anbetracht der festen amerikanischen Preise letztlich ebenfalls höher. Die Bewegung des amerikanischen Preises ist bisher in London unbeachtet geblieben. Sie betrug 0,25 cts je lb.

Edelmetalle

Platin: Nach den letzten Berichten liegt der Platinmarkt in den Vereinigten Staaten ruhig. Die Nachfrage der Schmuckwarenindustrie ist gering. Man wartet ab, ob die gegenwärtigen Luxusverbote auf Platinschmuck beibehalten werden oder eine Verringerung erfahren. Die Sowjetunion hat kürzlich an eine amerikanische Exportfirma zur Abdeckung von Dollarverbindlichkeiten 800 Feinunzen Platin gesandt. Über andere sowjetische Platinexporte nach den Vereinigten Staaten wurde nichts bekannt. Die kanadische Platinerzeugung belief sich im vergangenen Jahr auf 161 317 Feinunzen gegen nur 131 404 Feinunzen im Jahre 1948. Aus Holländisch-Guayana wird von dem amerikanischen Viskonsul in Paramaribo über die Auffindung eines Platinvorkommens auf einer Konzession am Lawa-Fluß berichtet. Die offizielle Platinnotierung in den Vereinigten Staaten beläuft sich auf 60—69 Dollar je Feinunze, doch liegen die im Handel zu erzielenden Preise bei etwa 64½ Dollar. Die offizielle englische Notierung wird mit 34 £ je Feinunze angegeben, aber auch hier ist der Handel bereits auf einem niedrigeren Niveau abgegeben.

Metallpreise

	England in £ je kg/t	USA in cts je lb	Westdeutschland, in DM je 100 kg
Kupfer	163/ 6/6	19.50	156.50
Blei	86/10/0	11.25	118.75
Zink	97/10/0	11.50	108.00
Zinn	600/ 6/0	77.50	783.00
Aluminium	114/10/0	17.00	175.00

Auslandsbörsen

PARIS: freundlich

Die Pariser Effektenbörse verkehrte in der Woche zum 12. Mai in sehr freundlicher Haltung. Gleich zu Beginn der Woche erhielt sich eine lebhafte Anregung aus der Zusage des amerikanischen Außenministers, daß die Vereinigten Staaten den französischen Wünschen nach einer finanziellen Unterstützung Indochinas nachkommen würden. Naturgemäß konnten vor allen Dingen die nach Indochina orientierten Werte hiervon profitieren. In diese an sich schon freundliche Stimmung platzte am 10. Mai die Erklärung des französischen Außenministers über die Schaffung einer engen Zusammenarbeit zwischen dem französischen und dem deutschen Steinkohlenbergbau und zwischen den Stahlindustrien beider Länder. Diese Erklärung des Außenministers wurde durch die Pariser Effektenbörse außerordentlich gut aufgenommen. Die Börsenkreise sehen in der Verwirklichung dieses Vorschlages die Möglichkeit einer Produktionssteigerung der französischen Industrie. Neben französischen Montanwerten konnten vor allen Dingen die französischen Trancheu der deutschen Young- und Dawes-Anleihen profitieren, für die das Börsengeschehen alle Zeichen einer Hausse annahm. Auch in den restlichen Tagen der Woche blieb der Schumanrede Vorschlag das Börsengespräch. Gegen Wochenschluß wurde

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien

Webereien

Bleichereien

Färbereien

Druckerei

Industrieansetzung

Geeigneten Bewerber für insgesamt 2000 qm ausmachende 9 Hallen einer ehemaligen Rüstungsindustrie-Anlage bei Eickeloh Landkreis Fallingbostel in einem Gebiet verhältnismäßig niedriger Löhne sucht Kreisverwaltung Fallingbostel.

Gelände liegt verkehrsgünstig im Städtedreieck Bremen-Hamburg-Hannover an Hauptverkehrsstraße Walsrode-Hannover und Bahnlinie Walsrode-Hannover in unmittelbarer Nähe des Bundesbahnhofes Eickeloh und der Aller. Anschlußgleis bis Eingang Werksgelände vorhanden.

Anlage eignet sich insbesondere f. Unternehmen der Textil- od. Papierindustrie.

Tatkräftige Unterstützung und Förderung bei der Ansetzung durch Kreisverwaltung Fallingbostel zugesagt.

Interessenten wenden sich unmittelbar an die

Kreisverwaltung Fallingbostel in Fallingbostel

Wir suchen zur Unterstützung der Direktion

für unsere **Abteilung Stoffdruckerei**

einen jüngeren Mitarbeiter, der in der Behandlung aller einschlägigen Fragen, besonders aber Geschmacksfragen, erfahren und bewährt ist.

Eintritt baldmöglichst.

Offerten an:

Direktion

Süddeutscher Spinnweber-Verband G. m. b. H.
Stuttgart, zur Zeit Wendlingen (Neckar)

Deutsche Börsen

Frankfurt	27.4.50	28.4.50	5.5.50	12.5.50
AEG	36	37¾	37½	38
Brown, Boveri	91	92	93	94
Buderus	74½	73	73	73
Chem. Albert	40	40½	40	39
Degussa	63	63½	63½	63½
Deutsche Erdöl	—	88	85	86
El. Licht u. Kr.	—	—	39½	39
Frankf. Masch.	78	76	74	78
Heddernh. Zement	60	62	62½	66
Hoechster	73	74	73½	73½
Klöckner	63	64	—	63
Lahmeyer	80	81	80	80
Lanz	40	39	38	38
Linde's Eis	59	60	60	60
Mannesmann	87½	86	86½	86
Rheinstahl	27½	26	26	26½
Schöfferhoff	53	54	53	53
Siemens & Halske	46½	46½	46	46½
Voigt & Haeffner	116	116	116	116
Wayß & Freytag	108	108	108	108
Zellstoff Waldhof	28	28½	27	27
Commerz-Bank	35	34	33	36
Deutsche Bank	—	39½	38	38½
Dresdner Bank	38¾	38½	38	38½
4% Frankf. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7¾	7¾	7½	7¾
4% Degussa	8¾	8½	8¾	8¾
Hamburg				
Accumuli.	36	36	36	36
Bajaja	71	71½	69½	74
Brauer Welle	63	64½	64	64
Demag	78	78	78	78
Deschimag	41	39	40	40
Dynamit Nobel	85	85	85	85
Feldmühle	78	78	77½	80
HEW	59	57	58	60
Hamb. Hochb.	44½	45	46½	46
Hamb. Hyp. Bank	30	30	31	30
Hansa Mühle	14½	14½	13	13½
Harburg. Gummi	166	162	165½	167
Hochtiefe Stärke	78	78	78	78
Jas St. A.	17½	17½	17	—
Jue Gerüst	18	18½	18	18
Kästedt	78	78½	78	78
Phrix Inh. A.	37½	38½	37½	37½
Rütgers	39	38	38	40
Sibering	31½	31½	30½	30½
Tapag	36	35½	35½	35½
Nordd. Lloyd	23½	23	23	23
4% Hbg. Hyp.	7½	7½	7½	7½
4% Hbg. El. W.	7½	7½	7½	7½
Hannover				
Cont. Gummi	197½	198	198	197½
Hackethal	86	86	86	86
Seeder Hütte	88	83	81½	84
Mech. Web. Linden	45	45	45	46
Salzdetfurth	82	80½	80	80½
Wolle Döhren	56	56	55½	58
Winterhall	58	59½	58	58

Düsseldorf	27.4.50	28.4.50	5.5.50	12.5.50
Alexanderwerk	60	60	61	62
Bekker Masch.	62	63	63	64
Benzl AG.	36	38	39½	39½
Dürkn. A.-Brikt.	51	—	—	—
Felten & G.	89½	89½	87	88
Fong	66	64	65	64
Gerresh. Glas	56	56	55	56
Goldschmidt	—	36	36	34
G. H. H.	36	33	39½	40
Harpen	77	80	—	80
Hirsch	—	30½	30	31
Kabel Rheydt	59½	60	59	58
Klöckner	56½	55	54	57
Mannesmann St.	46½	46½	46½	—
Miag Braun	38	39	40	39
Rheinstahl	51½	52	50½	52
Rhein. Kunstseide	41	39½	41	40
Rhein. Zeitwolle	42	42½	43	44
Rheinstahl	—	—	36	37½
R. W. E.	71	—	75	77½
Vereint. Glanzst.	47½	46	49	52
Westwaggon	51	50	52½	55
Westd. Kaufhof	77	77½	77	78½
Westf. Boden	38	38	38	38
Rh.-Westf. Elektr.	75½	75½	75½	75½
4% Rh.-W. El.	7¾	7½	7½	7½
4% Gelsenberg	8	8	8½	8½
München				
Augsburger	90	90	90	90
Augs.-Nürg.-Masch.	73	76½	76½	77
BMW	38	35	35	39½
Daimler AG	100	100	100	100
Durlacher	68	69½	71	70
Haidenbräu	78	78	78	78
Karlsr. Mühlen	117	117	117	117
Maschinenfabr.	40	40	41	40
Kraus Maffei	36	36	36½	40
Lech El.	83	81½	80½	81½
Löwenbräu	69½	69½	69½	69½
Moto Benzine Bg.	118	118	118	118
Rathgeber	67	67	67	67
Rosenthal	77	77	77	77
Spinn. u. Web. Kolb.	130	130	131	130½
Südd. Zucker	87	84	86	87½
Tucherbräu	53	51	51	48
Würzb. Hofbräu	43	43	42	40½
Durr Hyp. u. W. Bk.	32	32	32	32
Südd. Boden	38	38	38	38
Allianz Leben	43	43	43	43
Allianz Vers.	80	80	82	81
4% Bayer. Hyp.-Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Augsb.-Ndbg.	7½	7½	7½	7½
Stuttgart				
Brauerei Wulle	67½	67½	67½	67½
Daimler	47	48	47½	47½
Feuerbach	56½	60	60½	60
Knorr	75	75	75	75
Salamander	73	73	73	73
Württ. Bank	98	98	98	98

die Stimmung reservierter, jedoch konnten die meisten Werte ihren höchsten Stand halten.

	13. 5. 50	5. 5. 50
3%ige ewige Rente	6 900	6 890
Crédit Lyonnais	1 618	1 600
Caoutchouc Indochine	630	571
Kuhlmann	1 450	1 457
Schneider Creusot	5 880	5 780
Canadian Pacific	5 425	5 405
Shell	2 485	2 515
De Beers	1 740	1 860
Rio Tinto	15 400	14 200
Suez Kanal	101 500	98 500

SCHWEIZ: Kursgewinne, insbesondere in deutschen Werten

An der schweizerischen Effektenmärkten erfuhr die Geschäftstätigkeit um die Mitte der Berichtswoche einen beachtlichen Aufschwung. Die Erteilung von Kaufaufträgen entwickelte sich indessen ziemlich einseitig, sie konzentrierte sich deutlich auf deutsche Anleihen und Obligationen schweizerischer Finanzgesellschaften mit Interessen in Deutschland. Die wiedererwachte Kauflust, der nur mäßiges Angebot gegenüberstand, brachte größere Kursgewinne. So festigte sich z. B. der Kurs der Young-Anleihe von 17.30 auf 18.50 und der der Aktien der Gesellschaft für Metallwerte von 60.50 auf 63.50. Diese Entwicklung übrigens stimmungsgemäß etwas auf den Aktienmarkt ab, der bei kleineren Kursveränderungen eine freundliche Grundtendenz zeigte. Als Ursache für die oben erwähnte Umsatzausweitung galten die politischen und wirtschaftlichen Aspekte zur engeren Zusammenarbeit der Westmächte unter weitgehender Einbeziehung Westdeutschlands im allgemeinen und der Vorschlag des französischen Außenministers über eine Zusammenlegung der deutschen und französischen Schwerindustrie im besonderen. An der Wochenschlußbörse machte jedoch die nüchternere Stimmung bereits wieder einer Zurückhaltung Platz, weil die Meldung über die Nichtberücksichtigung der Schweiz bei den neuen Liberalisierungsmaßnahmen im europäischen Zahlungsverkehr ernüchternd wirkte. Ebenso mußten die von verschiedenen Stellen geäußerten ernsten Worte über den schweizerischen Außenhandel im Zusammenhang mit dem Rückgang der Ein- und Ausfuhr im April zu verstärkter Reserve. Die in der Schweiz notierten amerikanischen Aktienzertifikate spiegelten die unregelmäßige Tendenz an ihrer Heimatbörse wider, die den spekulativen Entwicklungen in den USA-Rechnung zu tragen hatte. Vom Obligationenmarkt ist noch die leichte Schwächetendenz in einigen Staatsanleihen zu erwähnen, die mehr auf den Mangel an neuer Kauflust als auf größeres Angebot zurückzuführen war.

Notenkurse in Zürich am 13. Mai 1950

1 $ USA	4.30	/ 4.30
1 £ England	10.70	/ 10.90
100 ffr Frankreich	1.22	/ 1.24
100 bfrs Belgien	8.37½	/ 8.52½
100 hfl Holland	105.50	/ 107.50
100 skr Schweden	72.50	/ 74.50
100 nkr Norwegen	48.—	/ 50.—
100 dkr Dänemark	48.50	/ 49.50
100 Lire Italien	—.68½	/ —.69½
100 Escudos Portugal	14.70	/ 14.90
100 chr Tschechoslowakei	—.00	/ 1.10
100 arg. Peso Argentinien	30.—	/ 30.30
100 türk. £ Türkei	—.95	/ 1.10
100 Schwr. Schill. Österr.	14.30	/ 14.60
1 Israel. £ Israel	6.50	/ 7.—
100 DM Deutschland	78.—	/ 81.—

DOLMETSCHER

perfekt in Span., Portug., Frzs., 28 Jahre, Abitur (englisch), Auslandsaufenthalt, beste Zeugnisse, sucht Stellung zum 1. 8. oder später. Zuschr. unt. P 7111 an BAT a. TAT, Stuttgart.

Größerer Posten trockener Schnittware

versch. Stärken in Rotbuche, Esche, Eiche, Ahorn, Nußbaum, Linde etc. zu verkaufen. Anfragen u. 1053 Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Valdhenstraße 35.

Neuwert. Transmission, System Seller

Welle 12,75 lg., 55 mm ⌀, Hängelöcke als mm Ausführung, 1 Stellringe, 2 zweiteilige Holz- u. Eisenlampenschalen zu verkaufen. Anfragen u. P053 Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Valdhenstraße 35.

ENDGOHER, BRUNNENBOHRER „Jutya"

elg. Sauerl. auch für Handentnahmebrunnen u. mit kontrah. Gewährleistung. Friedr. Wahrenberg, gegr. 1911, München 15, Postf. Tel. 561 139. Tel.-Adr.: Wahrenberg München.

ACHTUNG!

Anzeigen-Annahme der Wirtschaftsrevue, KARLSRUHE, Valdhenstr. 35 - Telefon 9384

Die aktuelle Reportage:

Farbwerke Hoechst

Es ist nicht ohne Reiz, aber doch mit einer gewissen Nachdenklichkeit verbunden, heute, 5 Jahre nach Kriegsschluß, eines der Stammwerke des ehemaligen I. G. Konzerns zu besuchen. Wir wußten bereits aus unserer Erfahrung und den Berichten anderer Stellen, daß nach Kriegsschluß die alliierten Armeeeinheiten in der gesamten deutschen Industrie, vor allem aber auch in der chemischen Industrie, Fabrikationsanlagen, Forschungs-, Betriebs- und Patentunterlagen für umfangreiche Berichte eingesehen und fotokopiert hatten. Das gleiche wurde auch sicherlich für die Farbwerke Hoechst zutreffen.

Als wir das Werk betraten, konnten wir keine nennenswerten Fliegerschäden feststellen. Die Belegschaft war schon wieder auf dem Friedensstand von 9 500 Menschen angekommen. Der alte Name, der durch die I. G. verschluckt wurde, ist wieder aufgetaucht: Farbwerke Hoechst, vormals Meister Lucius & Brüning. Die drei Männer, die Gründer dieses Unternehmens waren, werden jetzt wieder im Firmentitel genannt. Aber die Maßnahmen, die wir oben erwähnten, haben ihre Spuren hinterlassen; denn der Verlust wissenschaftlicher und betrieblicher Erfahrungen ist ein nicht leicht zu nehmender Schaden — ein Schaden, der schwerer zu ersetzen ist als ein von Bomben zerstörtes Gebäude.

Blick vom Turm des technischen Verwaltungsgebäudes über einen Teil der Werksanlagen

Ausschnitt aus der Schwefelsäureproduktion

Man hat aber in Hoechst nicht resigniert, sondern ging mit Eifer an die Arbeit. Die Einrichtungen waren da, und die vielen tausend Menschen wollten wieder Arbeit haben. Man übersieht es mit einem weisen Lächeln, wenn ein in jahrzehntelanger Forschungsarbeit entwickeltes Produkt 3 Jahre, bevor Hoechst aus Rohstoffschwierigkeiten damit herauskommen konnte, im Ausland erscheint. Vielleicht resigniert man deshalb nicht, weil man an eine gemeinsame Aufgabe der zivilisierten Welt glaubt und weil man weiß, daß die, die kopiert haben, im tiefsten Grunde doch mit uns an einem Strang ziehen. Sagen wir also: die Politik entschuldigt wirtschaftlich und rechtlich bedenkliche Vorkommnisse (oder versucht es).

Mit diesen schweren Gedanken betraten wir die große Halle, in denen die Farben hergestellt werden, die Farben, die von Anfang an den Namen dieses Unternehmens ausmachten — vor 87 Jahren. Diese Farbanlage ist wohl die größte in Deutschland. Der Lauf der Produktion geht von oben nach unten und dann wieder nach oben. Oben sind in 2 Kesseln die Chemikalien vorbereitet, mit deren langen Namen wir unsere Leser nicht quälen wollen. Bleiben wir dabei, es sind 2 besonders präparierte chemische Flüssigkeiten, deren eine man die Kupplungskomponente nennt. Beide Flüssigkeiten fließen zusammen in einen großen Bottich mit einem Rührwerk — und die Farbe, so heißt es, „fällt heraus." Wir Nichtchemiker würden sagen, durch das Zusammenfließen dieser Flüssigkeiten entsteht der Farbstoff. Nach tüchtigem Rühren wird diese ganze Farbmasse zwischen Tüchern gepreßt, so daß sich Flüssigkeit von Farbstoff trennt. Die Flüssigkeit wird abgeleitet, der Farbstoff geht in große Trockenöfen zum Trocknen. Das klingt alles sehr einfach, und der Fabrikationsvorgang ist auch keineswegs kompliziert. Aber wieviel Mühe dazu gehört, eine Farbe zu entwickeln, dafür nur ein Beispiel: 13 Jahre hat man in den Laboratorien der Farbwerke Hoechst probiert, bis man Indigo synthetisch herstellen konnte. Wieviel Hunderte von Farben gibt es, aber die Hoechster Fabrik war schon 1867 auf der Pariser Weltausstellung mit 30 verschiedenen Farben vertreten. Hoechst brachte auch die ersten Fuchsine hervor und war auch eine der ersten Farbenfabriken, die ein Patent auf Azofarben erhielten. Das war 1878.

Allmählich wurde das Streben stärker, von den Ausgangsstoffen der Produktion unabhängig zu werden, und so errichtete man bald eigene Anlagen für die Erzeugung von Schwefelsäure, Natronlauge und Chlor. Es gab schließlich bald nichts mehr, was man in Hoechst nicht herstellte und was zur Chemie gehörte. So sind die Hoechster Farbwerke bekannt für Düngemittel, Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfungsmittel, für Lösungsmittel, für Kunststoffe, für Kühlmittel und für die vielen Arzneimittel. Da wir gerade eine der Hallen betraten, in denen Arzneimittel hergestellt werden, bleiben wir zunächst bei dieser Fabrikation. Man sieht nicht viel, große Behälter, viele Röhren. Das ist eigentlich alles. Und doch werden hier 5 bekannte Arzneimittel, darunter das Pyramidon, hergestellt. Es sind 5 chemisch verwandte Arzneimittel, die sich nur durch die Dosierung und die chemische Behandlung unterscheiden. Es stimmt nachdenklich, wenn man die chemischen Formeln für diese 5 Präparate sich anschaut und dabei bemerkt, welcher kleine Unterschied in der Bearbeitung oder Zusammensetzung eine ganz andere Wirkung herbeiführt. Die Grundelemente sind bei allen 5 gleich. Es kommt eben, wie so oft im Leben, nur auf das Maß an — und auf den Ton, der die Musik macht, worunter wir chemisch die besondere Bearbeitung verstehen.

Verfolgen wir nun unser Pyramidon. Aus dieser Halle kommt es als weißes Pulver, leicht kristallisiert, heraus. Dann läuft es durch Tablettenmaschinen in eine Sortiermaschine, aus der genau ausgerichtet die 20 Tabletten in die Schachtel fallen, die wir in der Apotheke kaufen können. Andere Pillen werden zuvor noch dragiert. Eine langgestreckte kleinere Halle mit mindestens 30—40 Dragiertöpfen, weiß gekachelt, nimmt uns auf. Diese Kupferkessel drehen sich in halbschrägem Zustand und überziehen die Dragees, die sonst entsetzlich schmecken würden, mit einer Zuckerschicht. Das Unangenehme, leicht überzuckert, wird erträglich — wieder wie hier so im Leben. Nach diesem Verzuckern werden die Dragees noch poliert. Der fabrikatorische Vorgang ist etwa der gleiche.

Selbstverständlich laufen alle Produkte durch entsprechende Kontrollanstellungen. Ein großer, laboratoriumsähnlicher Raum dient allein der Farbprüfung. Wollfäden werden gefärbt und damit die Intensität der Farben geprüft, Stoffe werden mit den Farben bedruckt und dann durch Säurebäder gezogen. Unendlich viele Prüfungsmethoden hat man im Laufe der Jahre in Hoechst entwickelt. Selbstverständlich werden auch die pharmazeutischen Präparate laufend auf ihre Wirksamkeit geprüft.

Interessant ist auch die Herstellung der Ampullen für die Spritzen, mit denen uns unser lieber Hausarzt gelegentlich quälen muß. In längere Glasröhrchen wird mit einer Maschine eine genau abgewogene Menge des Pulvers gefüllt, dann wandern diese Glasröhrchen zu der Abschmelzmaschine, die gleichzeitig den Raum luftleer pumpt. Eine Kontrollvorrichtung mit einer besonderen elektrischen Röhre zeigt an, wann keine Luft mehr in dem Röhrchen ist, und in diesem Moment wird das Röhrchen abgeschmolzen.

Es dauert lange, wie wir schon sahen, vom ersten Laboratoriumsversuch bis zur fertigen Packung in der Apotheke. Hat man nach vielen Jahren erster Forschungs- und Laboratoriumsarbeit ein neues Präparat entdeckt, dann ist man noch lange nicht so weit, daß man in die Großproduktion gehen kann. Vielmehr wird zunächst eine Fabrikation auf Probe angefangen. Jede der großen Gruppen der Farbwerke Hoechst hat ein eigenes Gebäude für solche Probefabrikation. Zwischen laboratoriumsmäßiger Herstellung und fabrikatorischer Herstellung liegen noch viele Hindernisse — und oft Überraschungen. Erst wenn mehrfach die Probefabrikation gut Zufriedenheit ausgefallen ist, geht man an die Großfabrikation. Diese Probewerkstätten können Orte des Sieges, aber auch Stätten der Enttäuschung werden.

Dragiertrommeln in Arbeit

Salvarsan-Ampullen werden im Vakuum verschlossen

Es ist unmöglich, alle Einrichtungen dieses Riesenwerks hier zu beschreiben. Wir fahren kreuz und quer durch das Werksgelände, das 1,8 Mill. qm umfaßt. Die Kaianlage am Main ist 2000 Meter lang, ein Gleisnetz von 30 km Normalspur steht dem Werk zur Verfügung. Die „Werksbahn" hat 97 km Gleislänge und selbstverständlich viele Lokomotiven und Tausende von Wagen.

Eine riesige Anlage im Freien dient der Düngemittelerzeugung. In einer großen Halle ist jetzt die Großfabrikation für Penicillin in Gang gekommen. Der Raum, in dem dieses Penicillin in Glasröhrchen abgeschmolzen wird, ist mit einer Klimaanlage versehen und außerdem durch eine besondere Vorrichtung staubfrei gehalten.

Die deutsche chemische Industrie und die Farbwerke Hoechst werden durch Forschungs- und Qualitätsarbeit dafür sorgen, ihre Weltgeltung zurückzugewinnen. Ein gewaltiges Hemmnis ist die Tatsache, daß die deutschen Marken im Ausland verlorengingen. Wir haben auf diesen Übelstand in unserer Zeitung schon oft hingewiesen, und wir können nur hoffen, daß das Ausland sich bald entschließt, unsere Marken zurückzugeben. H.

Expedition pharmazeutischer Erzeugnisse. Wie man sieht, gehen viele Kisten ins Ausland

Ein Blick in den Zentralversuchsraum, ein Technikum, in dem neue Produktionen für den Großbetrieb vorbereitet werden

LONDON: gegen Wochenende fester

Die Londoner Effektenbörse begann die Woche im Hinblick auf die bevorstehende Dreimächtekonferenz in abwartender und abwartender Haltung. Sie konnte indessen bei zunehmender Festigkeit bis zum Schluß der Woche recht ansehnliche Kursgewinne verzeichnen. Wie an allen Effektenbörsen Europas stand natürlich auch in London der französische Vorschlag einer Zusammenlegung der Schwerindustrie Frankreichs und Deutschlands im Vordergrund des Interesses. Auch hier waren deutsche Werte stark gefragt. Sie beschlossen die Woche auf höherem Stande, obwohl sie einen Teil ihrer Gewinne im späteren Verlaufe wieder abgeben mußten. Aber auch die übrigen Gruppen zeigten lebhafteres Geschäft. Eine am letzten Tage vom Markt für Goldgrubenaktien ausgehende Aufwärtsbewegung erstreckte sich bald auch auf die übrigen Märkte, so daß die Stimmung am Wochenschluß durchaus freundlich war. Lediglich japanische Emissionen waren auf die Nachricht angeboten, daß Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Japan nicht auf der Tagesordnung der Außenministerkonferenz stehen.

	12. 5. 50	5. 5. 50
2½%ige Consols	69⅝	69⅞
5%ige Dawes-Anleihe	20	19
5½%ige Young-Anleihe	18	18⅛
7%ige Deutsche Kalianl.	72	71½
6%ige Deutsche Kalianl.	70	70
Rio Tinto	16	15⅞
Royal Dutch	32⅛	32⅛
Anglo Iranian	137/6	135/7½
Courtaulds	36/9	36/—
Imperial Chemical	41/7½	42/1½

Reuters Index

für Goldgrubenaktien	86,3	86,6
Industriewerte	135,3	134,8
Kaffirwerte	113,1	112,7

NEW YORK: weiter haussierend

Wenn auch gegenüber den Vorwochen abgeschwächt, zeigte sich die steigende Tendenz der New Yorker Effektenbörse auch in dieser Woche mit Unterbrechungen fort. Zumal die erste Wochenhälfte verlief recht günstig für Industriewerte, die am Mittwoch mit einem Durchschnittskurs von 3118,04 einen neuen Höchststand für das Jahr 1950 erreichten. Trotz der Wolken über der nordamerikanischen Wirtschaft — Eisenbahnerstreik — wurde die allgemeine Lage nach wie vor günstig beurteilt und die Börse ließ sich mehr von den guten Geschäftsberichten aus den einzelnen Industriezweigen leiten, als daß sie Zeit und Neigung fand, sich den ohne Zweifel auch vorhandenen Schatten zuzuwenden. Erst zum Wochenschluß führte die Überlegung, daß eine längere Dauer des Eisenbahnerstreiks nicht nur weite Gebiete der nordamerikanischen Wirtschaft stark behindern könnte, sondern auch zu einem Anreizen der Arbeitslosenzahl führen müsse, zu Realisationen und entsprechenden Kursverlusten. Doch hielten sich diese im mäßigen Rahmen. Die Stimmung zum Wochenschluß war indessen recht gedrückt.

	13. 5. 50	5. 5. 50
Durchschnittskurs für:		
30 Industriewerte	317,61	313,73
20 Eisenbahnwerte	36,45	36,38
40 Inlandsanleihen	101,30	101,43
15 Versorgungsbetriebe	43,43	43,38
Moodys Index	361,8	373,4

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg